

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

des Sekretariats
für den Konvent

**Betr.: Beitrag des Mitglieds des Konvents Herrn Elmar Brok:
"Verfassung der Europäischen Union"**

Der Generalsekretär des Konvents hat den in der Anlage wiedergegebenen Beitrag des Mitglieds des Konvents Herrn Brok erhalten; es handelt sich um eine überarbeitete Fassung seines am 6 Dezember verteilten Diskussionspapiers.

DIE VERFASSUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

– Diskussionspapier –

Überarbeitete Fassung,
einschließlich des Zweiten Teils

27. Januar 2003

EINLEITUNG

Dieses informelle Diskussionspapier stützt sich auf

- *den bestehenden gemeinschaftlichen Besitzstand (auf welchen die Fußnoten verweisen);*
- *die Struktur des Vorentwurfs des Verfassungsvertrages, der vom Konventspräsidium am 28. Oktober 2002 vorgelegt wurde. Verweise auf den Vorentwurf des Verfassungsvertrages des Konventspräsidiums sind in den Fußnoten enthalten (**fett und unterstrichen**);*
- *die Beratungen in den Konventsarbeitsgruppen und auf den Plenarsitzungen des Konvents;*
- *den Beschluss des Europäischen Parlaments zum Bericht von Alain Lamassoure über die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten;*
- *das EVP-Kongressdokument „Eine Verfassung für ein starkes Europa“, wie es vom EVP-Kongress in Estoril am 18. Oktober 2002 verabschiedet wurde;*
- *die Beratungen der Studientage der EVP-Konventsgruppe in Frascati vom 8. bis 10. November 2002;*
- *zahlreiche Anmerkungen von Konventsmitgliedern und Wissenschaftlern.*

Diese überarbeitete Fassung des Diskussionspapiers beinhaltet einen Vorentwurf der Spezial- und Durchführungsvorschriften des Zweiten Teils der Verfassung. Alle Machtfragen (wesentliche politische Grundsätze, Zuständigkeiten, das Verhältnis der Organe zueinander) sind übereinstimmend mit den Beratungen der Studientage der EVP-Konventsgruppe in Frascati bereits im Ersten Teil der Verfassung festgelegt.

Dieses Diskussionspapier will einen Beitrag dazu leisten, dass aus der Arbeit im Konvent am Ende ein konkreter Verfassungstext hervorgeht. Das Diskussionspapier soll nicht das Ergebnis des Konvents vorwegnehmen, sondern vielmehr als Grundlage für weitere Debatten innerhalb der EVP und im Konvent dienen. Der Zweite Teil, der zum ersten Mal in einer Volltextfassung in diesem Diskussionspapier enthalten ist, soll illustrieren, welche Details auf der Grundlage des vorhandenen Besitzstandes darin festgelegt werden könnten. Auf diese Weise soll eine allgemeine Debatte über Inhalt und Anwendungsbereich des Zweiten Teils im Konvent ermöglicht werden.

DIE VERFASSUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

Inhaltsverzeichnis

I.	Präambel	8
II.	Erster Teil: Struktur der Verfassung.....	12
A.	Titel I: Charta der Grundrechte und Unionsbürgerschaft.....	13
1.	Kapitel I: Würde des Menschen	13
2.	Kapitel II: Freiheiten	14
3.	Kapitel III: Gleichheit.....	20
4.	Kapitel IV: Solidarität	22
5.	Kapitel V: Bürgerrechte.....	26
6.	29	
7.	Kapitel VI: Justizielle Rechte	29
8.	31	
9.	31	
10.	Kapitel VII: Unionsbürgerschaft	31
11.	Kapitel VIII: Tragweite der garantierten Rechte	32
B.	Titel II: Definition und Ziele der Union	35
C.	Titel III: Zuständigkeiten und Tätigkeitsbereiche der Union.....	44
D.	Titel IV: Organe, Organisationen und Einrichtungen der Union.....	58
1.	Kapitel 1: Das Europäische Parlament	59
2.	Kapitel 2: Der Rat der Europäischen Union	62
3.	Kapitel 3: Die Europäische Kommission	63
4.	Kapitel 4: Der Europäische Gerichtshof.....	67
5.	Kapitel 5: Der Europäische Rechnungshof	73
6.	Kapitel 6: Sonderorganisationen der Union: EZB, EIB, Europol, Eurojust und Eurobord	75
7.	Kapitel 7: Ausschuss der Regionen, Wirtschafts- und Sozialausschuss.....	82
8.	Kapitel 8: Unionsagenturen	87
E.	Titel V: Umsetzung des Unionshandelns	88
1.	Kapitel 1: Rechtsakte der Union.....	88
2.	Kapitel 2: Die Gesetzgebung der Union.....	90
3.	Kapitel 3: Verstärkte Zusammenarbeit.....	93

F.	Titel VI: Das demokratische Leben der Union	96
G.	Titel VII: Die Finanzen der Union	101
H.	Titel VIII: Aussenpolitisches Handeln der Union.....	105
	1. Kapitel 1: Grundsätze und Ziele	105
	2. Kapitel 2: Abschluss von internationalen Abkommen	109
	3. Kapitel 3: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	114
I.	Titel IX: Die Union und ihre Nachbarn	120
J.	Titel X: Die Zugehörigkeit zur Union.....	122
III.	124	
A.	Titel XI: Allgemeine und Schlussbestimmungen	125
IV.	zweiter teil: spezial- und durchführungsvorschriften	131
A.	Titel I: Binnenmarkt.....	132
	1. Kapitel 1: Freizügigkeit und freier Dienstleistungsverkehr	132
	2. Kapitel 2: Warenverkehrsfreiheit	135
	3. Kapitel 3: Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit.....	137
	4. Kapitel 4: Wettbewerbsregeln	138
	5. Kapitel 5: Steuerliche Vorschriften	144
	6. 145	
	7. Kapitel 6: Rechtsangleichung.....	145
	8. Kapitel 7: Landwirtschaft und Fischerei	147
	9. Kapitel 8: Verkehr	151
	10. Kapitel 9: Struktur- und Kohäsionsfonds der Union	153
	11. Kapitel 10: Einbeziehung der Sozialpartner in die Sozialpolitik.....	154
B.	156	
C.	Titel II: Wirtschafts- und Währungsunion	157
	1. Kapitel 1: Wirtschaftspolitik	157
	2. 164	
	3. 164	
	4. 164	
	5. Kapitel 2: Währungspolitik	164
	6. Kapitel 3: Koordinierung der Wirtschafts- und Währungspolitik	165
	7. Kapitel 4: Übergangsbestimmungen	168
D.	Titel III: Beschäftigung.....	173

E.	Titel IV: Friedliche Nutzung der Kernenergie	176
1.	Kapitel 1: Schutz vor ionisierender Strahlung.....	176
2.	179	
3.	Kapitel 2: Investitionen	180
4.	181	
5.	181	
6.	Kapitel 3: Gemeinsame Unternehmen.....	181
7.	Kapitel 4: Versorgung	184
8.	Kapitel 5: Überwachung der Sicherheit.....	189
9.	194	
10.	194	
11.	Kapitel 6: Sonstige Vorschriften	194
12.	198	
13.	Anhang 1: Industriezweige, auf in Artikel II-66 bezuggenommen wird.....	198
14.	Anhang 2: Vergünstigungen, die den gemeinsamen Unternehmen nach Artikel II-69 gewährt werden können.....	199
F.	Titel V: Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete	201
G.	ANHANG I: Liste der der Verfassung beigefügten Protokolle.....	204
H.	ANHANG II: Liste der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete.....	209

I. Präambel¹

Die Mitgliedstaaten und die Bürger der Europäischen Union,

ENTSCHLOSSEN, auf der Grundlage gemeinsamer Werte eine friedliche Zukunft zu teilen, indem sie sich zu einer immer engeren Union verbinden²,

IN DEM BEWUSSTSEIN ihrer Geschichte und ihres gemeinsamen geistig-religiösen und sittlichen Erbes, der unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität³, und dessen, was Europa seinem religiösen Erbe verdankt⁴,

IN BESTÄTIGUNG ihres Bekenntnisses zu den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, der Toleranz und der Rechtsstaatlichkeit⁵,

ENTSCHLOSSEN, die Person in den Mittelpunkt des Handelns der Europäischen Union zu stellen, insbesondere durch eine Charta der Grundrechte der Europäischen Union und indem sie die Unionsbürgerschaft und einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts begründen⁶,

ENTSCHLOSSEN, zur Erhaltung und zur Entwicklung dieser gemeinsamen Werte unter Achtung der Vielfalt der Kulturen und Traditionen der Völker Europas sowie der nationalen Identität der Mitgliedstaaten und der Organisation ihrer staatlichen Gewalt auf nationaler, regionaler und lokaler

¹ Die Präambel fasst die tragenden Grundsätze der Präambel der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (ABl. 2000 Nr. C 364/1), der Präambel des Unionsvertrages und der Präambeln der Gemeinschaftsverträge zusammen. Vgl. auch S. 9 des Abschlussberichts der Konventsarbeitsgruppe II „Charta“, in dem vorgeschlagen wird, die Präambel der Charta der Grundrechte der Europäischen Union als Präambel der Verfassung zu verwenden oder die grundlegenden Elemente der Präambel der Charta der Grundrechte für den Entwurf einer Präambel eines neuen Vertrages zu benutzen. **Der Vorentwurf eines Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums erwähnt ebenfalls eine Präambel.**

² Vgl. Präambel der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, 1. Erwägungsgrund.

³ Vgl. Präambel der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, 2. Erwägungsgrund.

⁴ Vgl. Absatz 1 und Absatz 20 des EVP-Kongressdokuments „Eine Verfassung für ein starkes Europa“.

⁵ Vgl. Präambel des EU-Vertrages, 3. Erwägungsgrund.

⁶ Vgl. Präambel der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, 2. Erwägungsgrund.

Ebene beizutragen¹,

EINGEDENK des ursprünglichen Zweckes der Gründung der Europäischen Gemeinschaften, nämlich an die Stelle der jahrhundertealten Rivalitäten einen Zusammenschluss ihrer wesentlichen Interessen zu setzen, durch die Errichtung einer wirtschaftlichen Gemeinschaft den ersten Grundstein für eine weitere und vertiefte Gemeinschaft unter Völkern zu legen, die lange Zeit durch blutige Auseinandersetzungen entzweit waren, und die institutionellen Grundlagen zu schaffen, die einem nunmehr allen gemeinsamen Schicksal die Richtung weisen können²,

EINGEDENK der historischen Bedeutung der Überwindung der Teilung des europäischen Kontinentes und der Notwendigkeit, eine feste Grundlage für den Aufbau eines dauerhaft vereinten Europas zu schaffen³,

ENTSCHLOSSEN, durch die Europäische Union ein gemeinsames Zivilisationsprojekt zu entwickeln, das in Zeiten der Globalisierung eine offene Marktwirtschaft, in der freier Wettbewerb herrscht, mit Solidarität und Achtung vor der Umwelt verbindet (soziale Marktwirtschaft)⁴,

AUFBAUEND auf dem Besitzstand der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere auf dem Binnenmarkt und der Wirtschafts- und Währungsunion, in deren dritte Stufe die Gemeinschaft unumkehrbar am 1. Januar 1999 eingetreten ist, die zur Einführung einer einheitlichen Währung geführt hat und die dem vorrangigen Ziel der Preisstabilität verpflichtet ist; ebenso aufbauend auf dem Besitzstand der Europäischen Union, wie er in der durch den Vertrag von Maastricht begründeten und durch die Verträge von Amsterdam und Nizza fortentwickelten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie in der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen zum Ausdruck kommt,

AUSGEHEND von der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die der durch den Europäischen Rat von Köln am 3./4. Juni 1999 eingesetzte Konvent zur Charta der Grundrechte mit dem Ziel erarbeitet hat, angesichts der Weiterentwicklung der Gesellschaft, des sozialen Fortschritts

¹ Vgl. Präambel der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, 3. Erwägungsgrund.

² Vgl. Präambel des EGKS-Vertrages, 5. Erwägungsgrund.

³ Vgl. Präambel des EU-Vertrages, 2. Erwägungsgrund.

⁴ Vgl. Absatz 2 des EVP-Kongressdokuments „Eine Verfassung für ein starkes Europa“.

und der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen den Schutz der Grundrechte zu stärken, indem sie in einer Charta sichtbarer gemacht werden¹,

IN ERINNERUNG daran, dass die Charta der Grundrechte der Europäischen Union die Rechte bekräftigt, die sich vor allem aus den gemeinsamen Verfassungstraditionen und den gemeinsamen internationalen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten, aus dem Vertrag über die Europäische Union und den Gemeinschaftsverträgen, aus der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, aus den von der Gemeinschaft und dem Europarat beschlossenen Sozialchartas sowie aus der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ergeben; in Erinnerung daran, dass die Ausübung dieser Rechte mit Verantwortlichkeiten und Pflichten sowohl gegenüber den Mitmenschen als auch gegenüber der menschlichen Gemeinschaft und den künftigen Generationen verbunden ist²,

AUSGEHEND von den Ergebnissen des durch den Europäischen Rat von Laeken am 15. Dezember 2001 eingesetzten und von Februar 2002 bis [] 2003 in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments in Brüssel tagenden Konvents zur Reform der Europäischen Union, die bei der im Anschluss in Rom tagenden und am [] 2003 beendeten Regierungskonferenz bestätigt wurden,

VOLLER RESPEKT vor dem historisch einmaligen Verfahren, nach dem diese beiden Konvente unter Mitwirkung von Vertretern des Europäischen Parlaments, der Kommission der Europäischen Gemeinschaften sowie der Parlamente und Regierungen der Mitgliedstaaten die Grundlagen für eine Verfassung der Europäischen Union gelegt haben,

IN ERINNERUNG daran, dass an den Beratungen des Konvents zur Reform der Europäischen Union Vertreter der Parlamente und Regierungen der Bewerberländer in vollem Umfang beteiligt waren,

EINGEDENK der Tatsache, dass der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft als „Verfassungsurkunde einer Rechtsgemeinschaft“

¹ Vgl. Präambel der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, 4. Erwägungsgrund.

² Vgl. Präambel der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, 5. und 6. Erwägungsgrund.

qualifiziert hat¹,

HABEN BESCHLOSSEN, den Prozess der Entwicklung der Europäischen Union zu einer Verfassungsunion zu vollenden, indem sie die Verträge, welche die Grundlage der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Union bilden, in einem einheitlichen Verfassungsdokument zusammenführen.

¹ Vgl. Rs. 294/83, *Parti écologiste „Les Verts“/Europäisches Parlament*, Slg. 1986, 1339, Rn. 23 ; Gutachten 1/91, *Europäischer Wirtschaftsraum I*, Slg. 1991, I-6079, Rn. 21.

II. Erster Teil:
Struktur der Verfassung

A. Titel 1: Charta der Grundrechte und Unionsbürgerschaft¹

1. Kapitel I: Würde des Menschen

Artikel 1 (Würde des Menschen)

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie ist zu achten und zu schützen.

Artikel 2 (Recht auf Leben)

(1) Jede Person hat das Recht auf Leben.

(2) Niemand darf zur Todesstrafe verurteilt oder hingerichtet werden.

Artikel 3 (Recht auf Unversehrtheit)

(1) Jede Person hat das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit.

(2) Im Rahmen der Medizin und der Biologie muss insbesondere Folgendes beachtet werden:

¹ Wie von der Konventsarbeitsgruppe II „Charta“ vorgeschlagen, wurde die Charta der Grundrechte der Europäischen Union (ABl. 2000 Nr. C 364/1) **„in toto“** in diese Verfassung übernommen (es wurden nur redaktionelle Änderungen und Anpassungen in den Artikeln mit Horizontalbestimmungen vorgenommen; diese sind *kursiv* hervorgehoben). Bezüglich der Frage der Einordnung der Charta innerhalb der Verfassung folgt dieser Diskussionsentwurf dem Vorschlag einer großen Mehrheit der Konventsarbeitsgruppe II, die Charta **„am Anfang des Verfassungsvertrages“** einzufügen. Nur eine solche herausragende Stellung spiegelt die übergeordnete Bedeutung der Charta, die verbindlich für alle Handlungen der Union ist, angemessen wider. Nach der klaren und wohl erwogenen Entscheidung des Grundrechtekonvents, die „Würde des Menschen“ in Artikel 1 zu verankern, wäre es kaum akzeptabel, die „Würde des Menschen“ nun lediglich als Artikel 6 oder 7 in die Europäische Verfassung einzufügen. – **Vgl. auch den Vorentwurf des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums, in dem die Aufnahme „aller Artikel der Charta“ als eine von drei Alternativen in der Zusammenfassung des Artikel 6 genannt wird.**

- die freie Einwilligung der betroffenen Person nach vorheriger Aufklärung entsprechend den gesetzlich festgelegten Modalitäten,
- das Verbot eugenischer Praktiken, insbesondere derjenigen, welche die Selektion von Personen zum Ziel haben,
- das Verbot, den menschlichen Körper und Teile davon als solche zur Erzielung von Gewinnen zu nutzen,
- das Verbot des reproduktiven Klonens von Menschen.

Artikel 4 (Verbot der Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung)

Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden.

Artikel 5 (Verbot der Sklaverei und der Zwangsarbeit)

(1) Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden.

(2) Niemand darf gezwungen werden, Zwangs- oder Pflichtarbeit zu verrichten.

(3) Menschenhandel ist verboten.

2. Kapitel II: Freiheiten

Artikel 6 (Recht auf Freiheit und Sicherheit)

Jede Person hat das Recht auf Freiheit und Sicherheit.

Artikel 7 (Achtung des Privat- und Familienlebens)

Jede Person hat das Recht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung sowie ihrer Kommunikation.

Artikel 8 (Schutz personenbezogener Daten)¹

(1) Jede Person hat das Recht auf Schutz der sie betreffenden personenbezogenen Daten.

(2) Diese Daten dürfen nur nach Treu und Glauben für festgelegte Zwecke und mit Einwilligung der betroffenen Person oder auf einer sonstigen gesetzlich geregelten legitimen Grundlage verarbeitet werden. Jede Person hat das Recht, Auskunft über die sie betreffenden erhobenen Daten zu erhalten und die Berichtigung der Daten zu erwirken.

(3) Die Einhaltung dieser Vorschriften wird von einer unabhängigen Stelle überwacht.

Artikel 9 (Recht, eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen)

Das Recht, eine Ehe einzugehen, und das Recht, eine Familie zu gründen, werden nach den einzelstaatlichen Gesetzen gewährleistet, welche die Ausübung dieser Rechte regeln.

¹ „Dieser Artikel stützt sich auf Artikel 286 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und auf die Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (ABl. Nr. L 281 vom 23.11.1995) sowie auf Artikel 8 EMRK und das Übereinkommen des Europarates vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten, das von allen Mitgliedstaaten ratifiziert wurde. Das Recht auf Schutz der personenbezogenen Daten wird nach Maßgabe der genannten Richtlinie ausgeübt und kann gemäß den Bedingungen nach Artikel 52 der Charta eingeschränkt werden.“ – Vgl. die vom Präsidium des Grundrechtekonvents in eigener Verantwortung formulierten Erläuterungen.

Artikel 10 (Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit)

(1) Jede Person hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht umfasst die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu wechseln, und die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung einzeln oder gemeinsam mit anderen öffentlich oder privat durch Gottesdienst, Unterricht, Bräuche und Riten zu bekennen.

(2) Das Recht auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen wird nach den einzelstaatlichen Gesetzen anerkannt, welche die Ausübung dieses Rechts regeln.

Artikel 11 (Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit)

(1) Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben.

(2) Die Freiheit der Medien und ihre Pluralität werden geachtet.

Artikel 12 (Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit)

(1) Jede Person hat das Recht, sich insbesondere im politischen, gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Bereich auf allen Ebenen frei und friedlich mit anderen zu versammeln und frei mit anderen zusammenzuschließen, was das Recht jeder Person umfasst, zum Schutz ihrer Interessen Gewerkschaften zu gründen und Gewerkschaften beizutreten.

(2) Politische Parteien auf der Ebene der Union tragen dazu bei, den politischen Willen der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger zum Ausdruck zu bringen¹.

¹ „Absatz 2 dieses Artikels entspricht Artikel 191 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft.“ – Vgl. die vom Präsidium des Grundrechtekonvents in eigener Verantwortung formulierten Erläuterungen.

Artikel 13 (Freiheit von Kunst und Wissenschaft)

Kunst und Forschung sind frei. Die akademische Freiheit wird geachtet.

Artikel 14 (Recht auf Bildung)

(1) Jede Person hat das Recht auf Bildung sowie auf Zugang zur beruflichen Ausbildung und Weiterbildung.

(2) Dieses Recht umfasst die Möglichkeit, unentgeltlich am Pflichtschulunterricht teilzunehmen.

(3) Die Freiheit zur Gründung von Lehranstalten unter Achtung der demokratischen Grundsätze sowie das Recht der Eltern, die Erziehung und den Unterricht ihrer Kinder entsprechend ihren eigenen religiösen, weltanschaulichen und erzieherischen Überzeugungen sicherzustellen, werden nach den einzelstaatlichen Gesetzen geachtet, welche ihre Ausübung regeln.

Artikel 15 (Berufsfreiheit und Recht zu arbeiten)

(1) Jede Person hat das Recht, zu arbeiten und einen frei gewählten oder angenommenen Beruf auszuüben.

(2) Alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger haben die Freiheit, in jedem Mitgliedstaat Arbeit zu suchen, zu arbeiten, sich niederzulassen oder Dienstleistungen zu erbringen¹.

(3) Die Staatsangehörigen dritter Länder, die im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten arbeiten dürfen,

¹ „In Absatz 2 wurden die drei Freiheiten aufgenommen, die durch die Artikel 39, 43 und 49 ff. EGV garantiert sind, d.h. die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, die Niederlassungsfreiheit und der freie Dienstleistungsverkehr.“ – Vgl. die vom Präsidium des Grundrechtekonvents in eigener Verantwortung formulierten Erläuterungen.

haben Anspruch auf Arbeitsbedingungen, die denen der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger entsprechen.

Artikel 16 (Unternehmerische Freiheit)

Die unternehmerische Freiheit wird nach dem *Unionsrecht* und den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten anerkannt.

Artikel 17 (Eigentumsrecht)

(1) Jede Person hat das Recht, ihr rechtmäßig erworbenes Eigentum zu besitzen, zu nutzen, darüber zu verfügen und es zu vererben. Niemandem darf sein Eigentum entzogen werden, es sei denn aus Gründen des öffentlichen Interesses in den Fällen und unter den Bedingungen, die in einem Gesetz vorgesehen sind, sowie gegen eine rechtzeitige angemessene Entschädigung für den Verlust des Eigentums. Die Nutzung des Eigentums kann gesetzlich geregelt werden, soweit dies für das Wohl der Allgemeinheit erforderlich ist.

(2) Geistiges Eigentum wird geschützt.

Artikel 18 (Asylrecht)¹

¹ „Der Wortlaut des Artikels stützt sich auf Artikel 63 EGV, der die Union zur Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention verpflichtet. Es sei auf die dem Amsterdamer Vertrag beigefügten Protokolle über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands sowie Dänemarks verwiesen, um zu bestimmen, inwieweit diese Mitgliedstaaten das diesbezügliche Gemeinschaftsrecht anwenden und inwieweit dieser Artikel auf sie Anwendung findet. Dieser Artikel berücksichtigt das dem EG-Vertrag beigefügte Protokoll über die Gewährung von Asyl für Staatsangehörige von Mitgliedstaaten der Europäischen Union.“ – Vgl. die vom

Das Recht auf Asyl wird nach Maßgabe des Genfer Abkommens vom 28. Juli 1951 und des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge sowie *durch Unionsrecht gemäß Artikel 71 lit. e dieser Verfassung* gewährleistet.

Artikel 19 (Schutz bei Abschiebung, Ausweisung und Auslieferung)

(1) Kollektivausweisungen sind nicht zulässig.

(2) Niemand darf in einen Staat abgeschoben oder ausgewiesen oder an einen Staat ausgeliefert werden, in dem für sie oder ihn das ernsthafte Risiko der Todesstrafe, der Folter oder einer anderen unmenschlichen oder erniedrigenden Strafe oder Behandlung besteht.

Präsidium des Grundrechtekonvents in eigener Verantwortung formulierten Erläuterungen.

3. Kapitel III: Gleichheit

Artikel 20 (Gleichheit vor dem Gesetz)

Alle Personen sind vor dem Gesetz gleich.

Artikel 21 (Nichtdiskriminierung)

(1) Diskriminierungen, insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, sind verboten.¹

(2) Im Anwendungsbereich *des Zweiten Teils dieser Verfassung* ist unbeschadet der *dort enthaltenen* besonderen Bestimmungen jede Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit verboten².

Artikel 22 (Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen)³

Die Union achtet die Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen.

¹ „Absatz 1 lehnt sich an Artikel 13 EGV und Artikel 14 EMRK sowie an Artikel 11 des Übereinkommens über Menschenrechte und Biomedizin in Bezug auf das genetische Erbe an. Soweit er mit Artikel 14 EMRK zusammenfällt, findet er gemäß diesem Artikel Anwendung.“ – Vgl. die vom Präsidium des Grundrechtekonvents in eigener Verantwortung formulierten Erläuterungen.

² „Absatz 2 entspricht Artikel 12 EGV und findet entsprechend Anwendung.“ – Vgl. die vom Präsidium des Grundrechtekonvents in eigener Verantwortung formulierten Erläuterungen.

³ „Dieser Artikel stützt sich auf Artikel 6 des Vertrags über die Europäische Union und auf Artikel 151 Absätze 1 und 4 EGV in Bezug auf die Kultur. Er lehnt sich ebenfalls an die Erklärung Nr. 11 zur Schlussakte des Vertrags von Amsterdam betreffend den Status der Kirchen und weltanschaulicher Gemeinschaften an.“ – Vgl. die vom Präsidium des Grundrechtekonvents in eigener Verantwortung formulierten Erläuterungen.

Artikel 23 (Gleichheit von Männern und Frauen)

- (1) Die Gleichheit von Männern und Frauen ist in allen Bereichen, einschließlich der Beschäftigung, der Arbeit und des Arbeitsentgelts, sicherzustellen¹.
- (2) Der Grundsatz der Gleichheit steht der Beibehaltung oder der Einführung spezifischer Vergünstigungen für das unterrepräsentierte Geschlecht nicht entgegen.

Artikel 24 (Rechte des Kindes)

- (1) Kinder haben Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge, die für ihr Wohlergehen notwendig sind. Sie können ihre Meinung frei äußern. Ihre Meinung wird in den Angelegenheiten, die sie betreffen, in einer ihrem Alter und ihrem Reifegrad entsprechenden Weise berücksichtigt.
- (2) Bei allen Kinder betreffenden Maßnahmen öffentlicher oder privater Einrichtungen muss das Wohl des Kindes eine vorrangige Erwägung sein.
- (3) Jedes Kind hat Anspruch auf regelmäßige persönliche Beziehungen und direkte Kontakte zu beiden Elternteilen, es sei denn, dies steht seinem Wohl entgegen.

Artikel 25 (Rechte älterer Menschen)

Die Union anerkennt und achtet das Recht älterer Menschen auf ein würdiges und unabhängiges

¹ „Absatz 1 dieses Artikels stützt sich auf Artikel 2 und Artikel 3 Absatz 2 EGV, die die Gemeinschaft auf das Ziel der Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen verpflichten, sowie auf Artikel 141 Absatz 3 EGV. Er lehnt sich an Artikel 20 der revidierten Europäischen Sozialcharta vom 3. Mai 1996 und an Nummer 16 der Gemeinschaftscharta der Arbeitnehmerrechte an. Er stützt sich auch auf Artikel 141 Absatz 3 EGV und auf Artikel 2 Absatz 4 der Richtlinie 76/207/EWG des Rates zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen.“ – Vgl. die vom Präsidium des Grundrechtskonvents in eigener Verantwortung formulierten Erläuterungen.

Leben und auf Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben.

Artikel 26 (Integration von Menschen mit Behinderung)

Die Union anerkennt und achtet den Anspruch von Menschen mit Behinderung auf Maßnahmen zur Gewährleistung ihrer Eigenständigkeit, ihrer sozialen und beruflichen Eingliederung und ihrer Teilnahme am Leben der Gemeinschaft.

4. Kapitel IV: Solidarität

Artikel 27 (Recht auf Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Unternehmen)

Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder ihre Vertreter muss auf den geeigneten Ebenen eine rechtzeitige Unterrichtung und Anhörung in den Fällen und unter den Voraussetzungen gewährleistet sein, die nach dem *Unionsrecht* und den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten vorgesehen sind.

Artikel 28 (Recht auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen)

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber oder ihre jeweiligen Organisationen haben nach dem *Unionsrecht* und den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten das Recht, Tarifverträge auf den geeigneten Ebenen auszuhandeln und zu schließen sowie bei Interessenkonflikten kollektive Maßnahmen zur Verteidigung ihrer Interessen, einschließlich Streiks, zu ergreifen.

Artikel 29 (Recht auf Zugang zu einem Arbeitsvermittlungsdienst)

Jede Person hat das Recht auf Zugang zu einem unentgeltlichen Arbeitsvermittlungsdienst.

Artikel 30 (Schutz bei ungerechtfertigter Entlassung)

Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer hat nach dem *Unionsrecht* und den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten Anspruch auf Schutz vor ungerechtfertigter Entlassung.

Artikel 31 (Gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen)

(1) Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer hat das Recht auf gesunde, sichere und würdige Arbeitsbedingungen.

(2) Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer hat das Recht auf eine Begrenzung der Höchstarbeitszeit, auf tägliche und wöchentliche Ruhezeiten sowie auf bezahlten Jahresurlaub.

Artikel 32 (Verbot der Kinderarbeit und Schutz der Jugendlichen am Arbeitsplatz)

(1) Kinderarbeit ist verboten. Unbeschadet günstigerer Vorschriften für Jugendliche und abgesehen von begrenzten Ausnahmen darf das Mindestalter für den Eintritt in das Arbeitsleben das Alter, in dem die Schulpflicht endet, nicht unterschreiten.

(2) Zur Arbeit zugelassene Jugendliche müssen ihrem Alter angepasste Arbeitsbedingungen erhalten und vor wirtschaftlicher Ausbeutung und vor jeder Arbeit geschützt werden, die ihre Sicherheit, ihre Gesundheit, ihre körperliche, geistige, sittliche oder soziale Entwicklung beeinträchtigen oder ihre Erziehung gefährden könnte.

Artikel 33 (Familien- und Berufsleben)

(1) Der rechtliche, wirtschaftliche und soziale Schutz der Familie wird gewährleistet.

(2) Um Familien- und Berufsleben miteinander in Einklang bringen zu können, hat jede Person das Recht auf Schutz vor Entlassung aus einem mit der Mutterschaft zusammenhängenden Grund sowie den Anspruch auf einen bezahlten Mutterschaftsurlaub und auf einen Elternurlaub nach der Geburt oder Adoption eines Kindes.

Artikel 34 (Soziale Sicherheit und soziale Unterstützung)¹

(1) Die Union anerkennt und achtet das Recht auf Zugang zu den Leistungen der sozialen Sicherheit und zu den sozialen Diensten, die in solchen Fällen wie Mutterschaft, Krankheit, Arbeitsunfall, Pflegebedürftigkeit oder im Alter sowie bei Verlust des Arbeitsplatzes Schutz gewährleisten, nach Maßgabe des *Unionsrechts* und der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten.

(2) Jede Person, die in der Union ihren rechtmäßigen Wohnsitz hat und ihren Aufenthalt rechtmäßig wechselt, hat Anspruch auf die Leistungen der sozialen Sicherheit und die sozialen Vergünstigungen nach dem *Unionsrecht* und den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten.

(3) Um die soziale Ausgrenzung und die Armut zu bekämpfen, anerkennt und achtet die Union das Recht auf eine soziale Unterstützung und eine Unterstützung für die Wohnung, die allen, die nicht

¹ „Der in Artikel 34 Absatz 1 aufgeführte Grundsatz stützt sich auf die Artikel 137 und 140 EGV sowie auf Artikel 12 der Europäischen Sozialcharta und auf Nummer 10 der Gemeinschaftscharta der Arbeitnehmerrechte. Er ist von der Union zu wahren, wenn sie im Rahmen ihrer Zuständigkeiten nach Artikel 140 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft tätig wird. Durch den Hinweis auf die sozialen Dienste sollen die Fälle erfasst werden, in denen derartige Dienste eingerichtet wurden, um bestimmte Leistungen sicherzustellen; dies impliziert aber keineswegs, dass solche Dienste eingerichtet werden müssen, wo sie nicht bestehen. Der Begriff ‘Mutterschaft’ ist im Sinne des vorangehenden Artikels zu verstehen. Absatz 2 stützt sich auf Artikel 13 Absatz 4 der Europäischen Sozialcharta sowie auf Nummer 2 der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer und spiegelt die Regeln wider, die sich aus den Verordnungen 1408/71 und 1612/68 ergeben. Absatz 3 lehnt sich an die Artikel 30 und 31 der revidierten Sozialcharta sowie an Nummer 10 der Gemeinschaftscharta an. Er ist von der Union im Rahmen der Politiken zu wahren, die auf Artikel 137 Absatz 2 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, und insbesondere dem letzten Absatz dieses Artikels, beruhen.“
– Vgl. die vom Präsidium des Grundrechtskonvents in eigener Verantwortung formulierten

über ausreichende Mittel verfügen, ein menschenwürdiges Dasein sicherstellen sollen, nach Maßgabe des *Unionsrechts* und der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten.

Artikel 35 (Gesundheitsschutz)¹

Jede Person hat das Recht auf Zugang zur Gesundheitsvorsorge und auf ärztliche Versorgung nach Maßgabe der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten. Bei der Festlegung und Durchführung aller Politiken und Maßnahmen der Union wird ein hohes Gesundheitsschutzniveau sichergestellt.

Artikel 36 (Zugang zu Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse)²

Die Union anerkennt und achtet den Zugang zu Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse, wie er durch die einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten im Einklang *mit dem Zweiten Teil dieser Verfassung* geregelt ist, um den sozialen und territorialen Zusammenhalt der Union zu fördern.

Artikel 37 (Umweltschutz)³

Erläuterungen.

¹ „Die in diesem Artikel enthaltenen Grundsätze stützen sich auf Artikel 152 EGV sowie auf Artikel 11 der Europäischen Sozialcharta. Satz 2 entspricht Absatz 1 des Artikels 152.“ – Vgl. die vom Präsidium des Grundrechtekonvents in eigener Verantwortung formulierten Erläuterungen.

² „Dieser Artikel achtet voll Artikel 16 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und begründet nicht ein neues Recht. Er stellt lediglich den Grundsatz auf, dass die Union den Zugang zu den Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse gemäß den einzelstaatlichen Bestimmungen achtet, so weit diese mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar sind.“ – Vgl. die vom Präsidium des Grundrechtekonvents in eigener Verantwortung formulierten Erläuterungen.

³ „Der in diesem Artikel enthaltene Grundsatz stützt sich auf die Artikel 2, 6 und 174 EGV. Er lehnt sich auch an Verfassungsbestimmungen einiger Mitgliedstaaten an.“ – Vgl. die vom Präsidium des Grundrechtekonvents in eigener Verantwortung formulierten Erläuterungen.

Ein hohes Umweltschutzniveau und die Verbesserung der Umweltqualität müssen in die Politiken der Union einbezogen und nach dem Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung sichergestellt werden.

Artikel 38 (Verbraucherschutz)¹

Die Politiken der Union stellen ein hohes Verbraucherschutzniveau sicher.

5. Kapitel V: Bürgerrechte

Artikel 39 (Aktives und passives Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament)²

(1) Die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger besitzen in dem Mitgliedstaat, in dem sie ihren Wohnsitz haben, das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, wobei für sie dieselben Bedingungen gelten wie für die Angehörigen des betreffenden Mitgliedstaats.

(2) Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl gewählt.

Artikel 40 (Aktives und passives Wahlrecht bei den Kommunalwahlen)³

¹ „Der in diesem Artikel enthaltene Grundsatz stützt sich auf Artikel 153 EGV.“ – Vgl. die vom Präsidium des Grundrechtskonvents in eigener Verantwortung formulierten Erläuterungen.

² „Artikel 39 findet nach Artikel 52 Absatz 2 der Charta im Rahmen der im Vertrag festgelegten Bedingungen Anwendung. Absatz 1 dieses Artikels entspricht dem Recht, das durch Artikel 19 Absatz 2 EGV garantiert ist, und Absatz 2 dieses Artikels entspricht Artikel 190 Absatz 1 EGV. Die letztgenannte Bestimmung gibt die Grundprinzipien für die Durchführung von Wahlen in einem demokratischen Staat wieder.“ – Vgl. die vom Präsidium des Grundrechtskonvents in eigener Verantwortung formulierten Erläuterungen.

³ „Dieser Artikel entspricht dem Recht, das durch Artikel 19 Absatz 1 EGV garantiert ist. Nach Artikel 52 Absatz 2 findet er im Rahmen der im Vertrag festgelegten Bedingungen

Die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger besitzen in dem Mitgliedstaat, in dem sie ihren Wohnsitz haben, das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen, wobei für sie dieselben Bedingungen gelten wie für die Angehörigen des betreffenden Mitgliedstaats.

Artikel 41 (Recht auf eine gute Verwaltung)

(1) Jede Person hat ein Recht darauf, dass ihre Angelegenheiten von den Organen und Einrichtungen der Union unparteiisch, gerecht und innerhalb einer angemessenen Frist behandelt werden.

(2) Dieses Recht umfasst insbesondere

- das Recht einer jeden Person, gehört zu werden, bevor ihr gegenüber eine für sie nachteilige individuelle Maßnahme getroffen wird;
- das Recht einer jeden Person auf Zugang zu den sie betreffenden Akten unter Wahrung des legitimen Interesses der Vertraulichkeit sowie des Berufs- und Geschäftsgeheimnisses;
- die Verpflichtung der Verwaltung, ihre Entscheidungen zu begründen.

(3) Jede Person hat Anspruch darauf, dass die *Union* den durch ihre Organe oder Bediensteten in Ausübung ihrer Amtstätigkeit verursachten Schaden nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen ersetzt, die den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten gemeinsam sind.

(4) Jede Person kann sich in einer der Sprachen der *Verfassung* an die Organe der Union wenden und muss eine Antwort in derselben Sprache erhalten.

Anwendung.“ – Vgl. die vom Präsidium des Grundrechtekonvents in eigener Verantwortung formulierten Erläuterungen.

Artikel 42 (Recht auf Zugang zu Dokumenten)¹

Die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger sowie jede natürliche oder juristische Person mit Wohnsitz oder satzungsmäßigem Sitz in einem Mitgliedstaat haben das Recht auf Zugang zu den Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission.

Artikel 43 (Der Bürgerbeauftragte)²

Die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger sowie jede natürliche oder juristische Person mit Wohnsitz oder satzungsmäßigem Sitz in einem Mitgliedstaat haben das Recht, den Bürgerbeauftragten der Union im Fall von Missständen bei der Tätigkeit der Organe und Einrichtungen der *Union*, mit Ausnahme des Gerichtshofs und des Gerichts erster Instanz in Ausübung ihrer Rechtsprechungsbefugnisse, zu befassen.

Artikel 44 (Petitionsrecht)³

Die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger sowie jede natürliche oder juristische Person mit Wohnsitz oder satzungsmäßigem Sitz in einem Mitgliedstaat haben das Recht, eine Petition an das Europäische Parlament zu richten.

¹ „Das in diesem Artikel garantierte Recht ist das Recht, das durch Artikel 255 EGV garantiert ist. Nach Artikel 52 Absatz 2 findet es im Rahmen der im Vertrag festgelegten Bedingungen Anwendung.“ – Vgl. die vom Präsidium des Grundrechtekonvents in eigener Verantwortung formulierten Erläuterungen.

² „Das in diesem Artikel garantierte Recht ist das Recht, das durch die Artikel 21 und 195 EGV garantiert ist. Nach Artikel 52 Absatz 2 findet es im Rahmen der im Vertrag festgelegten Bedingungen Anwendung.“ – Vgl. die vom Präsidium des Grundrechtekonvents in eigener Verantwortung formulierten Erläuterungen.

³ „Das in diesem Artikel garantierte Recht ist das Recht, das durch die Artikel 21 und 194 EGV garantiert ist. Nach Artikel 52 Absatz 2 findet es im Rahmen der im Vertrag festgelegten Bedingungen Anwendung.“ – Vgl. die vom Präsidium des Grundrechtekonvents in eigener Verantwortung formulierten Erläuterungen.

Artikel 45 (Freizügigkeit und Aufenthaltsfreiheit)¹

(1) Die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger haben das Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten.

(2) Staatsangehörigen dritter Länder, die sich rechtmäßig im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats aufhalten, kann gemäß dem *Zweiten Teil dieser Verfassung* Freizügigkeit und Aufenthaltsfreiheit gewährt werden.

Artikel 46 (Diplomatischer und konsularischer Schutz)²

Die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger genießen im Hoheitsgebiet eines Drittlandes, in dem der Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen, nicht vertreten ist, den Schutz der diplomatischen und konsularischen Stellen eines jeden Mitgliedstaats unter denselben Bedingungen wie Staatsangehörige dieses Staates.

6.

7. Kapitel VI: Justizielle Rechte

Artikel 47 (Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht)

(1) Jede Person, deren durch das Recht der Union garantierte Rechte oder Freiheiten verletzt worden sind, hat das Recht, nach Maßgabe der in diesem Artikel vorgesehenen Bedingungen bei

¹ „Das in Absatz 1 garantierte Recht ist das Recht, das durch Artikel 18 EGV garantiert ist. Nach Artikel 52 Absatz 2 findet es im Rahmen der im Vertrag festgelegten Bedingungen und Grenzen Anwendung. Absatz 2 erinnert an die der Gemeinschaft durch Artikel 62 Absätze 1 und 3 und Artikel 63 Absatz 4 EGV erteilte Zuständigkeit. Daraus folgt, dass die Gewährung dieses Rechts von der Ausübung dieser Zuständigkeit durch die Organe abhängt.“ – Vgl. die vom Präsidium des Grundrechtekonvents in eigener Verantwortung formulierten Erläuterungen.

² „Das in diesem Artikel garantierte Recht ist das Recht, das durch Artikel 20 EGV garantiert ist. Nach Artikel 52 Absatz 2 findet es im Rahmen der im Vertrag festgelegten Bedingungen Anwendung.“ – Vgl. die vom Präsidium des Grundrechtekonvents in eigener Verantwortung

einem Gericht einen wirksamen Rechtsbehelf einzulegen.

(2) Jede Person hat ein Recht darauf, dass ihre Sache von einem unabhängigen, unparteiischen und zuvor durch Gesetz errichteten Gericht in einem fairen Verfahren, öffentlich und innerhalb angemessener Frist verhandelt wird. Jede Person kann sich beraten, verteidigen und vertreten lassen.

(3) Personen, die nicht über ausreichende Mittel verfügen, wird Prozesskostenhilfe bewilligt, soweit diese Hilfe erforderlich ist, um den Zugang zu den Gerichten wirksam zu gewährleisten.

Artikel 48 (Unschuldsvermutung und Verteidigungsrechte)

(1) Jede angeklagte Person gilt bis zum rechtsförmlich erbrachten Beweis ihrer Schuld als unschuldig.

(2) Jeder angeklagten Person wird die Achtung der Verteidigungsrechte gewährleistet.

Artikel 49 (Grundsätze der Gesetzmäßigkeit und der Verhältnismäßigkeit im Zusammenhang mit Straftaten und Strafen)

(1) Niemand darf wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt werden, die zur Zeit ihrer Begehung nach innerstaatlichem oder internationalem Recht nicht strafbar war. Es darf auch keine schwerere Strafe als die zur Zeit der Begehung angedrohte Strafe verhängt werden. Wird nach Begehung einer Straftat durch Gesetz eine mildere Strafe eingeführt, so ist diese zu verhängen.

(2) Dieser Artikel schließt nicht aus, dass eine Person wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt oder bestraft wird, die zur Zeit ihrer Begehung nach den allgemeinen, von der Gesamtheit der Nationen anerkannten Grundsätzen strafbar war.

formulierten Erläuterungen.

(3) Das Strafmaß darf gegenüber der Straftat nicht unverhältnismäßig sein.

Artikel 50 (Recht, wegen derselben Straftat nicht zweimal strafrechtlich verfolgt oder bestraft zu werden)

Niemand darf wegen einer Straftat, derentwegen er bereits in der Union nach dem Gesetz rechtskräftig verurteilt oder freigesprochen worden ist, in einem Strafverfahren erneut verfolgt oder bestraft werden.

8.

9.

10. Kapitel VII: Unionsbürgerschaft

Artikel 51 (*Unionsbürgerschaft*)¹

(1) Unionsbürger ist, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt.

(2) Die Unionsbürgerschaft ergänzt die nationale Staatsbürgerschaft, ersetzt sie aber nicht.

¹ Die Einbeziehung des Artikel 17 Absatz 1 EG in die Charta ist die einzige wesentliche Änderung der Charta, die in diesem Diskussionspapier vorgeschlagen wird. Zweck ist es, bereits im Zusammenhang mit der Charta die Bedeutung des Begriffs „Unionsbürger“ klarzustellen, der in den Artikel 15 Absatz 2 und Absatz 3, Artikel 39 Absatz 1 und den Artikeln 40, 42, 43, 44, 45, 46 der Charta verwendet wird. Es wäre irreführend, die Bestimmungen über die „Unionsbürgerschaft“ an den Anfang der Charta zu stellen, da die meisten der in der Charta verankerten Grundrechte auf alle Individuen und nicht nur auf Unionsbürger anwendbar sind. Vgl. auch den Abschlussbericht der Konventsarbeitsgruppe II „Charta“, S. 6: „Sollte die Einbeziehung durch die Aufnahme des Chartawortlauts in den ersten Teil des Verfassungsvertrags erfolgen, wie es von der großen Mehrheit der Gruppe befürwortet wird, dann müssten nach Ansicht der Gruppe in diesem Vertrag die Charta-Artikel über die Bürgerrechte und die Bestimmungen des EG-Vertrags über die Bürgerschaft, denen konstitutionelle Bedeutung zukommt, in geeigneter Weise miteinander verknüpft werden; dies sollte als technischer Vorgang betrachtet werden, der keine politischen Probleme aufwerfen dürfte.“

Artikel 52 (Anwendungsbereich)

(1) Diese Charta gilt für die Organe und Einrichtungen der Union unter Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips und für die Mitgliedstaaten ausschließlich bei der Durchführung des Rechts der Union. Dementsprechend achten sie die Rechte, halten sie sich an die Grundsätze und fördern sie deren Anwendung gemäß ihren jeweiligen Zuständigkeiten *unter Achtung der Grenzen der Zuständigkeiten der Union, die dieser in dieser Verfassung übertragen werden*.¹

(2) Diese Charta dehnt den *Geltungsbereich des Unionsrechts nicht über die Zuständigkeiten der Union*² hinaus aus und sie begründet weder neue Zuständigkeiten noch neue Aufgaben für die Union, noch ändert sie die in *dieser Verfassung* festgelegten Zuständigkeiten und Aufgaben.³

Artikel 53 (Tragweite der garantierten Rechte)

(1) Jede Einschränkung der Ausübung der in dieser Charta anerkannten Rechte und Freiheiten muss gesetzlich vorgesehen sein und den Wesensgehalt dieser Rechte und Freiheiten achten. Unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit dürfen Einschränkungen nur vorgenommen werden, wenn sie notwendig sind und den von der Union anerkannten dem Gemeinwohl dienenden Zielsetzungen oder den Erfordernissen des Schutzes der Rechte und Freiheiten anderer tatsächlich entsprechen.

(2) Die Ausübung der durch diese Charta anerkannten Rechte, die in den Bestimmungen des *Zweiten Teils dieser Verfassung begründet sind*, erfolgt im Rahmen der *darin* festgelegten Bedingungen und Grenzen.

¹ Vgl. die Vorschläge im Abschlussbericht der Konventsarbeitsgruppe II „Charta“ bzgl. der redaktionellen Anpassungen der Horizontalbestimmungen, S. 17.

² Vgl. die Vorschläge im Abschlussbericht der Konventsarbeitsgruppe II „Charta“ bzgl. der redaktionellen Anpassungen der Horizontalbestimmungen, S. 17.

³ Vgl. die Vorschläge im Abschlussbericht der Konventsarbeitsgruppe II „Charta“ bzgl. der redaktionellen Anpassungen der Horizontalbestimmungen, S. 17.

(3) Soweit diese Charta Rechte enthält, die den durch die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten garantierten Rechten entsprechen, haben sie die gleiche Bedeutung und Tragweite, wie sie ihnen in der genannten Konvention verliehen wird. Diese Bestimmung steht dem nicht entgegen, dass das Recht der Union einen weiter gehenden Schutz gewährt.

(4) *Soweit in dieser Charta Grundrechte anerkannt werden, wie sie sich aus den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten ergeben, werden sie im Einklang mit diesen Überlieferungen ausgelegt.*¹

(5) *Die Bestimmungen dieser Charta, in denen Grundsätze festgelegt sind, können durch Akte der Gesetzgebung und der Ausführung der Organe und Einrichtungen der Union sowie durch Akte der Mitgliedstaaten zur Durchführung des Rechts der Union in Ausübung ihrer jeweiligen Zuständigkeiten umgesetzt werden. Sie können vor Gericht nur bei der Auslegung dieser Akte und bei Entscheidungen über deren Rechtmäßigkeit herangezogen werden.*²

(6) *Den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten ist, wie es in dieser Charta bestimmt ist, in vollem Umfang Rechnung zu tragen.*³

Artikel 54 (Schutzniveau)

Keine Bestimmung dieser Charta ist als eine Einschränkung oder Verletzung der Menschenrechte und Grundfreiheiten auszulegen, die in dem jeweiligen Anwendungsbereich durch das Recht der Union und das Völkerrecht sowie durch die internationalen Übereinkommen, bei denen die Union oder alle Mitgliedstaaten Vertragsparteien sind, darunter insbesondere die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, sowie durch die Verfassungen der Mitgliedstaaten anerkannt werden.

¹ Vgl. die Vorschläge im Abschlussbericht der Konventsarbeitsgruppe II „Charta“ bzgl. der redaktionellen Anpassungen der Horizontalbestimmungen, S. 17.

² Vgl. die Vorschläge im Abschlussbericht der Konventsarbeitsgruppe II „Charta“ bzgl. der redaktionellen Anpassungen der Horizontalbestimmungen, S. 17.

³ Vgl. die Vorschläge im Abschlussbericht der Konventsarbeitsgruppe II „Charta“ bzgl. der redaktionellen Anpassungen der Horizontalbestimmungen, S. 17.

Artikel 55 (Verbot des Missbrauchs der Rechte)

Keine Bestimmung dieser Charta ist so auszulegen, als begründe sie das Recht, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung vorzunehmen, die darauf abzielt, die in der Charta anerkannten Rechte und Freiheiten abzuschaffen oder sie stärker einzuschränken, als dies in der Charta vorgesehen ist.

B. Titel II: Definition und Ziele der Union¹

Artikel 56 (Grundlagen der Europäischen Union)²

- (1) Grundlage der mit dieser Verfassung begründeten Europäischen Union sind die Unionsbürger und die Mitgliedstaaten³.
- (2) Die Union übt nach föderalem Modus bestimmte gemeinsame Zuständigkeiten gemäß ihrer gemeinsamen Werte und Ziele in Anerkennung des pluralen Charakters der Union aus⁴.
- (3) Die Union achtet die nationale Identität der Mitgliedstaaten, ihre verfassungsmäßige und politische Ordnung, einschließlich der regionalen und lokalen Selbstverwaltung, ihre Entscheidungen hinsichtlich Sprachen sowie den rechtlichen Status der Kirchen und Glaubensgemeinschaften⁵.

Artikel 57 (Werte der Union)

- (1) Die Union beruht auf der Würde des Menschen, den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit; diese

¹ **Titel und Struktur entsprechend dem Vorentwurf des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums (darin Titel I).**

² **Vgl. Artikel 1 des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums.**

³ Vgl. schon Rs. 26/62, *van Gend & Loos*, Slg. 1963, I: „Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft stellt eine neue Rechtsordnung des Völkerrechts dar, zu deren Gunsten die Staaten, wenn auch in begrenztem Rahmen, ihre Souveränitätsrechte eingeschränkt haben; eine Rechtsordnung, deren Rechtssubjekte nicht nur die Mitgliedstaaten, sondern auch die Einzelnen sind.“

⁴ **Vgl. die Kurzzusammenfassung zu Artikel 1 Spiegelstrich 2 und 3 im Vorentwurf des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums.**

⁵ Übernimmt die „Christophersen“-Formel, wie sie in der Konventsarbeitsgruppe V „Ergänzende Zuständigkeiten“ vorgeschlagen wurde. Der Rolle der Kirchen wird darüber hinaus durch Umsetzung der bestehenden Erklärung Nr. 11 (der Schlussakte von Amsterdam beigefügt) in ein neues, dieser Verfassung beigefügtes „Protokoll zum Status der Kirchen und weltanschaulichen Gemeinschaften“ anerkannt – siehe Anhang I. **Vgl. auch die Kurzzusammenfassung zu Artikel 1 im Vorentwurf des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums.**

Grundsätze sind allen Mitgliedstaaten gemeinsam¹.

(2) Die Werte der Union umfassen sowohl die Wertvorstellungen derjenigen, die an Gott als die Quelle der Wahrheit, der Gerechtigkeit, des Guten und des Schönen glauben als auch derjenigen, die diesen Glauben nicht teilen, diese universellen Werte aber aus anderen Quellen kommend respektieren².

¹ Vgl. Artikel 6 Absatz 1 EU und die Kurzzusammenfassung zu Artikel 2 im Vorentwurf des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums.

² Inspiriert durch die Präambel der Verfassung von Polen vom 2. April 1997.

Artikel 58 (Ziele der Union)¹

(1) Die Union setzt sich folgende Ziele:

- (a) durch einen Binnenmarkt und eine Wirtschafts- und Währungsunion in der ganzen Union eine harmonische, ausgewogene und nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftslebens, ein hohes Beschäftigungsniveau und ein hohes Maß an sozialem Schutz, die Gleichstellung von Männern und Frauen, ein beständiges, nichtinflationäres Wachstum, einen hohen Grad von Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz der Wirtschaftsleistungen, ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität, welche auf dem Grundsatz einer nachhaltigen Entwicklung beruhen, die Hebung der Lebenshaltung und der Lebensqualität, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und ihrer Regionen zu fördern²;
- (b) durch eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, welche eine gemeinsame Verteidigung einschließt, die Identität, die gemeinsamen Werte, die Sicherheit, die Interessen und die Unabhängigkeit³ der Union auf internationaler Ebene⁴ zu behaupten, und dadurch den Frieden zu bewahren und die internationale Sicherheit zu stärken sowie internationale Zusammenarbeit und Entwicklung zu fördern, in Übereinstimmung mit Titel VIII;
- (c) durch eine Gemeinsame Politik in den Bereichen Polizei und Justiz die Union als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu erhalten und weiterzuentwickeln, in welchem in Verbindung mit geeigneten Maßnahmen in Bezug auf die Kontrollen an den Außengrenzen, das Asyl, die Einwanderung sowie die Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität der freie Personenverkehr gewährleistet ist⁵;

¹ **Vgl. Artikel 3 im Vorentwurf des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums; Inhalt übernommen aus den Zielbestimmungen des EU-Vertrags und der Gemeinschaftsverträge.**

² Vgl. Artikel 2 EG. Vgl. auch den Abschlussbericht der Konventsarbeitsgruppe VI „Ordnungspolitik“ (S. 2), welcher die Einbeziehung des Textes von Artikel 2 EG (neben Artikel 2 EU und 4 EG) in die Verfassung empfiehlt.

³ **Vgl. die Kurzzusammenfassung zu Artikel 3 im Vorentwurf des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums.** Siehe auch Artikel 11 Absatz 1 Spiegelstrich 1 EU.

⁴ Vgl. Artikel 2 Spiegelstrich 1 EU.

⁵ Vgl. Artikel 2 Spiegelstrich 4 EU.

(d) zur sicheren und friedlichen Nutzung der Kernenergie beizutragen¹;

(e) den gemeinschaftlichen Besitzstands voll zu wahren und ihn weiter zu entwickeln².

(2) Die Ziele der Union werden entsprechend ihren in dieser Verfassung niedergelegten Zuständigkeiten verwirklicht.

Artikel 59 (Binnenmarkt)³

(1) Der Binnenmarkt umfasst nach Maßgabe des Zweiten Teils dieser Verfassung eine Zollunion, einen Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gewährleistet ist⁴ und ein System, das den Wettbewerb innerhalb des Binnenmarktes vor Verfälschungen schützt⁵, sowie auf das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarktes bezogene gemeinsame und flankierende Politiken.

(2) Das vorrangige Ziel aller Tätigkeiten der Union hinsichtlich des Binnenmarktes ist die Beseitigung aller Hindernisse oder Diskriminierungen im Handel sowie aller spürbaren Wettbewerbsverzerrungen⁶.

¹ Übernimmt den Kerngehalt der Ziele des EURATOM-Vertrages in modernisierter Form.

² Vgl. Artikel 2 Spiegelstrich 5 EU.

³ **Übernimmt den Kerngehalt der Artikel 3 und 14 EG, die innerhalb der Rechtsordnung der Gemeinschaft Verfassungsrang einnehmen (sie sind im Ersten Teil des EG-Vertrages mit dem Titel „Grundsätze“ enthalten) und daher in den Ersten Teil der Verfassung integriert werden sollten; sie fehlen im Ersten Teil des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums.** Dieses Diskussionspapier schlägt des weiteren vor, den Begriff „Gemeinsamer Markt“ in der gesamten Verfassung durch „Binnenmarkt“ zu ersetzen. Die Verwendung der beiden Begriffe im geltenden Vertrag ist mehr von Zufall als von Logik bestimmt. Die Definition des Binnenmarktes ist weit genug, um alle Aspekte dessen abzudecken, was heute von „Binnenmarkt“ und „Gemeinsamen Markt“ erfasst ist. Der gleiche Ansatz wurde von der Durchführbarkeitsstudie der Kommission „Beitrag für einen Vorentwurf einer Verfassung der Europäischen Union – Arbeitspapier“ vom 4. Dezember 2002 gewählt.

⁴ Vgl. Artikel 3 Absatz 1 lit. c, 14 Absatz 2 EG.

⁵ Vgl. Artikel 3 Absatz 1 lit. g EG.

⁶ Übernimmt die allgemeinen, den vier Grundfreiheiten zugrunde liegenden Grundsätze, wie sie in Artikel 30 EG festgelegt sind und durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes

Artikel 60 (Wirtschafts- und Währungsunion)¹

(1) Die Wirtschaftsunion umfasst nach Maßgabe des Zweiten Teils dieser Verfassung die Einführung einer Wirtschaftspolitik, die auf einer engen, von der Union streng überwachten² Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, dem Binnenmarkt und der Festlegung gemeinsamer Ziele beruht und dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet ist.

(2) Parallel dazu umfasst die Währungsunion nach Maßgabe des Zweiten Teils dieser Verfassung und der beigefügten Satzung des ESZB und der darin vorgesehenen Verfahren die unwiderrufliche Festlegung der Wechselkurse im Hinblick auf die Einführung einer einheitlichen Währung, des Euro, sowie die Festlegung und Durchführung einer einheitlichen Geld- sowie Wechsellpolitik, die beide vorrangig das Ziel der Preisstabilität verfolgen und unbeschadet dieses Zieles die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Union unter Beachtung des Grundsatzes einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb unterstützen sollen.

(3) Die Tätigkeit der Mitgliedstaaten und der Union setzt hinsichtlich der Wirtschafts- und Währungsunion die Einhaltung der folgenden richtungsweisenden Grundsätze voraus: stabile Preise, gesunde öffentliche Finanzen und monetäre Rahmenbedingungen sowie eine dauerhaft finanzierbare Zahlungsbilanz.

verallgemeinert wurden; vgl. Rs. C-55/94, *Gebhard*, Slg. 1995, I-4165, Rn. 37.

¹ **Vgl. Artikel 4 EG, der im Ersten Teil des EG-Vertrages („Grundsätze“) enthalten ist und daher in den Ersten Teil der Verfassung übernommen werden sollte. Eine solche Vorschrift fehlt im Ersten Teil des Vorentwurfs eines Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums. Der Ansatz dieses Diskussionspapiers wird unterstützt vom Abschlussbericht der Konventsarbeitsgruppe VI „Ordnungspolitik“, S. 2, der ausdrücklich die Aufnahme des jetzigen Artikel 4 EG (neben Artikel 2 EU und Artikel 2 EG) in die Verfassung empfiehlt.**

² „von der Union streng überwacht“ wurde hinzugefügt, um der gestärkten Rolle der Unionsebene in der Koordinierung der Wirtschaftspolitik, wie sie im Zweiten Teil dieser Verfassung festgelegt ist, Rechnung zu tragen. Vgl. auch den Abschlussbericht der Konventsarbeitsgruppe VI „Ordnungspolitik“, S. 4: „Die wirtschaftspolitische Koordinierung sollte nach Meinung der Gruppe verstärkt werden.“

Artikel 61 (Rechtspersönlichkeit)¹

Die Union besitzt Rechtspersönlichkeit.

Artikel 62 (Vorrang des Unionsrechts)²

Unionsrecht bricht nationales Recht.

Artikel 63 (Unionstreue)³

(1) Die Mitgliedstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen allgemeiner oder besonderer Art zur Erfüllung der Verpflichtungen, die sich aus dieser Verfassung oder aus Handlungen der Union ergeben. Sie erleichtern der Union die Erfüllung ihrer Aufgaben.

(2) Die Mitgliedstaaten unterlassen alle Maßnahmen, welche die Verwirklichung der in dieser

¹ Vgl. Artikel 281, 282 EG, 184, 185 EURATOM. Vgl. auch die Ergebnisse der Konventsarbeitsgruppe III „Rechtspersönlichkeit“ und Artikel 4 des Vorentwurfs des Verfassungsvertrages des Konventspräsidiums. Hinsichtlich der Rechtsnachfolge der Gemeinschaften vgl. Artikel 139 in diesem Diskussionspapier.

² Vgl. Rs. 6/64, *Costa v. ENEL*, Slg. 1964, 585; vgl. auch verbundene Rs. C-10/97 bis C-22/97, *Ministero delle Finanze v IN.CO.GE. '90 Srl, Idelgard Srl, Iris '90 Srl, Camed Srl, Pomezia Progetti Appalti Srl (PPA), Edilcam Srl, A. Cecchini & C. Srl, EMO Srl, Emoda Srl, Sappesi Srl, Ing. Luigi Martini Srl, Giacomo Srl and Mafar Srl*, Slg. 1998, I-6307, Rn. 21. Diesem wichtigen Grundsatz der Rechtsordnung der Union wird im Vorentwurf des Verfassungsvertrages des Konventspräsidiums viel weniger Bedeutung beigemessen; dort taucht er erst in Artikel 8 von Titel III unter „Zuständigkeiten und Tätigkeitsbereiche der Union“ auf. Da aber dieser Grundsatz sowohl auf das von der Union in Ausübung ihrer Zuständigkeiten gesetzte Recht (Sekundärrecht) als auch auf das Recht der Verfassung selbst (Primärrecht) Anwendung findet, kann nur die Einbeziehung dieses Grundsatzes in den allgemeinen Titel II „Definition und Ziele der Union“ den bestehenden gemeinschaftlichen Besitzstand angemessen wiedergeben.

³ Vgl. Artikel 10 EG. Momentan steht dieser Grundsatz im Ersten Teil des EG-Vertrages („Grundsätze“). Deshalb ist ihm auch in dem vorliegenden Diskussionspapier ein besonderer Standort eingeräumt. Die Kurzzusammenfassung von Artikel 8 im Vorentwurf des Verfassungsvertrages des Konventspräsidiums erwähnt diesen Grundsatz lediglich in Titel III „Zuständigkeiten und Tätigkeitsbereiche der Union“, was Einwände hervorruft, wie sie in der vorausgehenden Fußnote bereits erläutert

Verfassung festgelegten Ziele und Rechte¹ gefährden könnten.

(3) Die Union handelt loyal gegenüber den Mitgliedstaaten².

Artikel 64 (Beistandsklausel der Union)³

(1) Sollte einer der Mitgliedstaaten das Ziel eines terroristischen Angriffs werden, so werden die anderen Mitgliedstaaten dem auf diese Weise angegriffenen Mitgliedstaat, auf Ersuchen seiner Zivilbehörden, alle in ihrer Macht stehende militärische und sonstige Hilfe und Unterstützung leisten. Alle der Union zur Verfügung stehenden Mittel (einschließlich militärischer Ressourcen, Maßnahmen im Rahmen der Gemeinsamen Politik in den Bereichen Polizei und Justiz sowie Zivilschutzmaßnahmen) werden mobilisiert, um in Übereinstimmung mit den Werten der Union die terroristische Bedrohung auf dem Gebiet der Union abzuwenden, die Zivilbevölkerung und das Funktionieren der demokratischen Institutionen in der Union zu schützen und auf andere Weise den so angegriffenen Mitgliedstaat innerhalb seines Hoheitsgebietes zu unterstützen⁴.

(2) Im Falle eines bewaffneten Angriffs gilt der in Absatz 1 umschriebene Beistand der Union entsprechend für die Mitgliedstaaten, die an den kollektiven Verteidigungspflichten beteiligt sind, wie sie in dem dieser Verfassung beigefügten Protokoll über die kollektive Verteidigung festgelegt sind⁵.

wurden.

¹ „und Rechte“ hinzugefügt während der EVP Studententage in Frascati, um zu betonen, dass diese Verfassung nun ausdrücklich, insbesondere durch Aufnahme der Charta im Ersten Teil, Rechte enthält und dass die Person im Mittelpunkt des Handelns der Union steht (vgl. Präambel, Erwägungsgrund 4). Artikel 52 stellt klar, dass die Charta den Umfang der Zuständigkeiten der Union nicht erweitert.

² Dieser Absatz 3 ist der Rechtsprechung des Gerichtshofes entnommen, der zufolge die Pflicht zu loyaler Zusammenarbeit den Mitgliedstaaten und den Gemeinschaftsorganen gegenseitige Verpflichtungen auferlegt und daher ebenso die Gemeinschaft gegenüber den Mitgliedstaaten verpflichtet.

³ Vgl. Artikel V des Brüsseler Vertrages vom 17. März 1948 zur Errichtung der Westeuropäischen Union (WEU).

⁴ Eine solche Beistandsklausel hat in der Konventsarbeitsgruppe VIII „Verteidigung“ breite Unterstützung gefunden; vgl. ihren Abschlussbericht, Rn. 57.

⁵ Vgl. den Abschlussbericht der Konventsarbeitsgruppe VIII „Verteidigung“, Rn. 61 ff.

Artikel 65 (Rechtsstaatlichkeit)

- (1) Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieser Verfassung nicht anders als hierin vorgesehen zu regeln¹. Sie kommen Urteilen des Europäischen Gerichtshofs stets unverzüglich und umfassend nach.
- (2) Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, Schäden wiedergutzumachen, die dem einzelnen durch dem Staat zuzurechnende Verstöße gegen das Unionsrecht entstehen².

Artikel 66 (Symbole der Union; Vorrechte und Befreiungen)

- (1) Sitz der Union ist Brüssel³.
- (2) Die Flagge der Union zeigt einen Kreis aus zwölf goldenen Sternen auf blauem Grund.
- (3) Die Währung der Union ist der Euro.
- (4) Die Hymne der Union ist die Instrumentalversion der Ode an die Freude aus der Neunten Symphonie von Ludwig van Beethoven.
- (5) Unionsfeiertag ist der 9. Mai.
- (6) Die Union genießt in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten die zur Erfüllung ihrer Aufgaben

¹ Vgl. Artikel 292 EG, 193 EURATOM.

² Kodifiziert einen allgemeinen Grundsatz des Gemeinschaftsrechts; vgl. verb. Rs. C-6/90 und C-9/90, *Francovich und andere*, Slg. 1991, I-5357, Rn. 37; Verb. Rs. C-46/93 und C-48/93, *Brasserie du Pêcheur SA/Bundesrepublik Deutschland und The Queen/Secretary of State for Transport, ex parte: Factortame Ltd. und andere*, Slg. 1996, I-1029, Rn. 32.

³ Die Sitze der Institutionen der Union, der EZB, der EIB und Europol werden weiterhin von dem dieser Verfassung beigefügten „Protokoll über die Festlegung der Sitze der Organe sowie bestimmter Einrichtungen und Dienststellen der Europäischen Gemeinschaften sowie des Sitzes von Europol“ bestimmt; vgl. Anhang I.

erforderlichen Vorrechte und Befreiungen nach Maßgabe eines dieser Verfassung beigefügten Protokolls¹. Dasselbe gilt für die EZB, die EIB und Europol.

¹ Vgl. Artikel 291 EG. Das Protokoll, auf das verwiesen wird, ist das „Protokoll vom 8. April 1965 über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften“, das in Anhang I dieser Verfassung beigefügt ist.

C. Titel III: Zuständigkeiten und Tätigkeitsbereiche der Union¹

Artikel 67 (Grundprinzipien)

- (1) Die Grenzen und die Ausübung der Zuständigkeiten der Union richten sich nach den Prinzipien der begrenzten Ermächtigung, der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit.
- (2) Die Union darf nach dem Prinzip der begrenzten Ermächtigung nur tätig werden, sofern und soweit ihr durch diese Verfassung Zuständigkeiten zugewiesen werden². Der Union nicht zugewiesene Zuständigkeiten verbleiben den Mitgliedstaaten.
- (3) Alle Entscheidungen in der Union müssen nach dem Subsidiaritätsprinzip so bürgernah wie möglich getroffen werden; in Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, wird die Union nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können und daher wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen in effizienterer Weise³ auf Unionsebene erreicht werden können.
- (4) Die Maßnahmen der Union gehen nach dem Verhältnismäßigkeitsprinzip in Inhalt und Form nicht über das für die Erreichung der Ziele dieser Verfassung erforderliche Maß hinaus⁴.
- (5) Alle von der Union getroffenen Maßnahmen werden von den Mitgliedstaaten umgesetzt, durchgeführt und angewendet, sofern in dieser Verfassung nicht etwas anderes bestimmt ist⁵.

¹ **Titel III ist vom Vorentwurf des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums übernommen worden. Der Aufbau des Titels verbindet den vom Konventspräsidium vorgeschlagenen Aufbau mit anderen Aufbauvorschlägen, die in den Konventsarbeitsgruppen diskutiert wurden, insbesondere in der Konventsarbeitsgruppe V „Ergänzende Zuständigkeiten“. Wie auf den Studientagen der EVP-Konventsgruppe in Frascati vereinbart, müssen alle Machtfragen (einschließlich die Zuständigkeitsfragen) im Ersten Teil der Verfassung, und nicht im Zweiten Teil entschieden werden.**

² Vgl. Artikel 5 Absatz 1 EG.

³ „in effizienterer Weise“ wird anstatt von „besser“ vorgeschlagen, um die Vorschrift klarer und justiziabler zu gestalten.

⁴ Vgl. Artikel 5 Absatz 3 EG.

⁵ Prinzip der nationalen Umsetzung; vgl. die dem EG-Vertrag durch den Vertrag von Amsterdam beigefügte Erklärung Nr. 43 als Leitlinie der Grundsätze der Subsidiarität und der

Artikel 68 (Anwendung der Grundprinzipien)

- (1) Die Organe der Union wenden bei der Ausübung der nicht ausschließlichen Zuständigkeiten der Union das Subsidiaritätsprinzip gemäß dem dieser Verfassung beigefügten Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit an.
- (2) Die Organe der Union wenden bei der Ausübung der Zuständigkeiten der Union das Verhältnismäßigkeitsprinzip im Einklang mit diesem Protokoll an.
- (3) Die nationalen Parlamente überwachen die Einhaltung des Subsidiaritäts- und des Verhältnismäßigkeitsprinzips durch die Organe der Union mittels des in diesem Protokoll umschriebenen Frühwarnmechanismus.

Artikel 69 (Zuständigkeitsarten)

- (1) Ausschließliche Kompetenzen ermächtigen die Union, in einem bestimmten Bereich sämtliche verbindliche Rechtsakte zu erlassen, während die Mitgliedstaaten in diesem Bereich nur handeln dürfen, wenn und soweit sie von der Union hierzu ermächtigt werden.
- (2) Geteilte Kompetenzen ermächtigen die Union und die Mitgliedstaaten, in einem bestimmten Bereich verbindliche Rechtsakte zu erlassen. Die Mitgliedstaaten dürfen ihre Zuständigkeiten nur ausüben, wenn und soweit die Union ihre Zuständigkeiten nicht wahrnimmt.
- (3) Unterstützende Kompetenzen erlauben der Union, Handlungen der Mitgliedstaaten in Hinblick auf die Verwirklichung eines der Ziele der Union zu ergänzen, zu unterstützen oder zu

Verhältnismäßigkeit. Die Formulierung ist den Arbeiten der Konventsarbeitsgruppe V „Ergänzende Zuständigkeiten“ entnommen; vgl. ebenso Rn. 17 des Lamassoure-Berichts.
Vgl. auch die Kurzzusammenfassung zu Artikel 8 des Vorentwurfs des

koordinieren, unter Ausschluss der vollständigen Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten. Dabei kann sie sich aller in der Verfassung vorgegeben Rechtsinstrumente einschließlich der Gesetzgebung bedienen.

(4) Die Unionskompetenzen bauen auf dem Besitzstand auf, wie er am Tage des Inkrafttretens dieser Verfassung vorhanden ist¹.

Artikel 70 (Ausschließliche Kompetenzen)²

Die Union hat die ausschließliche Kompetenz im Hinblick auf:

- (a) die Festsetzung der Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs³;
- (b) die gemeinsame Handelspolitik im Bereich des Handels mit Waren, Dienstleistungen (mit Ausnahme von kulturellen Dienstleistungen, Dienstleistungen im Bereich Bildung sowie in den Bereichen Soziales und Gesundheitswesen⁴) sowie im Bereich der kommerziellen Aspekte des geistigen Eigentums⁵;
- (c) die Geldpolitik für die Mitgliedstaaten, die unwiderruflich den Euro als ihre einheitliche Währung eingeführt haben. Die Festlegung und Durchführung der Geldpolitik erfolgt durch die

Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums.

¹ Diese „Besitzstands-Bewahrungs“-Regel soll gewährleisten, dass die Erstellung von Kompetenzlisten (Artikel 70 bis 72) nicht zu einer Änderung der derzeitigen Kompetenzaufteilung führt.

² Umfassende Kompetenzlisten ermöglichen es, alle Machtfragen im Ersten Teil der Verfassung anzusiedeln. Sie reduzieren zugleich die Notwendigkeit, in den Zweiten Teil der Verfassung Rechtsgrundlagen für das Unionshandeln aufzunehmen. In Zukunft stellen vielmehr die Kompetenzlisten unmittelbar Rechtsgrundlagen für das Unionshandeln zur Verfügung; sie folgen daher (so eng wie in einem Verfassungstext möglich) dem Wortlaut der Vorschriften des EU- und EG-Vertrags.

³ Vgl. Artikel 26 EG. Vgl. den Lamassoure-Bericht, Rn. 19: „Zollpolitik“.

⁴ Vgl. Artikel 133 Absatz 6 EG, in der geänderten Fassung des Vertrags von Nizza; s. unten, Art. 71 Absatz 1 lit. q.

⁵ Vgl. Artikel 133 Absatz 1 und Absatz 5 EG. Vgl. den Lamassoure-Bericht, Rn. 19: „Außenwirtschaftsbeziehungen“. Im Abschlussbericht der Konventsarbeitsgruppe VII „Außenpolitisches Handeln“ fand der – auch diesem Diskussionspapier zugrunde gelegte – Übergang zur qualifizierten Mehrheit in allen Bereichen der Handelspolitik, einschließlich Dienstleistungen und Urheberrecht breite Unterstützung; vgl. den Abschlussbericht der Konventsarbeitsgruppe VII „Außenpolitisches Handeln“, Punkt 8 c.

in Artikel 90 vorgesehene unabhängige Europäische Zentralbank (EZB)¹ in Übereinstimmung mit dem Zweiten Teil der Verfassung und der Satzung des EZB;

- (d) das Währungsrecht des Euro², einschließlich von Maßnahmen, um die Stückelung und die technischen Merkmale aller für den Umlauf bestimmten Münzen soweit zu harmonisieren, wie dies für deren reibungslosen Umlauf innerhalb der Union erforderlich ist³;
- (e) die Festlegung und Durchführung der gemeinsamen Agrarpolitik⁴ in Übereinstimmung mit dem Zweiten Teil der Verfassung;
- (f) die Bedingungen für die Fischerei im Hinblick auf die Sicherung des Schutzes der Fischgründe und die Erhaltung der biologischen Ressourcen der Meere⁵;
- (g) die Maßnahmen zur Verwirklichung der Grundsätze des Wettbewerbsrechts der Union⁶;
- (h) die Anwendung des unionsrechtlichen Verbotes von staatlichen Beihilfen⁷;
- (i) die notwendigen Schutzmaßnahmen (mit einer Geltungsdauer von höchstens sechs Monaten) gegenüber dritten Ländern, falls Kapitalbewegungen nach oder aus dritten Ländern unter außergewöhnlichen Umständen das Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion schwerwiegend stören oder zu stören drohen⁸;
- (j) die Festlegung der Aufgaben, der vorrangigen Ziele und der Organisation der Strukturfonds der Union, wie sie im Zweiten Teil dieser Verfassung vorgesehen sind, ebenso wie der für sie

¹ Vgl. Artikel 105 Absatz 2 EG. Vgl. Lamassoure-Bericht, Rn. 19.

² Vgl. Artikel 123 Absatz 4 EG.

³ Vgl. Artikel 106 Absatz 2 EG.

⁴ Vgl. Artikel 32 Absatz 4, 37 EG. Vgl. Lamassoure-Bericht, Rn. 22, der diesen Politikbereich nur als geteilte Kompetenz sieht; nach dem geltenden Besitzstand fällt er in die ausschließliche Kompetenz der Gemeinschaft.

⁵ Vgl. Artikel 102 des Beitrittsvertrags von Dänemark, Irland und dem Vereinigten Königreich. Vgl. Lamassoure-Bericht, Rn. 22, der diesen Politikbereich nur als geteilte Kompetenz ansieht; nach dem geltenden Besitzstands fällt er in die ausschließliche Kompetenz der Gemeinschaft.

⁶ Vgl. Artikel 83 EG. Vgl. Lamassoure-Bericht, Rn. 19: „Wettbewerbspolitik“.

⁷ Vgl. Artikel 89 EG. Vgl. Lamassoure-Bericht, Rn. 19: „Wettbewerbspolitik“.

⁸ Vgl. Artikel 59 EG.

geltenden allgemeinen Regeln und Bestimmungen, die zur Gewährleistung einer wirksamen Arbeitsweise und zur Koordinierung der Fonds sowohl untereinander als auch mit den anderen vorhandenen Finanzierungsinstrumenten der Union erforderlich sind¹;

- (k) die Einzelheiten im Hinblick auf die Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts jedes Unionsbürgers bei Kommunalwahlen und Wahlen zum Europäischen Parlament²;
- (l) die Maßnahmen für die Erstellung von Statistiken der Union, wenn dies für die Durchführung ihrer Tätigkeiten der Union erforderlich ist, unbeschadet der Aufgaben der EZB und des ESZB im Bereich der Statistik³;
- (m) den Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und beim freien Verkehr solcher Daten gegenüber den Organen und Einrichtungen der Union, einschließlich der Errichtung einer unabhängigen Kontrollinstanz, die für die Überwachung der Anwendung eines derartigen Schutzes verantwortlich ist⁴;
- (n) das Statut der Beamten der Union und die Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Union⁵;
- (o) die Festsetzung der Gehälter, Vergütungen und Ruhegehälter für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission, für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofes, für die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts erster Instanz, für den Präsidenten und die Mitglieder des Rechnungshofes, für die Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialausschusses und aller sonstigen als Entgelt gezahlten Vergütungen⁶;
- (p) die Regelung der Sprachenfrage für die Organe der Union, unbeschadet der in der Satzung des

¹ Vgl. Artikel 161 Absatz 1 EG. Vgl. Lamassoure-Bericht, Rn. 19: „Struktur- oder Kohäsionspolitik“.

² Vgl. Artikel 19 Absatz 1 und 2 EG.

³ Vgl. Artikel 285 EG.

⁴ Vgl. Artikel 286 EG.

⁵ Vgl. Artikel 283 EG.

⁶ Vgl. Artikel 210, Artikel 247 Absatz 8 und Artikel 258 Absatz 4 EG.

Gerichtshofes niedergelegten Bestimmungen¹.

1) **Artikel 71** (Geteilte Kompetenzen)²

(1) Die Union teilt sich die Kompetenzen mit den Mitgliedstaaten im Hinblick auf:

- (a) die Erarbeitung und Verwirklichung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik³ in Übereinstimmung mit Titel VIII, einschließlich der Verabschiedung von Wirtschaftssanktionen und anderen Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Politik⁴;
- (b) die Errichtung und das Funktionieren des Binnenmarktes durch Maßnahmen, welche die Freizügigkeit von Waren, Arbeitnehmern, Dienstleistungen, Kapital, Zahlungen oder die Niederlassungsfreiheit herstellen oder spürbare Wettbewerbsverzerrungen innerhalb des Binnenmarkts beseitigen. Dies umfasst, soweit für die Errichtung und das Funktionieren des Binnenmarktes notwendig, Maßnahmen für die gegenseitige Anerkennung von Diplomen, Prüfungszeugnissen und sonstigen Befähigungsnachweisen; Maßnahmen des Verbraucherschutzes; Maßnahmen der sozialen Sicherheit; Bestimmungen für Finanzdienstleistungen und binnenmarktbezogene Steuervorschriften, insbesondere über indirekte Steuern; nicht jedoch Bestimmungen über die Freizügigkeit und Bestimmungen über die Rechte und Interessen der Arbeitnehmer⁵;

¹ Vgl. Artikel 290 EG.

² In Anbetracht der Bedeutung der geteilten Kompetenzen – sie sind die in der Praxis am häufigsten in Anspruch genommene Kompetenzart – schlägt dieses Diskussionspapier vor, sie sämtlich im Ersten Teil der Verfassung aufzuführen, in dem alle Machtfragen geregelt werden sollen.

³ Vgl. Artikel 11 Absatz 1 und Artikel 17 EU. Vgl. Lamassoure-Bericht, Rn. 20, in dem „die Gestaltung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ sogar in die eigene Zuständigkeit der Union fällt.

⁴ Vgl. Artikel 301 und 60 EG.

⁵ Vgl. Artikel 95 EG als auch Artikel 93, 94, 96, 97 EG; Artikel 40 und 42 EG; Artikel 44, 46 Absatz 2, 47 Absatz 1 und 2 EG; Artikel 52 Absatz 1 und 55 EG und Artikel 57 Absatz 2 EG; nach dem Besitzstand sind dies geteilte Kompetenzen. Vgl. dagegen den Lamassoure-Bericht, Rn. 19, in dem vorgeschlagen wird, dass „die Rechtsgrundlage für den Binnenmarkt (einschließlich der vier Freiheiten und der Finanzdienstleistungen)“ in die eigene Zuständigkeit der Union fallen sollte.

- (c) die Erleichterung der Ausübung des Rechts der Unionsbürger, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, mit Ausnahme von Vorschriften betreffend Pässe, Personalausweise, Aufenthaltstitel oder diesen gleichgestellte Dokumente und auch nicht für Vorschriften betreffend die soziale Sicherheit oder den sozialen Schutz¹;
- (d) den freien Personenverkehr innerhalb des Binnenmarkts, sowohl von Unionsbürgern als auch von Staatsangehörigen dritter Länder, einschließlich Maßnahmen bezüglich des Überschreitens der Außengrenzen der Union sowie Kontrollen der Außengrenzen², die durch die in Artikel 94 vorgesehene Europäische Grenzschutzorganisation (Eurobord) vorzunehmen sind;
- (e) die Bereiche Asyl, Einwanderungspolitik und Schutz der Rechte von Staatsangehörigen dritter Länder³;
- (f) vorläufige Maßnahmen mit einer Geltungsdauer von höchstens sechs Monaten im Falle, dass sich ein oder mehrere Mitgliedstaaten einer Notlage aufgrund eines plötzlichen Zustroms von Staatsangehörigen dritter Länder gegenüber sehen, zugunsten der betreffenden Mitgliedstaaten⁴;
- (g) die justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen mit grenzüberschreitenden Bezügen, soweit sie für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes erforderlich sind, einschließlich der folgenden Bereiche: grenzüberschreitende Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke, Erhebung von Beweismitteln, Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher und außergerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, Kollisionsnormen und Vorschriften zur Vermeidung von Kompetenzkonflikten sowie Zivilverfahren⁵;
- (h) die Annäherung der Strafvorschriften, soweit dies zur Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität erforderlich ist, einschließlich der Festlegung von Mindestvorschriften über die Tatbestandsmerkmale strafbarer Handlungen und die Strafen in den Bereichen organisierte

¹ Vgl. Artikel 18 EC.

² Vgl. Artikel 61 lit. a und Artikel 62 EG.

³ Vgl. Artikel 61 lit. a, lit. b und Artikel 63 EG. Vgl. dagegen den Lamassoure-Bericht, Rn. 20, der die „Rechtsgrundlage für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ als eigene Kompetenz der Union betrachtet.

⁴ Vgl. Artikel 64 EG.

⁵ Vgl. Artikel 65 EG.

- (i) die polizeiliche Zusammenarbeit, das heißt die Zusammenarbeit zwischen den Polizeibehörden, Zollbehörden und anderen zuständigen Behörden in den Mitgliedstaaten, sowohl unmittelbar als auch unter Einschaltung des in Artikel 92 vorgesehenen Europäischen Polizeiamts (Europol)²;
- (j) die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, das heißt die Zusammenarbeit zwischen den Justizbehörden und anderen zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, unter Einschaltung der in Artikel 93 vorgesehenen Europäischen Stelle für justizielle Zusammenarbeit (Eurojust)³;
- (k) die Festlegung und Durchführung der gemeinsamen Verkehrspolitik in Bezug auf Schiene, Straße, Binnenwasserstraßen, See- und Lufttransport⁴;
- (l) die Gewährleistung der Anwendung des Diskriminierungsverbots aus Gründen der Staatsangehörigkeit innerhalb des Anwendungsbereichs dieser Verfassung⁵;
- (m) die Bekämpfung der Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung⁶;
- (n) sozialpolitische Maßnahmen ohne Binnenmarktbezug⁷, einschließlich der Verbesserung insbesondere der Arbeitsumwelt zum Schutz der Gesundheit und der Sicherheit der Arbeitnehmer, Arbeitsbedingungen, soziale Sicherheit und sozialer Schutz der Arbeitnehmer, Schutz der Arbeitnehmer bei Beendigung des Arbeitsvertrags, Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer, Vertretung und kollektive Wahrnehmung der Arbeitnehmer- und

¹ Vgl. in Artikel 61 lit. a am Ende EG und Artikel 29 Absatz 2, letzter Spiegelstrich und Artikel 31 Absatz 1 lit. e EU.

² Vgl. Artikel 30 und 32 EU.

³ Vgl. Artikel 31 und 32 EU.

⁴ Vgl. Artikel 71 und 75 Absatz 3 EG und den Lamassoure-Bericht, Rn. 22.

⁵ Vgl. Artikel 12 Absatz 2 EG.

⁶ Vgl. Artikel 13 EG.

⁷ Die geteilte Binnenmarktkompetenz gemäß Artikel 71 Absatz 1 lit. b gestattet bereits die Verabschiedung von sozialpolitischen Maßnahmen zur Beseitigung von Hindernissen für die vier Grundfreiheiten (insbesondere Arbeitnehmerfreizügigkeit) oder zur Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen.

Arbeitgeberinteressen, einschließlich der Mitbestimmung, Beschäftigungsbedingungen der Staatsangehörigen dritter Länder, die sich rechtmäßig im Gebiet der Union aufhalten, berufliche Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen, Chancengleichheit von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt und Gleichbehandlung am Arbeitsplatz, Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung und Modernisierung der Systeme des sozialen Schutzes. Diese Zuständigkeit umfasst nicht das Arbeitsentgelt, das Koalitionsrecht, das Streikrecht sowie das Aussperrungsrecht¹.

- (o) die Gewährleistung der Anwendung des Grundsatzes der Chancengleichheit und der Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen, einschließlich des Grundsatzes des gleichen Entgelts bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit²;
- (p) die Aufsicht über die Kreditinstitute und die Stabilität des Finanzsystems, insbesondere unter Berücksichtigung des Beitrags der EZB und des von ihr geleiteten ESZB³;
- (q) den Handel mit kulturellen Dienstleistungen, Dienstleistungen im Bereich Bildung sowie in den Bereichen Soziales und Gesundheitswesen⁴;
- (r) die erforderlichen Maßnahmen zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der Union in Form von spezifischen Aktionen außerhalb der Strukturfonds und unbeschadet der im Rahmen der anderen Politiken der Union beschlossenen Maßnahmen⁵;
- (s) eine Politik hoher Schutz- und Sicherheitsstandards in der Nuklearenergie, die denjenigen Mitgliedsstaaten, die sich für die Benutzung dieser Energiequelle entschieden haben, den weiteren Betrieb entsprechender Anlagen erlaubt, sowie die Gewährleistung der Nichtverbreitung⁶, jeweils in Übereinstimmung mit dem Zweiten Teil dieser Verfassung;

¹ Vgl. Artikel 137 EG.

² Vgl. Artikel 141 Absatz 3 EG.

³ Vgl. Artikel 105 Absatz 5 EG.

⁴ Vgl. Artikel 133 Absatz 6, Unterabsatz 2 EG.

⁵ Vgl. Artikel 159 Absatz 3 EG.

⁶ Fasst die Zuständigkeiten nach dem EURATOM-Vertrag zusammen; vgl. ebenso den vorgeschlagenen Artikel 17 der Durchführbarkeitsstudie „Beitrag zum Vorentwurf einer Verfassung der Europäischen Union – Arbeitspapier“ der Kommission vom 4. Dezember 2002.

- (t) eine Umweltpolitik, einschließlich Vorschriften überwiegend steuerlicher Art, Maßnahmen, welche die Raumordnung oder die mengenmäßige Bewirtschaftung der Wasserressourcen berühren, oder die Verfügbarkeit dieser Ressourcen mittelbar oder unmittelbar betreffen und die Bodennutzung mit Ausnahme der Abfallwirtschaft berühren¹;
- (u) die Verhütung und Bekämpfung von Betrügereien, die sich gegen die finanziellen Interessen der Union richten, durch abschreckende Maßnahmen, die zur Gewährleistung eines effektiven und gleichwertigen Schutzes in den Mitgliedstaaten ergriffen werden²;
- (2) Die besondere Situation des Vereinigten Königreichs, Irlands und Dänemarks im Hinblick auf die in Absatz 1 lit. d bis h aufgeführten Kompetenzen ist in dieser Verfassung beigefügten Protokollen festgelegt.

Artikel 72 (Unterstützende Kompetenzen)

Die Union hat unterstützende Kompetenzen im Hinblick auf:

- (a) Maßnahmen zum Ausbau der Zusammenarbeit im Zollwesen zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission³;
- (b) gemeinsame Programme, die den Austausch junger Arbeitskräfte fördern⁴;
- (c) Anreizmaßnahmen auf dem Gebiet der Beschäftigung zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und zur Unterstützung ihrer Beschäftigungsmaßnahmen durch Initiativen, die darauf abzielen, den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zu entwickeln, vergleichende Analysen und Gutachten bereitzustellen sowie innovative Ansätze zu fördern und Erfahrungen zu bewerten, und zwar insbesondere durch den Rückgriff auf Pilotvorhaben⁵;

¹ Vgl. Artikel 174 und 175 EG. Vgl. ebenfalls den Lamassoure-Bericht, Rn. 22.

² Vgl. Artikel 280 Absatz 4 EG.

³ Vgl. Artikel 135 EG.

⁴ Vgl. Artikel 41 EG. Weiter geht der Lamassoure-Bericht, Rn. 25, wo der Bereich „Jugend“ insgesamt als ergänzende Kompetenz angesehen wird.

⁵ Vgl. Artikel 127 und 129 EG. Vgl. ebenfalls den Lamassoure-Bericht, Rn. 26, und den

- (d) Maßnahmen, die zur Entwicklung einer qualitativ hoch stehenden Bildung und der Entwicklung einer europäischen Dimension im Bildungswesen, insbesondere durch Erlernen und Verbreitung der Sprachen der Mitgliedstaaten, durch Förderung der Mobilität und von Austauschprogrammen für Lernende, Lehrende und sozialpädagogische Betreuer, beitragen¹;
- (e) die Politik der beruflichen Bildung, insbesondere um die Anpassung an die industriellen Wandlungsprozesse, die berufliche Eingliederung und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt, die Mobilität der Ausbilder und der in der beruflichen Bildung befindlichen Personen (insbesondere der Jugendlichen), die Zusammenarbeit und den Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Unterrichtsanstalten und Unternehmen in den Mitgliedstaaten zu erleichtern²;
- (f) die Kultur, durch die Verbesserung der Kenntnis und Verbreitung der Kultur und Geschichte der europäischen Völker, durch die Erhaltung und den Schutz des kulturellen Erbes von europäischer Bedeutung, durch den nichtkommerziellen Kulturaustausch und durch künstlerisches und literarisches Schaffen, einschließlich im audiovisuellen Bereich³;
- (g) Gesundheitsschutzmaßnahmen ohne Binnenmarktbezug⁴, welche die Bekämpfung weit verbreiteter schwerer Krankheiten umfassen, indem die Erforschung der Ursachen, der Übertragung und der Verhütung dieser Krankheiten sowie die Gesundheitsinformation und -erziehung als auch Maßnahmen zur Verringerung drogenkonsumbedingter Gesundheitsschäden einschließlich der Informations- und Vorbeugungsmaßnahmen gefördert werden⁵;

Abschlussbericht der Konventsarbeitsgruppe V „Ergänzende Zuständigkeiten“, Punkt 6.

¹ Vgl. Artikel 149 EG. Vgl. ebenfalls den Lamassoure-Bericht, Rn. 25, und den Abschlussbericht der Konventsarbeitsgruppe V „Ergänzende Zuständigkeiten“, Punkt 6.

² Vgl. Artikel 150 EG. Vgl. ebenfalls den Lamassoure-Bericht, Rn. 25, und den Abschlussbericht der Konventsarbeitsgruppe V „Ergänzende Zuständigkeiten“, Punkt 6.

³ Vgl. Artikel 151 EG. Vgl. ebenfalls den Lamassoure-Bericht, Rn. 25, und den Abschlussbericht der Konventsarbeitsgruppe V „Ergänzende Zuständigkeiten“, Punkt 6.

⁴ Die geteilte Binnenmarktkompetenz nach Artikel 71 Absatz 1 lit. b gestattet bereits die Verabschiedung von Gesundheitsschutzmaßnahmen, die zur Beseitigung von Hindernissen für die vier Grundfreiheiten beitragen oder Wettbewerbsverzerrungen beseitigen; siehe ebenfalls Artikel 35 der Charta der Grundrechte, der den Gesundheitsschutz zum Ziel sämtlichen Handels der Union macht.

⁵ Vgl. Artikel 152 EG. Vgl. ebenfalls den Lamassoure-Bericht, Rn. 25, und den Abschlussbericht

- (h) Verbraucherschutzmaßnahmen ohne Binnenmarktbezug¹, insbesondere Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit, der Sicherheit und wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher sowie zur Förderung ihres Rechtes auf Information, Erziehung und Bildung von Vereinigungen zur Wahrung ihrer Interessen²;
- (i) Maßnahmen, die zum Auf- und Ausbau transeuropäischer Netze in den Bereichen der Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieinfrastruktur beitragen, indem im Rahmen eines Systems offener und wettbewerbsorientierter Märkte der Verbund und die Interoperabilität der einzelstaatlichen Netze sowie der Zugang zu diesen Netzen gefördert wird³;
- (j) spezifische Maßnahmen, die entsprechend einem System offener und wettbewerbsorientierter Märkte die Existenz der notwendigen Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie der Union gewährleisten, mit Ausnahme von Maßnahmen, die zu Wettbewerbsverzerrungen führen könnten oder steuerliche Vorschriften oder Bestimmungen betreffend der Rechte und Interessen der Arbeitnehmer enthalten⁴;
- (k) eine Politik im Hinblick auf Forschung und technologische Entwicklung, um die wissenschaftlichen und technologischen Grundlagen der Industrie der Union zu stärken und die Entwicklung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu fördern⁵;
- (l) die Stärkung der Effektivität des Katastrophenschutzes im Falle von außergewöhnlichen Ereignissen und Naturkatastrophen⁶;

der Konventsarbeitsgruppe V „Ergänzende Zuständigkeiten“, Punkt 6.

¹ Die geteilte Binnenmarktkompetenz nach Artikel 71 Absatz 1 lit. b gestattet bereits die Verabschiedung von Verbraucherschutzmaßnahmen, die zur Beseitigung von Hindernissen für die vier Grundfreiheiten beitragen oder Wettbewerbsverzerrungen beseitigen; siehe ebenfalls Artikel 38 der Charta der Grundrechte, der den Verbraucherschutz zum Ziel sämtlichen Handels der Union macht.

² Vgl. Artikel 153 Absatz 2 lit. b EG.

³ Vgl. Artikel 154 und 155 EG. Vgl. ebenfalls den Abschlussbericht der Konventsarbeitsgruppe V „Ergänzende Zuständigkeiten“, Punkt 6; vgl. hingegen der Lamassoure-Bericht, Rn. 22, der dies als geteilte Kompetenz betrachtet.

⁴ Vgl. Artikel 157 Absatz 3, Satz 2 EG. Vgl. ebenfalls den Lamassoure-Bericht, Rn. 25, und den Abschlussbericht der Konventsarbeitsgruppe V „Ergänzende Zuständigkeiten“, Punkt 6.

⁵ Vgl. Artikel 164 Absatz 1, 165, 171 und 172 EG.

⁶ Vgl. Artikel 3 Absatz 1 lit. u EG; vgl. ebenfalls Lamassoure-Bericht, Rn. 25: „zivile

- (m) eine Politik auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit, unbeschadet der Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas, des karibischen Raumes und des Pazifischen Ozeans im Rahmen des AKP-EG-Abkommens¹;
- (n) Maßnahmen der wirtschaftlichen, finanziellen und technischen Zusammenarbeit mit Drittländern²;
- (o) Tourismus³;
- (p) Sport⁴.

Artikel 73 (Außenkompetenzen)⁵

(1) Wenn und soweit diese Verfassung Zuständigkeiten auf die Union überträgt, hat die Union auch die Zuständigkeit zum Abschluss von Abkommen mit dritten Ländern, zur Beteiligung an internationalen Organisationen oder zu sonstigem Handeln auf internationaler Ebene.

(2) Die Außenkompetenz der Union ist eine ausschließliche, wenn der Abschluss eines internationalen Abkommens interne Maßnahmen der Union berührt, wenn die Gesetzgebung der Union dies vorsieht oder wenn eine solche ausschließliche Kompetenz notwendig ist, um die Union zur Ausübung ihrer Zuständigkeiten im Inneren zu befähigen.

Artikel 74 (Flexibilitätsklausel)⁶

Verteidigung“ als ergänzende Zuständigkeit; und den vorgeschlagenen Artikel III-63 in der Durchführbarkeitsstudie „Beitrag zum Vorentwurf einer Verfassung der Europäischen Union - Arbeitspapier“ der Kommission vom 4. Dezember 2002.

¹ Vgl. Artikel 177, 179 Absatz 1 und Absatz 3 EG. Vgl. ebenfalls den Abschlussbericht der Konventsarbeitsgruppe V „Ergänzende Zuständigkeiten“, Punkt 6.

² Vgl. Artikel 181a EG (in der Fassung des Vertrages von Nizza).

³ Vgl. Artikel 3 Absatz 1 lit. u EG und den Lamassoure-Bericht, Rn. 25.

⁴ Vgl. Lamassoure-Bericht, Rn. 25.

⁵ Kodifiziert die Lehre der Parallelität gemäß der Rs 22/70, *Kommission /Rat (AETR)*, Slg. 1971, 263. Solch eine Vorschrift wird ebenfalls in Punkt 4 des Abschlussberichtes der Konventsarbeitsgruppe VII „Außenpolitisches Handeln“ (Teil A) empfohlen.

⁶ **Vgl. Artikel 308 EG. Die Einbeziehung von Artikel 308 EG ist ebenfalls in der Kurzzusammenfassung des Artikels 8 des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums vorgeschlagen („Vorschriften für die Anpassungsfähigkeit des Systems“). Vgl. ebenfalls den Lamassoure-Bericht, Rn. 31, und Rn. 24 des EVP-**

(1) Erscheint ein Tätigwerden der Union erforderlich, um ein in dieser Verfassung bestimmtes Ziel zu erreichen, und sind in dieser Verfassung die hierfür erforderlichen Befugnisse nicht vorgesehen, so ergreifen das Europäische Parlament¹ und der Rat gemeinsam im Mitentscheidungsverfahren gemäß Artikel 102 alle geeigneten Maßnahmen. Im Rahmen dieses Verfahrens ist die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments erforderlich; der Rat entscheidet [einstimmig] [mit einer Mehrheit, die drei Viertel der Bevölkerung der Union entspricht]².

(2) Entsprechend des in Artikel 68 Absatz 3 geregelten Mechanismus zur Überwachung des Subsidiaritätsprinzips weist die Kommission die nationalen Parlamente ausdrücklich auf die auf diesen Artikel gestützten Vorschläge hin.

Das Europäische Parlament und der Rat können nur tätig werden, nachdem die nationalen Parlamente den Hinweis der Kommission zur Kenntnis genommen haben.

(3) Vorschriften, die auf der Grundlage dieses Artikels verabschiedet werden, dürfen keine Harmonisierung von Gesetzen oder Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten beinhalten, wenn eine solche Harmonisierung nach dieser Verfassung nicht gestattet ist.

(4) Der Rechnungshof wird zu allen Vorschlägen auf Grundlage dieses Artikels angehört, um zu gewährleisten, dass die vorgeschlagene Handlung der Union mit vollständiger budgetärer Transparenz und ohne Verdoppelung bürokratischen Aufwands auf Ebene der Union und auf nationaler Ebene erfolgt³.

Kongressdokuments „Eine Verfassung für ein starkes Europa“: „Es ist von grundlegender Bedeutung, eine Weiterentwicklungsklausel vorzusehen, um zu vermeiden, ein starres System für die Kompetenzabgrenzung zu schaffen.“

¹ Rn. 24 des EVP-Kongressdokuments „Eine Verfassung für ein starkes Europa“: „Das Europäische Parlament sollte bei der Entscheidungsfindung beteiligt werden“.

² **Sollte weiter diskutiert werden.**

³ Rn. 24 des EVP-Kongressdokuments „Eine Verfassung für ein starkes Europa“: „Das Europäische Parlament sollte bei der Entscheidungsfindung beteiligt werden“.

D. Titel IV: Organe, Organisationen und Einrichtungen der Union¹

Artikel 75 (Verzeichnis der Organe der Union, Europäischer Rat)²

(1) Die der Union zugewiesenen Aufgaben werden durch folgende Organe wahrgenommen:

- das Europäische Parlament,
- den Rat der Europäischen Union,
- die Europäische Kommission,
- den Europäischen Gerichtshof,
- den Europäischen Rechnungshof.

Jedes Organ handelt nach Maßgabe der ihm in dieser Verfassung zugewiesenen Befugnisse. Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission werden von einem Ausschuss der Regionen sowie einem Wirtschafts- und Sozialausschuss mit beratenden Aufgaben unterstützt³.

(2)¹ Der Europäische Rat gibt der Union die für ihre Entwicklung erforderlichen Impulse und legt die allgemeinen politischen Zielvorstellungen für diese Entwicklung fest.

Im Europäischen Rat kommen die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten sowie der

¹ **Vgl. Titel IV des Vorentwurfes des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums, der dort mit „Institutionen der Union“ überschrieben ist. Dieses Diskussionspapier hat den weiter gefassten Titel „Organe, Organisationen und Einrichtungen der Union“ gewählt, um auch Organisationen wie die EZB und die EIB einzubeziehen, die unter dem bestehenden gemeinschaftlichen Besitzstand nicht als Organe angesehen werden, sondern eine besondere Stellung aufgrund ihrer Unabhängigkeit und ihrer eigenen Rechtspersönlichkeit einnehmen und daher besonderen Regeln und Verfahren unterworfen sind, welche in ihren jeweiligen Satzungen niedergelegt sind.**

² Vgl. Artikel 5 EU und 7 Absatz 1 EG.

³ Vgl. Artikel 7 Absatz 1 und 2 EG.

Präsident der Kommission zusammen. Sie werden durch den Europäischen Minister für auswärtige Angelegenheiten (Artikel 82 Absatz 4) und den Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ unterstützt. Der Europäische Rat tritt mindestens zweimal jährlich unter dem Vorsitz des Staats- oder Regierungschefs des Mitgliedstaats zusammen, der im Rat den Vorsitz innehat.

Der Europäische Rat erstattet dem Europäischen Parlament nach jeder Tagung Bericht und legt ihm alljährlich einen schriftlichen Bericht über die Fortschritte der Union vor.

(3) Die Vorschriften, welche das Funktionieren der Organe der Union regeln, sind in den von einem jeden Organ beschlossenen Geschäftsordnungen festgelegt.

1. Kapitel 1: Das Europäische Parlament²

Artikel 76 (Funktion und Zusammensetzung des Europäischen Parlaments; Präsident)

(1) Das Europäische Parlament bildet das Haus der Bürger im Gesetzgebungsverfahren der Union.

(2) Es besteht aus Vertretern der Bürger der in der Union zusammengeschlossenen Staaten³. Sie werden in allgemeiner unmittelbarer Wahl auf fünf Jahre gewählt⁴.

(3) Die Zahl der in jedem Mitgliedstaat gewählten Abgeordneten wird wie folgt festgesetzt⁵:

Belgien	22
— Bulgarien	17

¹ Vgl. Artikel 4 EU.

² **Dem gemeinschaftlichen Besitzstand entsprechend und in Übereinstimmung mit dem Demokratieprinzip beginnt der institutionelle Titel dieser Verfassung mit dem Europäischen Parlament (vgl. Artikel 5 EU, 7 Absatz 1, 189 EG).**

³ Vgl. Artikel 189 Absatz 1 EG.

⁴ Vgl. Artikel 190 EG (in der Fassung des Vertrages von Nizza).

⁵ Vgl. Artikel 190 EG (in der Fassung des Vertrages von Nizza).

<i>Tschechische Republik</i>	22	
Dänemark	13	
Deutschland	99	
— Estland	6	
Griechenland	22	
Spanien	50	
Frankreich	72	
Irland	12	
Italien	72	
— Zypern	6	
<i>Lettland</i>	12	
— Litauen	8	
Luxemburg	6	
— Ungarn	22	
— Malta	6	
Niederlande	25	
Österreich	17	
— Polen	50	
Portugal	22	
— Rumänien	33	
<i>Slowakei</i>	13	
— Slowenien	7	
Finnland	13	
Schweden	18	
Vereinigtes Königreich	72	

(4) Die Anzahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments darf 732 nicht überschreiten¹. Ab 2009 wird die Anzahl auf 700 begrenzt.

(5) Wird Absatz 3 geändert, so muss durch die Zahl der in jedem Mitgliedstaat gewählten Abgeordneten eine angemessene Vertretung der Bürger der in der Union

¹ Vgl. Artikel 189 Absatz 2 EG (in der Fassung des Vertrages von Nizza).

zusammengeschlossenen Staaten gewährleistet sein¹. Die Zahl der in jedem Mitgliedstaat gewählten Abgeordneten beträgt mindestens 6.

(6) Das Europäische Parlament wählt seinen Präsidenten mit der Mehrheit seiner Mitglieder.

Artikel 77 (Politische Kontrolle der Kommission; Misstrauensantrag)

(1) Das Europäische Parlament übt die Kontrolle über die Europäische Kommission aus.

(2) Das Europäische Parlament kann mit der Mehrheit seiner Mitglieder die Kommission auffordern, geeignete Vorschläge zu Fragen zu unterbreiten, die nach seiner Auffassung die Ausarbeitung eines Unionsgesetzes zur Durchführung dieser Verfassung erfordern². Sollte die Kommission beschließen, dieser Aufforderung nicht Folge zu leisten, muss der Präsident der Kommission gegenüber dem Plenum des Europäischen Parlaments eine mit Gründen versehene Stellungnahme abgeben.

(3) Das Europäische Parlament kann bei der Erfüllung seiner Aufgaben auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder die Einsetzung eines nichtständigen Untersuchungsausschusses beschließen, der unbeschadet der Befugnisse, die anderen Organen oder Einrichtungen durch diese Verfassung übertragen sind, behauptete Verstöße gegen das Unionsrecht oder Missstände bei der Anwendung desselben prüft; dies gilt nicht, wenn ein Gericht mit den behaupteten Sachverhalten befasst ist, solange das Gerichtsverfahren nicht abgeschlossen ist. Mit der Vorlage seines Berichtes hört der nichtständige Untersuchungsausschuss auf zu bestehen³.

(4) Das Europäische Parlament kann durch einen Misstrauensantrag, der mit der Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen und mit der Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments anzunehmen ist, die Kommission zwingen, geschlossen ihr Amt niederzulegen.

¹ Vgl. Artikel 190 Absatz 2 Unterabsatz 2 EG.

² Vgl. Artikel 192 Absatz 2 EG.

³ Vgl. Artikel 193 EG.

2. Kapitel 2: Der Rat der Europäischen Union

Artikel 78 (Zusammensetzung des Rates)

- (1) Der Rat besteht aus je einem Vertreter jedes Mitgliedstaats auf Ministerebene, der befugt ist, für die Regierung des Mitgliedstaats verbindlich zu handeln¹.
- (2) Zur Unterstützung des Rates können Konferenzen auf der Ebene der Fachminister stattfinden. Bei Entscheidungen des Rates im Rahmen seiner Vollzugsaufgaben nach Artikel 79 Absatz 2 verfügen diese über keine Entscheidungsbefugnis.

Artikel 79 (Rat als Haus der Staaten; Exekutivrat; Präsidentschaft)

- (1) Der Rat bildet das Haus der Staaten im Gesetzgebungsverfahren der Union. Hinsichtlich dieser Funktion des Rates wird der Vorsitz im Rat von den Mitgliedstaaten nacheinander für je sechs Monate wahrgenommen; der Rat kann einstimmig einen längeren Zeitraum festlegen. Die Reihenfolge, in welcher der Vorsitz wahrzunehmen ist, wird vom Rat einstimmig beschlossen².
- (2) Unbeschadet der Zuständigkeiten der Kommission gewährleistet der Rat zusammen mit der Kommission darüber hinaus die Koordinierung
 - der allgemeinen Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten³;
 - der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Für diese Exekutivaufgaben des Rates kann einer der Minister als Präsident auf [x] Jahre gewählt werden.⁴

¹ Vgl. Artikel 203 Absatz 1 EG.

² Vgl. Artikel 203 Absatz 2 EG.

³ Vgl. Artikel 202, Spiegelstrich 1 EG.

⁴ X sollte für einige Jahre stehen, um Kontinuität herzustellen. Als eine Alternative dazu könnte der

3. Kapitel 3: Die Europäische Kommission

Artikel 80 (Aufgaben der Kommission)

(1) Die Kommission bildet die Exekutive der Union.

(2)¹ Um das ordnungsgemäße Funktionieren und die Entwicklung der Europäischen Union zu gewährleisten, erfüllt die Kommission darüber hinaus folgende Aufgaben:

- das alleinige Initiativrecht für Gesetzgebungsakte und Entscheidungen der Union auszuüben, soweit in dieser Verfassung nichts anderes bestimmt ist²,
- für die Anwendung dieser Verfassung sowie der von den Organen aufgrund dieser Verfassung getroffenen Bestimmungen Sorge zu tragen,
- nach Maßgabe des Zweiten Teils dieser Verfassung die Entwicklung der nationalen Wirtschaftspolitiken, insbesondere der nationalen Haushalte, zu überwachen, um zu gewährleisten, dass die Mitgliedstaaten nicht von dem Ziel eines mittelfristig ausgeglichenen oder sogar einen Überschuss aufweisenden Haushalts abweichen, oder dass sie nicht auf andere Weise das ordnungsgemäße Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion gefährden³,

verantwortliche Kommissar in den Sitzungen des Exekutivrats den Vorsitz einnehmen, der gemäß dem Verfahren des Artikel 82 Absatz 4 ernannte Europäische Minister für auswärtige Angelegenheiten z.B. würde den Vorsitz bei den Sitzungen des Rates für auswärtige Angelegenheiten führen. Man könnte auch an den gemäß dem Verfahren des Artikel 81 Absatz 3 gewählten Kommissionspräsidenten als Vorsitzenden dieser Sitzungen des Exekutivrats denken.

¹ Vgl. Artikel 211 EG.

² **Vgl. das Initiativmonopol der Kommission gemäß Artikel 251 Absatz 2, 252 lit. a EG. Vgl. ebenso die Kurzzusammenfassung zu Artikel 18 des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums, wo das „Initiativmonopol“ Teil der Kernfunktionen der Kommission ist. Vgl. auch Rn. 46 des EVP-Kongressdokuments „Eine Verfassung für ein starkes Europa“: „Das Initiativmonopol der Kommission muss garantiert bleiben, da es ein zentrales Element für das Gleichgewicht zwischen den Institutionen und eine wichtige Quelle für die zukünftige Entwicklung und die Verbesserung der EU-Gesetzgebung ist.“**

³ Dieses Diskussionspapier schlägt vor, die Rolle der Kommission bei Anwendung der geltenden

- Empfehlungen oder Stellungnahmen auf den in dieser Verfassung bezeichneten Gebieten abzugeben, soweit die Verfassung dies ausdrücklich vorsieht oder soweit die Kommission es für notwendig erachtet,
- nach Maßgabe dieser Verfassung in eigener Zuständigkeit Entscheidungen zu treffen und am Zustandekommen der Handlungen des Rates und des Europäischen Parlaments mitzuwirken,
- die Befugnisse auszuüben, die ihr das Europäische Parlament und der Rat zur Durchführung der von diesen erlassenen Vorschriften übertragen,
- die Einheitlichkeit der Außenvertretung der Union sicherzustellen.

Artikel 81 (Zusammensetzung der Kommission; Ernennung und Wahl ihres Präsidenten und ihrer Mitglieder; Unabhängigkeit)

(1) Die Mitglieder der Kommission werden aufgrund ihrer allgemeinen Befähigung ausgewählt. Sie bieten volle Gewähr für ihre Unabhängigkeit¹.

(2) Der Kommission gehört ein Staatsangehöriger jedes Mitgliedstaats an².

Die Zahl der Mitglieder der Kommission kann mit Zustimmung des Europäischen Parlaments vom Rat einstimmig geändert werden.

Artikel 99 und 104 EG zu stärken; Details sind im Zweiten Teil festgelegt.

¹ Vgl. Artikel 213 Absatz 1 EG.

² Vgl. Artikel 4 Absatz 1 des dem Vertrag von Nizza beigefügten Protokolls über die Erweiterung der Europäischen Union, welches dieser Verfassung beigefügt ist. Vgl. auch Artikel 4 Absatz 2 dieses Protokolls bezüglich der neuen Regelung, die Anwendung findet, sobald die Union 27 Mitgliedstaaten umfasst: „Die Zahl der Mitglieder der Kommission liegt unter der Zahl der Mitgliedstaaten. Die Mitglieder der Kommission werden auf der Grundlage einer gleichberechtigten Rotation ausgewählt, deren Einzelheiten vom Rat einstimmig festgelegt werden.“[hinzufügen ist gemäß diesem Diskussionspapier: „mit Zustimmung des Europäischen Parlaments“]

Nur Staatsangehörige der Mitgliedstaaten können Mitglieder der Kommission sein.

(3) Der Rat schlägt im Lichte des Ausgangs der Wahlen zum Europäischen Parlament mit qualifizierter Mehrheit¹ dem Europäischen Parlament einen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten vor. Um Präsident der Kommission zu werden, muss der vorgeschlagene Kandidat von der absoluten Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments gewählt werden².

Die weiteren Mitglieder der Kommission werden vom Kommissionspräsidenten benannt. Sie müssen durch den Rat mit qualifizierter Mehrheit bestätigt werden. Sie werden vom Europäischen Parlament gewählt, nachdem sie einzeln im Hinblick auf Absatz 1 angehört worden sind³.

(4) Die Amtszeit der Kommissionsmitglieder beträgt fünf Jahre. Wiederwahl ist zulässig⁴.

(5) Die Mitglieder der Kommission üben ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit zum allgemeinen Wohl der Union aus.

Sie dürfen bei der Erfüllung ihrer Pflichten Anweisungen von einer Regierung oder einer anderen Stelle weder anfordern noch entgegennehmen. Sie haben jede Handlung zu unterlassen, die mit ihren Aufgaben unvereinbar ist. Jeder Mitgliedstaat verpflichtet sich, diesen Grundsatz zu achten und nicht zu versuchen, die Mitglieder der Kommission bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu beeinflussen¹.

¹ Vgl. Artikel 214 EG (in der Fassung des Vertrages von Nizza), welcher für die Ernennung des Kommissionspräsidenten eine Beschlussfassung des Rates mit qualifizierter Mehrheit vorsieht. Vor dem Vertrag von Nizza wurden der Kommissionspräsident und die anderen Mitglieder der Kommission von der Regierungen der Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen benannt und ernannt.

² Vgl. Rn. 47 des EVP-Kongressdokuments „Eine Verfassung für ein starkes Europa“, in welchem folgender Grund für dieses neue Verfahren angeführt wird: „Dadurch würde den Europäischen Parteien ermöglicht, mit eigenen Kandidaten im Rahmen der Europawahlkampagne anzutreten. Dies würde zu einer stärkeren Personalisierung des Wahlkampfes führen sowie die demokratische Kontrolle und die Akzeptanz der Kommission erhöhen.“

³ Vgl. Rn. 48 des EVP-Kongressdokuments „Eine Verfassung für ein starkes Europa“.

⁴ Vgl. Artikel 213 II, 214 Absatz 1 EG.

Artikel 82 (Politische Führung durch den Kommissionspräsidenten; Beschlussfassung; Europäischer Minister für auswärtige Angelegenheiten)²

(1) Die Kommission übt ihre Tätigkeit unter der politischen Führung ihres Präsidenten aus; dieser entscheidet über ihre interne Organisation, um sicherzustellen, dass ihr Handeln kohärent und effizient ist und auf der Grundlage der Kollegialität beruht.

(2) Die Beschlüsse der Kommission werden mit der Mehrheit ihrer Mitglieder gefasst³.

(3) Die Zuständigkeiten der Kommission werden von ihrem Präsidenten gegliedert und zwischen ihren Mitgliedern aufgeteilt; er kann dabei eine Hierarchie zwischen den Kommissionsmitgliedern festlegen. Der Präsident kann diese Zuständigkeitsverteilung und Hierarchie im Laufe der Amtszeit der Kommission ändern. Die Mitglieder der Kommission üben die ihnen vom Präsidenten übertragenen Aufgaben unter dessen Leitung aus; sie haben ein Weisungsrecht gegenüber den ihnen unterstehenden Generaldirektionen und Diensten⁴.

(4) Der Präsident ernennt aus der Reihe der Mitglieder der Kommission Vizepräsidenten. Einer der Vizepräsidenten wird vom Kommissionspräsidenten im Einvernehmen mit dem Rat mit der Vertretung der Union in ihren auswärtigen Beziehungen betraut. Dieser Vizepräsident führt die Bezeichnung „Europäischer Minister für auswärtige Angelegenheiten“⁵.

(5) Ein Mitglied der Kommission erklärt seinen Rücktritt, wenn der Präsident dazu unter Angabe eines Grundes auffordert.

(6) Der Präsident der Kommission kann zu jeder Zeit dem Europäischen Parlament die

¹ Vgl. Artikel 213 Absatz 2 EG.

² Vgl. Artikel 217 EG, in der Fassung des Vertrages von Nizza.

³ Vgl. Artikel 219 Absatz 1 EG.

⁴ Vgl. Artikel 217 Absatz 2 EG.

⁵ Vgl. auch Punkt 5 der Empfehlungen im Abschlussbericht des Konventsarbeitsgruppe VII „Außenpolitisches Handeln“ (Teil A), wo ein „Europäischer Vertreter für Auswärtiges“ vorgeschlagen wird, der vom Rat nach Zustimmung des Präsidenten der Kommission und Billigung durch das Europäische Parlament ernannt wird und ein „Vollmitglied der Kommission und vorzugsweise deren Vizepräsident“ ist.

Vertrauensfrage stellen. Spricht die Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments daraufhin nicht ihr Vertrauen aus, muss die Kommission geschlossen ihr Amt niederlegen.

4. Kapitel 4: Der Europäische Gerichtshof

Artikel 83 (Funktion und Besetzung des Gerichtshofes)

(1) Der Gerichtshof sichert die Wahrung des Rechts bei der Auslegung und Anwendung dieser Verfassung¹.

(2) Der Gerichtshof besteht aus einem Richter je Mitgliedstaat².

Der Gerichtshof wird von acht Generalanwälten unterstützt. Auf Antrag des Gerichtshofs kann der Rat einstimmig mit der Zustimmung des Europäischen Parlaments die Zahl der Generalanwälte erhöhen.

Der Generalanwalt hat öffentlich in völliger Unparteilichkeit und Unabhängigkeit begründete Schlussanträge zu den Rechtssachen zu stellen, in denen nach der Satzung des Gerichtshofs seine Mitwirkung erforderlich ist³.

(3) Zu Richtern und Generalanwälten sind Persönlichkeiten auszuwählen, die jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten und in ihrem Staat die für die höchsten richterlichen Ämter erforderlichen Voraussetzungen erfüllen oder Juristen von anerkannt hervorragender Befähigung sind; sie werden vom Rat mit qualifizierter Mehrheit mit Zustimmung des Europäischen Parlaments auf acht Jahre ernannt. Die Wiederernennung ist nicht zulässig.

Alle drei Jahre findet eine teilweise Neubesetzung der Richterstellen und der Stellen der Generalanwälte nach Maßgabe der Satzung des Gerichtshofs statt.

(4) Die Richter wählen aus ihrer Mitte den Präsidenten des Gerichtshofes für die Dauer von drei Jahren. Wiederwahl ist zulässig.

¹ Vgl. Artikel 220 EG, in der Fassung des Vertrages von Nizza.

² Vgl. Artikel 221 Absatz 1 EG, in der Fassung des Vertrages von Nizza.

³ Vgl. Artikel 222 EG, in der Fassung des Vertrages von Nizza.

(5) Das Gericht erster Instanz ist nach Maßgabe der Bedingungen und innerhalb der Grenzen, die im Unionsrecht vorgesehen sind, für die Entscheidung bestimmter Klagen zuständig. Gegen solche Entscheidungen des Gerichts erster Instanz kann nach Maßgabe der Bedingungen und innerhalb der Grenzen, die in der Satzung des Gerichtshofs vorgesehen sind, beim Gerichtshof ein auf Rechtsfragen beschränktes Rechtsmittel eingelegt werden.

Artikel 84 (Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofes für Direktklagen)¹

Der Gerichtshof ist, nach Maßgabe der Bedingungen und innerhalb der Grenzen, die in der Satzung des Gerichtshofs vorgesehen sind, direkt zuständig:

- (a) zur Entscheidung von Klagen der Kommission oder eines Mitgliedstaates wegen Verletzung der Verpflichtungen aus dieser Verfassung durch einen Mitgliedstaat²;
- (b) zur Entscheidung von Klagen der Kommission wegen der Nichtbefolgung eines Urteils des Gerichtshofes durch einen Mitgliedstaat, einschließlich der Auferlegung der Zahlung eines Pauschalbetrags oder Zwangsgelds gegen einen solchen Mitgliedstaat³;
- (c) zur Überwachung der Rechtmäßigkeit der gemeinsamen Handlungen des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Handlungen des Rates, der Kommission, der EZB, von Europol, Eurojust und Eurobord, soweit es sich nicht um Empfehlungen oder Stellungnahmen handelt, und der Handlungen des Europäischen Parlaments mit Rechtswirkung gegenüber Dritten, im Rahmen von Klagen, die ein Mitgliedstaat, das Europäische Parlament, der Rat oder die Kommission wegen Unzuständigkeit, Verletzung wesentlicher Formvorschriften, Verletzung dieser Verfassung oder einer bei ihrer Durchführung anzuwendenden Rechtsnorm oder wegen Ermessensmissbrauchs erhebt⁴;

¹ Fasst die Fälle zusammen, in denen nach dem geltenden gemeinschaftlichen Besitzstand Direktklagen vor dem Gerichtshof erhoben werden können.

² Vgl. Artikel 226, 227 EG.

³ Vgl. Artikel 228 EG.

⁴ Vgl. Artikel 230 Absatz 1 und 2, in der Fassung des Vertrages von Nizza.

- (d) für Nichtigkeitsklagen des Rechnungshofs¹, des Ausschusses der Regionen², des Wirtschafts- und Sozialausschusses oder der EZB, die auf die Wahrung ihrer Rechte abzielen oder die Verletzung des Titels III dieser Verfassung geltend machen;
- (e) für Nichtigkeitsklagen eines nationalen Parlaments³, das eine Verletzung des Titels III dieser Verfassung geltend macht⁴;
- (f) für Nichtigkeitsklagen natürlicher oder juristischer Personen, die glaubhaft geltend machen können, durch einen Rechtsakt der Union, der EZB, von Europol, Eurojust oder Eurobord in einem ihrer durch die Charta der Grundrechte der Europäischen Union verliehenen Recht verletzt zu sein, einschließlich der Rüge, dass ein Rechtsakt der Union unmittelbar und individuell ihr Recht aus Artikel 6 dieser Verfassung berührt wegen Unzuständigkeit, Verletzung wesentlicher Formvorschriften, Verletzung dieser Verfassung oder einer bei ihrer Durchführung anzuwendenden Rechtsnorm oder wegen Ermessensmissbrauchs⁵;
- (g) für Klagen eines Mitgliedstaates, eines Organs der Union oder der EZB auf Feststellung, dass ein Organ der Union oder die EZB es unterlassen haben, einen Beschluss zu fassen, nachdem sie zuvor aufgefordert worden sind, tätig zu werden⁶;
- (h) für Klagen des Rechnungshofes, des Ausschusses der Regionen, des Wirtschafts- und Sozialausschusses oder der EZB auf Feststellung, dass ein Organ der Union ihre Rechte verletzt

¹ Vgl. Artikel 230 Absatz 3, in der Fassung des Vertrages von Nizza.

² Vgl. den Abschlussbericht der Konventsarbeitsgruppe I „Subsidiarität“, S. 8.

³ Im Einklang mit den Beratungen der Konventsarbeitsgruppe I „Subsidiarität“ schliesst dies beide Kammern eines nationalen Parlaments ein, wenn dies nach nationalem Verfassungsrecht zulässig ist.

⁴ Vgl. den Abschlussbericht der Konventsarbeitsgruppe I „Subsidiarität“, S. 8. Es wird vorgeschlagen, die gerichtliche Kontrolle nicht auf die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips zu beschränken, sondern diese auf alle Kompetenzvorschriften (Artikel 67 bis 74) auszuweiten. Außerdem wird vorgeschlagen, die Klage eines nationalen Parlaments nicht von einer vorherigen Durchführung des Frühwarnverfahrens abhängig zu machen; vgl. auch den Abschlussbericht der Konventsarbeitsgruppe IV „Einzelstaatliche Parlamente“, Rn. 25, Spiegelstrich 3.

⁵ Vgl. Artikel 230 Absatz 4 EG. Der neue Wortlaut zielt darauf ab, die gerichtliche Überprüfbarkeit der Charta mit der bestehenden Nichtigkeitsklage zu verbinden, ohne ein besonderes Verfahren für den Schutz der Menschenrechte zu schaffen.

⁶ Vgl. Artikel 232 Absatz 1, 2 und 4 EG.

hat, indem es unterlassen hat, einen Beschluss zu fassen, nachdem es zuvor aufgefordert worden ist, tätig zu werden¹;

- (i) für Klagen natürlicher oder juristischer Personen, die geltend machen, durch ein Unterlassen eines Organs der Union, der EZB, von Europol, Eurojust oder Eurobord, welche zuvor aufgefordert wurden zu handeln, in einem ihnen durch die Charta der Grundrechte verliehenen Recht verletzt zu sein, einschließlich der Geltendmachung, dass das Unterlassen unmittelbar und individuell ihr Recht aus Artikel 6 dieser Verfassung berührt wegen Unzuständigkeit, Verletzung wesentlicher Formvorschriften, Verletzung dieser Verfassung oder einer bei ihrer Durchführung anzuwendenden Rechtsnorm oder wegen Ermessensmissbrauchs²;
- (j) für Streitsachen über den in Artikel 41 Absatz 3 vorgesehenen Schadensersatz³;
- (k) für Streitsachen über die Erfüllung der sich aus dieser Verfassung und der Satzung des ESZB ergebenden Verpflichtungen durch die nationalen Zentralbanken. Der EZB-Rat besitzt hierbei gegenüber den nationalen Zentralbanken die Befugnisse, die der Kommission in lit. a und b gegenüber den Mitgliedstaaten eingeräumt werden. Stellt der Gerichtshof fest, dass eine nationale Zentralbank gegen eine Verpflichtung aus dieser Verfassung verstoßen hat, so hat diese Bank die Maßnahmen zu ergreifen, die sich aus dem Urteil des Gerichtshofes ergeben⁴;
- (l) für Streitsachen über die Erfüllung der Verpflichtungen der Mitgliedstaaten aus der Satzung der EIB. Der Verwaltungsrat der Bank besitzt hierbei die der Kommission in lit. a und b übertragenen Befugnisse⁵;
- (m) für Streitsachen über die Beschlüsse des Rates der Gouverneure der EIB. Jeder Mitgliedstaat, die Kommission und der Verwaltungsrat der Bank können hierzu nach Maßgabe von lit. c Klage erheben⁶;

¹ Vgl. Artikel 232 Absatz 4 EG.

² Vgl. Artikel 232 Absatz 3 EG.

³ Vgl. Artikel 235 EG.

⁴ Vgl. Artikel 237 lit. d EG.

⁵ Vgl. Artikel 237 lit. a EG.

⁶ Vgl. Artikel 237 lit. b EG.

- (n) für Streitsachen über die Beschlüsse des Verwaltungsrates der EIB. Diese können nach Maßgabe von lit. c nur von Mitgliedstaaten oder der Kommission und lediglich wegen Verletzung der Formvorschriften des Artikel 21 Absätze 2 und 5 bis 7 der Satzung der EIB angefochten werden¹;
- (o) für Streitsachen zwischen der Union, der EZB, der EIB, Europol, Eurojust oder Eurobord und ihren Bediensteten innerhalb der Grenzen und nach Maßgabe der Bedingungen, die im Statut der Beamten festgelegt sind oder sich aus den Beschäftigungsbedingungen für die Bediensteten ergeben²;
- (p) für Entscheidungen aufgrund einer Schiedsklausel, die in einem von der Union, der EZB, der EIB, Europol, Eurojust oder Eurobord oder für deren Rechnung abgeschlossenen öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Vertrag enthalten ist³;
- (q) für jede mit dem Gegenstand dieser Verfassung in Zusammenhang stehende Streitigkeit zwischen Mitgliedstaaten, wenn diese bei ihm aufgrund eines Schiedsvertrags anhängig gemacht wird⁴.

Artikel 85 (Vorabentscheidungsverfahren und Gutachten des Gerichtshofs)

(1)⁵ Der Gerichtshof entscheidet auch im Wege der Vorabentscheidung

- a) über die Auslegung dieser Verfassung,
- b) über die Gültigkeit und die Auslegung der Handlungen der Organe der Union, der EZB, von Europol, Eurojust und Eurobord,
- c) über die Auslegung der Satzungen der durch die Union geschaffenen Einrichtungen, soweit

¹ Vgl. Artikel 237 lit. c EG.

² Vgl. Artikel 236 EG.

³ Vgl. Artikel 238 EG.

⁴ Vgl. Artikel 239 EG.

⁵ Vgl. Artikel 234 EG.

diese Satzungen dies vorsehen.

Wird eine derartige Frage einem Gericht eines Mitgliedstaats gestellt und hält dieses Gericht eine Entscheidung darüber zum Erlass seines Urteils für erforderlich, so kann es diese Frage dem Gerichtshof zur Entscheidung vorlegen.

Wird eine derartige Frage in einem schwebenden Verfahren bei einem einzelstaatlichen Gericht gestellt, dessen Entscheidungen selbst nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können, so ist dieses Gericht zur Anrufung des Gerichtshofs verpflichtet.

(2)¹ Das Europäische Parlament, der Rat, die Kommission, die EZB oder ein Mitgliedstaat kann ein Gutachten des Gerichtshofes über die Vereinbarkeit eines geplanten Abkommens mit dieser Verfassung einholen. Ist dieses Gutachten ablehnend, so kann das Abkommen nur nach Maßgabe des Artikels 143 in Kraft treten.

Artikel 86 (Keine aufschiebende Wirkung)

(1)² Klagen bei dem Gerichtshof haben keine aufschiebende Wirkung. Der Gerichtshof kann jedoch, wenn er dies den Umständen nach für nötig hält, die Durchführung der angefochtenen Handlung aussetzen.

(2)³ Der Gerichtshof kann in den bei ihm anhängigen Sachen die erforderlichen einstweiligen Anordnungen treffen.

Artikel 87 (Vollstreckung)⁴

Die Urteile des Gerichtshofes sind gemäß Artikel 100 vollstreckbar.

¹ Vgl. Artikel 300 Absatz 6 EG.

² Vgl. Artikel 242 EG.

³ Vgl. Artikel 243 EG.

⁴ Vgl. Artikel 244 EG.

Artikel 88 (Zuständigkeit der einzelstaatlichen Gerichte)¹

Soweit keine Zuständigkeit des Gerichtshofes aufgrund dieser Verfassung besteht, sind Streitsachen, bei denen die Union Partei ist, der Zuständigkeit der einzelstaatlichen Gerichte nicht entzogen.

5. Kapitel 5: Der Europäische Rechnungshof

Artikel 89 (Funktion und Besetzung des Rechnungshofes; Unabhängigkeit)²

(1) Der Rechnungshof prüft die Rechnung über alle Einnahmen und Ausgaben der Union. Er prüft ebenfalls die Rechnung über alle Einnahmen und Ausgaben jeder von der Union geschaffenen Einrichtung, soweit der jeweilige Gründungsakt dies nicht ausschließt.

Der Rechnungshof legt dem Europäischen Parlament und dem Rat eine Erklärung über die Zuverlässigkeit der Rechnungsführung sowie die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge vor, die im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht wird. Diese Erklärung kann durch spezifische Beurteilungen zu allen größeren Tätigkeitsbereichen der Union ergänzt werden³.

(2) Der Rechnungshof besteht aus einem Staatsangehörigen je Mitgliedstaat.

(3) Zu Mitgliedern des Rechnungshofes sind Persönlichkeiten auszuwählen, die in ihren Ländern Rechnungsprüfungsorganen angehören oder angehört haben oder die für dieses Amt besonders geeignet sind. Sie müssen jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten.

¹ Vgl. Artikel 240 EG.

² Vgl. Artikel 248 EG, in der Fassung des Vertrages von Nizza.

³ Vgl. Artikel 248 Absatz 1 EG, in der Fassung des Vertrages von Nizza.

(4) Die Mitglieder des Rechnungshofs werden auf sechs Jahre ernannt. Der Rat nimmt die gemäß den Vorschlägen der einzelnen Mitgliedstaaten erstellte Liste der Mitglieder mit Billigung des Europäischen Parlaments mit qualifizierter Mehrheit an. Die Wiederernennung der Mitglieder des Rechnungshofs ist zulässig.

Sie wählen aus ihrer Mitte den Präsidenten des Rechnungshofs für drei Jahre. Wiederwahl ist zulässig.

(5) Die Mitglieder des Rechnungshofes üben ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit zum allgemeinen Wohl der Union aus.

Sie dürfen bei der Erfüllung ihrer Pflichten Anweisungen von einer Regierung oder einer anderen Stelle weder anfordern noch entgegennehmen. Sie haben jede Handlung zu unterlassen, die mit ihren Aufgaben unvereinbar ist.

6. Kapitel 6: Sonderorganisationen der Union: EZB, EIB, Europol, Eurojust und Eurobord

Artikel 90 (Europäische Zentralbank; Ziele und Aufgaben; Beschlussorgane; Unabhängigkeit; Verpflichtung zur Rechtsstaatlichkeit)¹

(1) Das vorrangige Ziel der EZB ist es, die Preisstabilität zu gewährleisten². Soweit dies ohne Beeinträchtigung des Zieles der Preisstabilität möglich ist, unterstützt die EZB die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Union, um zur Verwirklichung der in Artikel 58 Absatz 1 lit. a festgelegten Ziele der Union beizutragen³. Die EZB handelt im Einklang mit dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb, wodurch ein effizienter Einsatz der Ressourcen gefördert wird, und hält sich dabei an die in Artikel 60 genannten Grundsätze⁴.

(2) Die Hauptaufgabe der EZB besteht darin, die Geldpolitik der Union festzulegen und auszuführen⁵. Die EZB hat das ausschließliche Recht, die Ausgabe von Euro-Banknoten innerhalb der Union zu genehmigen⁶.

(3) Die EZB besitzt Rechtspersönlichkeit⁷. Die nationalen Zentralbanken sind alleinige Zeichner und Inhaber des Kapitals der EZB⁸. Ihre Beschlussorgane sind das Direktorium und der EZB-Rat.

Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben bedient sich die EZB des Systems der Europäischen

¹ Vgl. Artikel 22 des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums mit dem Titel „Europäische Zentralbank“. Es wird nachdrücklich empfohlen, in diesem Artikel nicht nur die Aufgaben der EZB und die Zusammensetzung ihrer Beschlussorgane, sondern auch – im Hinblick auf ihre verfassungsrechtliche Bedeutung – die Unabhängigkeit der EZB sowie ihr vorrangiges Ziel festzulegen. Vgl. den Abschlussbericht der Konventsarbeitsgruppe VI „Ordnungspolitik“, S. 3: „Viele Mitglieder der Gruppe sind der Ansicht, dass Aufgaben, Mandat und Satzung der Europäischen Zentralbank nicht geändert und von etwaigen neuen Vertragsbestimmungen nicht berührt werden dürften.“

² Vgl. Artikel 105 Absatz 1 Satz 1 EG.

³ Vgl. Artikel 105 Absatz 1 Satz 2 EG.

⁴ Vgl. Artikel 105 Absatz 1 Satz 3 EG.

⁵ Vgl. Artikel 105 Absatz 2, Spiegelstrich 1 EG.

⁶ Vgl. Artikel 106 Absatz 1 Satz 1 EG.

⁷ Vgl. Artikel 107 Absatz 2 EG.

⁸ Vgl. Artikel 28.2 Satzung des EZB.

Zentralbanken (ESZB), das aus der EZB und den Zentralbanken der Mitgliedstaaten („nationale Zentralbanken“) besteht¹. Das ESZB wird von den Beschlussorganen der EZB geleitet².

(4) Das Direktorium der EZB besteht aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und sechs weiteren Mitgliedern. Alle Direktoriumsmitglieder werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten, die den Euro eingeführt haben, auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs auf Empfehlung des Rates, der hierzu das Europäische Parlament und den EZB-Rat anhört, aus dem Kreis der in Währungs- oder Bankfragen anerkannten und erfahrenen Persönlichkeiten mit der Mehrheit von zwei Dritteln ausgewählt und ernannt. Ihre Amtszeit beträgt acht Jahre; Wiederernennung ist nicht zulässig. Nur Staatsangehörige der Mitgliedstaaten, die den Euro eingeführt haben, können Mitglieder des EZB-Direktoriums werden³.

(5) Der EZB-Rat besteht aus den Mitgliedern des Direktoriums und den Präsidenten der nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten, die den Euro eingeführt haben⁴. Die Präsidenten der nationalen Zentralbanken werden von dem jeweiligen Mitgliedstaat auf Empfehlung des EZB-Direktoriums auf der Grundlage der Anforderungen der Satzung des ESZB ernannt.

Soweit in der Satzung des ESZB nichts anderes bestimmt ist, beschließt der EZB-Rat mit einfacher Mehrheit⁵. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Präsidenten den Ausschlag⁶. Die Mitglieder des Direktoriums und acht der Präsidenten der nationalen Zentralbanken haben jeweils eine Stimme. Das Stimmrecht der Präsidenten wird rotierend für zwei Jahre nach den vom EZB-Rat festgelegten Bedingungen ausgeübt; diese Bedingungen müssen sowohl den Kapitalanteil der nationalen Zentralbanken als auch die Notwendigkeit einer breiten geographischen Basis der Entscheidungen des EZB-Rats berücksichtigen.

(6) Bei der Wahrnehmung der ihnen durch diese Verfassung und die Satzung des ESZB übertragenen Befugnisse, Aufgaben und Pflichten darf weder die EZB noch eine nationale Zentralbank noch ein Mitglied ihrer Beschlussorgane Weisungen von Organen oder Einrichtungen

¹ Vgl. Artikel 107 Absatz 1 EG.

² Vgl. Artikel 107 Absatz 3 EG.

³ Vgl. Artikel 112 Absatz 2 EG.

⁴ Vgl. Artikel 112 Absatz 1 EG.

⁵ Vgl. Artikel 10.2, Unterabsatz 2, Satz 2 Satzung des ESZB.

⁶ Vgl. Artikel 10.2, Unterabsatz 2, Satz 3 Satzung des ESZB.

der Union, der Regierungen der Mitgliedstaaten oder anderen Stellen einholen oder entgegennehmen. Die Organe und Einrichtungen der Union sowie die Regierungen der Mitgliedstaaten verpflichten sich, diesen Grundsatz zu beachten und nicht zu versuchen, die Mitglieder der Beschlussorgane der EZB oder der nationalen Zentralbanken bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen¹.

(7) ² Die EZB wird gehört

- zu allen Vorschlägen für Rechtsakte der Union im Zuständigkeitsbereich der EZB,
- von den nationalen Behörden zu allen Entwürfen für Rechtsvorschriften im Zuständigkeitsbereich der EZB, und zwar innerhalb der Grenzen und unter den Bedingungen, die durch ein Unionsgesetz festgelegt werden.

Die EZB kann gegenüber den zuständigen Organen oder Einrichtungen der Union oder gegenüber den nationalen Behörden Stellungnahmen zu in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Fragen abgeben.

(8) Die EZB handelt nach Maßgabe der Aufgaben und Zuständigkeiten, die ihr in dieser Verfassung und in der dieser Verfassung beigelegten Satzung des ESZB zugewiesen werden³. Sie ersetzt den im Rahmen ihrer Amtstätigkeit durch ihre Beschlussorgane oder Bediensteten entstehenden Schaden; Artikel 41 Absatz 3 gilt entsprechend⁴.

Artikel 91 (Europäische Investitionsbank)⁵

(1) Die EIB hat die Aufgabe, zu einer ausgewogenen und reibungslosen Entwicklung des Binnenmarkts im Interesse der Union beizutragen; hierbei bedient sie sich des Kapitalmarkts sowie

¹ Vgl. Artikel 108 EG.

² Vgl. Artikel 105 Absatz 4 EG

³ Vgl. Artikel 8 EG.

⁴ Vgl. Artikel 288 Absatz 3 EG.

⁵ **Die EIB wurde nicht in den Vorentwurf des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums mitaufgenommen, obwohl sie im Fünften Teil des EG-Vertrages nach den Organen der Gemeinschaft aufgeführt ist.**

ihrer eigenen Mittel. In diesem Sinne erleichtert die EIB ohne Verfolgung eines Erwerbszwecks durch Gewährung von Darlehen und Bürgschaften die Finanzierung der nachstehend bezeichneten Vorhaben in allen Wirtschaftszweigen:

- (a) Vorhaben zur Erschließung der weniger entwickelten Gebiete;
- (b) Vorhaben zur Modernisierung oder Umstellung von Unternehmen oder zur Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten, die sich aus der schrittweisen Errichtung des Binnenmarkts ergeben und wegen ihres Umfangs oder ihrer Art mit den in den einzelnen Mitgliedstaaten vorhandenen Mitteln vollständig finanziert werden können;
- (c) Vorhaben von gemeinsamem Interesse für mehrere Mitgliedstaaten, die wegen ihres Umfangs oder ihrer Art mit den in den einzelnen Mitgliedstaaten vorhandenen Mitteln nicht vollständig finanziert werden können¹.

(2) Die EIB besitzt Rechtspersönlichkeit². Ihre Mitglieder sind die Mitgliedstaaten³.

(3) Die EIB handelt nach Maßgabe der Aufgaben und Zuständigkeiten, die ihr in dieser Verfassung und in der dieser Verfassung beigefügten Satzung der EIB zugewiesen werden⁴. Sie ersetzt den im Rahmen ihrer Amtstätigkeit durch ihre Beschlussorgane oder Bediensteten entstehenden Schaden; Artikel 41 Absatz 3 gilt entsprechend⁵.

Artikel 92 (Europol)⁶

(1) Das Europäische Polizeiamt (Europol) hat das Ziel, die Leistungsfähigkeit der zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten und ihre Zusammenarbeit zu verbessern im Hinblick auf die Verhütung und die Bekämpfung des Terrorismus, des illegalen Drogenhandels und sonstiger schwerwiegender Formen der internationalen Kriminalität, sofern tatsächliche Anhaltspunkte für

¹ Vgl. Artikel 267 Absatz 1 Satz 1 EG.

² Vgl. Artikel 266 Absatz 1 EG.

³ Vgl. Artikel 266 Absatz 2 EG.

⁴ Vgl. Artikel 9 EG.

⁵ Vgl. Artikel 288 Absatz 2 EG und Rs. C-270/89, *SGEEM und Etroy/EIB*, Slg. 1992, I-6211.

⁶ Vgl. das aufgrund des früheren Artikel K.3 EU abgeschlossene Europol-Übereinkommen.

eine kriminelle Organisationsstruktur vorliegen und von den genannten Kriminalitätsformen zwei oder mehr Mitgliedstaaten in einer Weise betroffen sind, die auf Grund des Umfangs, der Bedeutung und der Folgen der strafbaren Handlungen ein gemeinsames Vorgehen der Mitgliedstaaten erfordert¹.

(2) Europol besitzt Rechtspersönlichkeit².

(3) Europol handelt nach Maßgabe der Aufgaben und Zuständigkeiten, die ihm in dieser Verfassung, im dieser Verfassung als Protokoll beigefügten Europol-Übereinkommen und durch ein Unionsgesetz zugewiesen werden. Es wird vollständig aus dem Haushalt der Union finanziert.

Europol ersetzt den im Rahmen seiner Amtstätigkeit durch seine Beschlussorgane oder Bediensteten entstehenden Schaden; Artikel 41 Absatz 3 gilt entsprechend³.

Artikel 93 (Eurojust; Europäischer Staatsanwalt)

(1) Die Europäische Stelle für justizielle Zusammenarbeit (Eurojust) hat das Ziel, eine enge Zusammenarbeit der Justizbehörden sowie anderer zuständiger Behörden der Mitgliedstaaten zu gewährleisten im Hinblick auf die Bekämpfung von schwerer grenzüberschreitender, namentlich organisierter Kriminalität, insbesondere unter Berücksichtigung von Europol-Analysen⁴. Eurojust soll zudem Betrügereien zum Schaden des Haushalts der Union verhindern⁵.

(2) Eurojust besitzt Rechtspersönlichkeit⁶. Eurojust setzt sich zusammen aus jeweils einem nationalen Mitglied, das von jedem Mitgliedstaat gemäß seiner Rechtsordnung entsandt wird und das die Eigenschaft eines Staatsanwalts, Richters oder Polizeibeamten mit gleichwertigen

¹ Vgl. Artikel 2 des Europol-Übereinkommens.

² Vgl. Artikel 26 Absatz 1 des Europol-Übereinkommens.

³ Vgl. Artikel 39 Absatz 2 EG des Europol-Übereinkommens.

⁴ Vgl. Artikel 29, Unterabsatz 2 und Artikel 31 EU, in der Fassung des Vertrages von Nizza.

⁵ Integriert die Aufgaben der Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) in Eurojust.

⁶ Vgl. Artikel 1 des Beschlusses des Rates vom 28. Februar 2002 über die Errichtung von Eurojust zur Verstärkung der Bekämpfung der schweren Kriminalität, ABl. 2002 Nr. L 63/1.

Befugnissen besitzt¹.

(2) Eurojust handelt nach Maßgabe der Aufgaben und Zuständigkeiten, die ihm durch ein Unionsgesetz zugewiesen werden. Eurojust wird vollständig aus dem Haushalt der Union finanziert.

Ein Unionsgesetz, welches das Mandat von Eurojust unter Einbeziehung der Aufgaben eines Europäischen Staatsanwalts ausweitet, erfordert, in Abweichung von Artikel 102, Einstimmigkeit des Rates und die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments.

(4) Eurojust ersetzt den im Rahmen seiner Amtstätigkeit durch seine Beschlussorgane oder Bediensteten entstehenden Schaden; Artikel 41 Absatz 3 gilt entsprechend².

Artikel 94 (Eurobord)³

(1) Die Europäische Grenzschutzorganisation (Eurobord) hat, unter Rückgriff auf die zuständigen einzelstaatlichen Grenzschutzbehörden, die Koordinierung und Überwachung der Kontrolle der Außengrenzen zu Land, See und Luft zum Ziel.

(2) Eurobord besitzt Rechtspersönlichkeit. Die Bediensteten von Eurobord besitzen alle zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Hoheitsrechte, unabhängig von ihrer Nationalität und ihres Einsatzgebietes. Eurobord steht unter der operativen Weisungsbefugnis des Eurobord-

¹ Vgl. Artikel 2 Absatz 1 des Beschlusses des Rates vom 28. Februar 2002 über die Errichtung von Eurojust.

² Wenn aus Eurojust eine Organisation der Union wird, die der Rechtsordnung der Union gänzlich unterworfen ist, ist es nicht länger angemessen, dass Haftungsfälle, wie momentan in Artikel 24 des Beschlusses des Rates vom 28. Februar 2002 vorgesehen, vor den einzelstaatlichen Gerichten verhandelt werden. Stattdessen sollte der allgemeine Grundsatz des Artikel 41 Absatz 3 der Charta ebenso auf Eurojust Anwendung finden.

³ Vgl. die Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 7. Mai 2002: „Auf dem Weg zu einem integrierten Grenzschutz an den Außengrenzen der EU-Mitgliedstaaten“, in dem auf S. 20 ff. ein „Europäisches Grenzschutzkorps“ vorgeschlagen wird.

Exekutivrates, der sich zusammensetzt aus dem Direktor, der gemeinsam vom Rat mit qualifizierter Mehrheit und dem Europäischen Parlament mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt wird, und den Leitern der zuständigen einzelstaatlichen Grenzschutzbehörden.

(3) Eurobord handelt nach Maßgabe der Aufgaben und Zuständigkeiten, die durch ein Unionsgesetz zugewiesen werden. Sie wird vollständig aus dem Haushalt der Union finanziert.

(4) Eurobord ersetzt den im Rahmen seiner Amtstätigkeit durch seine Beschlussorgane oder Bediensteten entstehenden Schaden; Artikel 41 Absatz 3 gilt entsprechend.

Artikel 95 (Ausschuss der Regionen)

(1) Der Ausschuss setzt sich aus Vertretern der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften zusammen, die entweder ein auf Wahlen beruhendes Mandat in einer regionalen oder lokalen Gebietskörperschaft innehaben oder gegenüber einer gewählten Versammlung politisch verantwortlich sind.¹ Seine beratende Mitwirkung soll gewährleisten, dass seitens der Union die Vielfalt der Kulturen und der Traditionen der Völker Europas sowie die nationale Identität der Mitgliedstaaten und der Organisation ihrer staatlichen Gewalt auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene sowie die Prinzipien der Subsidiarität und der Nähe zu den Bürgern der Union berücksichtigt wird².

(2) Der Ausschuss der Regionen hat höchstens dreihundertfünfzig Mitglieder.

Die Zahl der Mitglieder des Ausschusses der Regionen wird wie folgt festgesetzt³:

Belgien	12
<i>Bulgarien</i>	<i>12</i>
<i>Tschechische Republik</i>	<i>12</i>
Dänemark	9
Deutschland	24
• Estland	7
Griechenland	12
Spanien	21
Frankreich	24
Irland	9
Italien	24
<i>Zypern</i>	<i>6</i>
<i>Lettland</i>	<i>7</i>

¹ Vgl. Artikel 263 Absatz 1 EG, in der Fassung des Vertrages von Nizza.

² Vgl. Rn. 50 des EVP-Kongressdokuments „Eine Verfassung für ein starkes Europa“.

³ Vgl. Artikel 263 Absatz 2, 3 EG, in der Fassung des Vertrages von Nizza.

<i>Litauen</i>	9
Luxemburg	6
	• Ungarn 12
	• Malta 5
Niederlande	12
Österreich	12
	• Polen 21
Portugal	12
<i>Rumänien</i>	15
<i>Slowakei</i>	9
<i>Slowenien</i>	7
Finnland	9
Schweden	12
Vereinigtes Königreich	24

(3)¹ Die Mitglieder des Ausschusses sowie eine gleiche Anzahl von Stellvertretern werden auf Vorschlag der jeweiligen Mitgliedstaaten auf vier Jahre ernannt. Wiederernennung ist zulässig. Der Rat nimmt die gemäß den Vorschlägen der einzelnen Mitgliedstaaten erstellte Liste der Mitglieder und Stellvertreter mit qualifizierter Mehrheit an. Ein Mitglied des Ausschusses darf nicht gleichzeitig Mitglied des Europäischen Parlaments sein.

Die Mitglieder des Ausschusses sind an keine Weisungen gebunden. Sie üben ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit zum allgemeinen Wohl der Union aus.

(4)² Der Ausschuss der Regionen wählt aus seiner Mitte seinen Präsidenten und sein Präsidium auf zwei Jahre.

(5) Der Ausschuss der Regionen wird bei Gesetzesvorhaben der Union hinsichtlich der Ausgestaltung und Durchführung der gemeinsamen Verkehrspolitik³, der Beschäftigungspolitik⁴, der Sozialpolitik⁵, der allgemeinen und beruflichen Bildung¹, der Kultur², des Gesundheitswesens³,

¹ Vgl. Artikel 263 Absatz 4, 5 EG, in der Fassung des Vertrages von Nizza.

² Vgl. Artikel 264 Absatz 1 EG.

³ Vgl. Artikel 71 EG.

⁴ Vgl. Artikel 129 EG.

⁵ Vgl. Artikel 137 Absatz 2 EG.

der transeuropäischen Netze⁴ und des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts⁵ gehört.

(6)⁶ Das Europäische Parlament, der Rat oder die Kommission können den Ausschuss in allen anderen Fällen anhören, in denen sie dies für zweckmäßig erachten, insbesondere in Fällen, welche die grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffen.

Der Ausschuss der Regionen kann, wenn er dies für zweckdienlich erachtet, von sich aus eine Stellungnahme abgeben.

Wird der Wirtschafts- und Sozialausschuss gehört, so wird der Ausschuss der Regionen vom Rat oder von der Kommission über dieses Ersuchen um Stellungnahme unterrichtet. Der Ausschuss der Regionen kann, wenn er der Auffassung ist, dass spezifische regionale Interessen berührt werden, eine entsprechende Stellungnahme abgeben.

Artikel 96 (Wirtschafts- und Sozialausschuss)

(1) Der Wirtschafts- und Sozialausschuss besteht aus Vertretern der verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Bereiche der organisierten Zivilgesellschaft, insbesondere der Erzeuger, der Landwirte, der Verkehrsunternehmer, der Arbeitnehmer, der Kaufleute und Handwerker, der freien Berufe, der Verbraucher und des Allgemeininteresses⁷. Er gewährleistet den regelmäßigen und kontinuierlichen Dialog der Union mit der organisierten Zivilgesellschaft.

(2) Der Wirtschafts- und Sozialausschuss hat höchstens dreihundertfünfzig Mitglieder.

¹ Vgl. Artikel 149 Absatz 4, Artikel 150 Absatz 4 EG.

² Vgl. Artikel 151 Absatz 5 EG.

³ Vgl. Artikel 152 Absatz 4 EG.

⁴ Vgl. Artikel 156 EG.

⁵ Vgl. Artikel 159 Absatz 3, Artikel 161 Absatz 1 EG.

⁶ Vgl. Artikel 265 Absatz 1, 3, 4 und 5 EG.

⁷ Vgl. Artikel 257 Absatz 1 EG, in der Fassung des Vertrages von Nizza.

Die Zahl der Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialausschusses wird wie folgt festgesetzt:

Belgien	12
<i>Bulgarien</i>	12
<i>Tschechische Republik</i>	12
Dänemark	9
Deutschland	24
<i>Estland</i>	7
Griechenland	12
Spanien	21
Frankreich	24
Irland	9
Italien	24
<i>Zypern</i>	6
<i>Lettland</i>	7
<i>Litauen</i>	9
Luxemburg	6
<i>Ungarn</i>	12
<i>Malta</i>	5
Niederlande	12
Österreich	12
<i>Polen</i>	21
Portugal	12
<i>Rumänien</i>	15
<i>Slowakei</i>	9
<i>Slowenien</i>	7
Finnland	9
Schweden	12
Vereinigtes Königreich	24

(3)¹ Die Mitglieder des Ausschusses werden auf Vorschlag der Mitgliedstaaten auf vier Jahre ernannt. Der Rat nimmt die gemäß den Vorschlägen der einzelnen Mitgliedstaaten erstellte Liste der

Mitglieder mit qualifizierter Mehrheit an. Die Wiederernennung der Mitglieder des Ausschusses ist zulässig. *Ein Mitglied des Ausschusses darf nicht gleichzeitig Mitglied des Europäischen Parlaments sein.*

Der Rat hört die Kommission. Er kann die Meinung der maßgeblichen europäischen Organisationen der verschiedenen Zweige des Wirtschafts- und Soziallebens einholen, die an der Tätigkeit der Union interessiert sind.

²Die Mitglieder des Ausschusses sind an keine Weisungen gebunden. Sie üben ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit zum allgemeinen Wohl der Union aus.

(4) Der Ausschuss wählt aus seiner Mitte seinen Präsidenten und sein Präsidium auf zwei Jahre.

(5) Der Wirtschafts- und Sozialausschuss wird bei Gesetzesvorhaben der Union hinsichtlich der Ausgestaltung und Durchführung der gemeinsamen Agrarpolitik³, Binnenmarktgesetzgebung, insbesondere in Bezug auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit, die Niederlassungsfreiheit und fiskalische Bestimmungen⁴, der Ausgestaltung und Durchführung der gemeinsamen Verkehrspolitik⁵, der Beschäftigungspolitik⁶, der Sozialpolitik⁷ einschließlich von Maßnahmen zur Gewährleistung der Anwendung des Grundsatzes der Chancengleichheit und der Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen⁸, der allgemeinen und beruflichen Bildung⁹, des Gesundheitswesens¹⁰, der transeuropäischen Netze¹¹, der Industrie¹², des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts¹³, der Forschung und technologischen Entwicklung¹⁴,

¹ Vgl. Artikel 259 EG, in der Fassung des Vertrages von Nizza.

² Vgl. Artikel 258 Absatz 3 EG, in der Fassung des Vertrages von Nizza.

³ Vgl. Artikel 37 Absatz 2 EG.

⁴ Vgl. Artikel 40, Artikel 44, Artikel 93 bis 95 EG.

⁵ Vgl. Artikel 71 EG.

⁶ Vgl. Artikel 129 EG.

⁷ Vgl. Artikel 137 Absatz 2 EG.

⁸ Vgl. Artikel 141 Absatz 3 EG.

⁹ Vgl. Artikel 149 Absatz 4, Artikel 150 Absatz 4 EG.

¹⁰ Vgl. Artikel 152 Absatz 4 EG.

¹¹ Vgl. Artikel 156 EG.

¹² Vgl. Artikel 157 Absatz 3 EG.

¹³ Vgl. Artikel 159 Absatz 3, Artikel 161 Absatz 1 EG.

¹⁴ Vgl. Artikel 166 Absatz 1, 4 und Artikel 172 EG.

der Umwelt¹ und der Maßnahmen nach dem Zweiten Teil dieser Verfassung betreffend die friedliche Nutzung der Kernenergie gehört.

(6)² Der Wirtschafts- und Sozialausschuss kann vom Europäischen Parlament, dem Rat oder der Kommission in allen anderen Fällen gehört werden, in denen sie dies für zweckmäßig erachten.

Der Ausschuss kann außerdem von sich aus eine Stellungnahme in den Fällen abgeben, in denen er dies für zweckmäßig erachtet.

8. Kapitel 8: Unionsagenturen

Artikel 97 (Errichtung von Unionsagenturen; unabhängige Kartellbehörde)

(1) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann die Union erforderlichenfalls Unionsagenturen errichten und ihnen durch ein Unionsgesetz, das auch die gerichtliche Überprüfbarkeit ihrer Maßnahmen und die Haftung dafür regelt, Rechtspersönlichkeit verleihen. Ein solches Unionsgesetz wird, in Abweichung zu Artikel 102, mit der Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments und vom Rat einstimmig beschlossen.

(2) Absatz 1 gilt auch, wenn das Parlament und der Rat auf Vorschlag der Europäischen Kommission eine unabhängige Kartellbehörde errichten.

¹ Vgl. Artikel 175 EG.

² Vgl. Artikel 262 Absatz 1 und 4 EG.

E. Titel V: Umsetzung des Unionshandelns¹

1. Kapitel 1: Rechtsakte der Union

Artikel 98 (Katalog der Rechtsakte der Union)²

(1) Innerhalb ihrer Zuständigkeiten und entsprechend den Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit handelt die Union ausschließlich³ durch

(a) Unionsgesetze und Unionsrahmengesetze, verabschiedet durch die Legislative der Union,

(b) Unionsverordnungen, verabschiedet durch die Exekutive der Union⁴,

(c) Unionsentscheidungen,

(d) Unionsempfehlungen,

(e) Unionsstellungnahmen.

(2) Unionsgesetz und Unionsverordnung haben allgemeine Geltung. Sie sind in allen ihren Teilen verbindlich und gelten unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

(3) Das Unionsrahmengesetz ist für jeden Mitgliedstaat, an den es gerichtet wird, hinsichtlich des zu erreichenden Ziels verbindlich, überlässt jedoch den innerstaatlichen Stellen die Wahl der Form und der Mittel.

¹ Titel V wie im Vorentwurf des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums.

² Vgl. Artikel 249 EG. Vgl. auch Artikel 24 Vorentwurf des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums.

³ Durch das Einfügen des Wortes „ausschließlich“ wird der Katalog der Rechtsakte der Union abschließend. Dies bedeutet, dass im Gefolge der Ausweitung der Gemeinschaftsmethode auf alle Tätigkeitsfelder der Union und der Vereinfachung der Entscheidungsverfahren der Union alle anderen Instrumente abgeschafft werden, die derzeit im Rahmen der zweiten Säule (gemeinsame Politiken der GASP, gemeinsame Aktionen, gemeinsame Standpunkte, vgl. Artikel 12-15 EU) und der dritten Säule (gemeinsame Standpunkte, Rahmenbeschlüsse ohne unmittelbare Wirkung, vgl. Artikel 34 EU) verwendet werden.

⁴ Vgl. die Rn. 10 und 12 des Lamassoure-Berichts.

(4) Die Unionsentscheidung ist in allen ihren Teilen für diejenigen verbindlich, die sie bezeichnet. Sie wird denjenigen, für die sie bestimmt ist, bekannt gegeben und wird durch diese Bekanntgabe wirksam¹.

(5) Unionsempfehlungen und Unionsstellungen sind nicht verbindlich.

(6) Die Bestimmungen dieses Artikels lassen die Regelungsbefugnisse der EZB nach der Satzung des ESZB unberührt².

Artikel 99 (Begründungspflicht)³

(1) Unionsgesetze, Unionsrahmengesetze, Unionsverordnungen und Unionsentscheidungen sind mit Gründen zu versehen und nehmen auf die Vorschläge oder Stellungnahmen Bezug, die nach dieser Verfassung eingeholt werden müssen.

(2) Teil der Begründung ist stets eine Erläuterung, warum aus Sicht der handelnden Organe bei der Maßnahme die Voraussetzungen der Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit⁴ erfüllt sind.

Artikel 100 (Zwangsvollstreckung und Entscheidungen der Union)⁵

(1) Die Entscheidungen der Union, die eine Zahlung auferlegen, sind vollstreckbare Titel.

(2) Die Zwangsvollstreckung erfolgt nach den Vorschriften des Zivilprozessrechts des Staates, in dessen Hoheitsgebiet sie stattfindet. Die Vollstreckungsklausel wird nach einer Prüfung, die sich lediglich auf die Echtheit des Titels erstrecken darf, von der staatlichen Behörde erteilt, welche die Regierung jedes Mitgliedstaats zu diesem Zweck bestimmt und der Kommission und dem Gerichtshof benennt.

¹ Satz 2 wurde aus Artikel 254 Absatz 3 EG übernommen.

² Vgl. Artikel 110 EG.

³ Vgl. Artikel 253 EG.

⁴ Vgl. den Vorschlag im Abschlussbericht der Konventsarbeitsgruppe I „Subsidiarität“, wonach die Kommission jedem Gesetzesvorschlag einen „Subsidiaritätsbogen“ beizufügen hat.

⁵ Vgl. Artikel 256 EG.

(3) Sind diese Formvorschriften auf Antrag der die Vollstreckung betreibenden Partei erfüllt, so kann diese die Zwangsvollstreckung nach innerstaatlichem Recht betreiben, indem sie die zuständige Stelle unmittelbar anruft.

(4) Die Zwangsvollstreckung kann nur durch eine Entscheidung des Gerichtshofes ausgesetzt werden. Für die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Vollstreckungsmaßnahmen sind jedoch die einzelstaatlichen Rechtsprechungsorgane zuständig.

2. Kapitel 2: Die Gesetzgebung der Union¹

Artikel 101 (Grundsätze der Gesetzgebung; delegierte Rechtsetzung)

(1) Die Gesetzgebung der Union erfolgt über Unionsgesetze und Unionsrahmengesetze.

(2) Unionsgesetze und Unionsrahmengesetze werden gemeinsam vom Europäischen Parlament (Haus der Bürger) und vom Rat (Haus der Staaten) nach dem Verfahren der Mitentscheidung (Artikel 102) beschlossen.

(3) Die Zuständigkeit zum Erlass von Unionsverordnungen wird von der Kommission ausgeübt, wenn diese Verfassung dies vorsieht oder ein Unionsgesetz die Kommission hierzu ermächtigt. Die Kommission beachtet dabei Inhalt, Zweck und Grenzen der Ermächtigung².

Artikel 102 (Mitentscheidungsverfahren)³

(1) Vorschläge für Unionsgesetze oder Unionsrahmengesetze werden gleichzeitig dem Europäischen Parlament und dem Rat von der Kommission unterbreitet.

¹ **Vgl. Artikel 25 Vorentwurf des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums.**

² Vgl. den Lamassoure-Bericht, Rn. 10 und 12.

³ Vgl. Artikel 252 EG.

(2) Nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments verfährt der Rat mit qualifizierter Mehrheit wie folgt:

- billigt er alle in der Stellungnahme des Europäischen Parlaments enthaltenen Abänderungen, so kann er den vorgeschlagenen Rechtsakt in der abgeänderten Fassung erlassen,
- schlägt das Europäische Parlament keine Abänderungen vor, so kann er den vorgeschlagenen Rechtsakt erlassen,
- anderenfalls legt er einen gemeinsamen Standpunkt fest und übermittelt ihn dem Europäischen Parlament. Der Rat unterrichtet das Europäische Parlament in allen Einzelheiten über die Gründe, aus denen er seinen gemeinsamen Standpunkt festgelegt hat.

Hat das Europäische Parlament binnen drei Monaten nach der Übermittlung

- a) den gemeinsamen Standpunkt gebilligt oder keinen Beschluss gefasst, so gilt der betreffende Rechtsakt als entsprechend diesem gemeinsamen Standpunkt erlassen,
- b) den gemeinsamen Standpunkt mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder abgelehnt, so gilt der vorgeschlagene Rechtsakt als nicht erlassen,
- c) mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder Abänderungen an dem gemeinsamen Standpunkt vorgeschlagen, so wird die abgeänderte Fassung dem Rat und der Kommission zugeleitet; die Kommission gibt eine Stellungnahme zu diesen Abänderungen ab.

(3) Billigt der Rat mit qualifizierter Mehrheit binnen drei Monaten nach Eingang der Abänderungen des Europäischen Parlaments alle diese Abänderungen, so gilt der betreffende Rechtsakt als in der so abgeänderten Fassung des gemeinsamen Standpunkts erlassen; über Abänderungen, zu denen die Kommission eine ablehnende Stellungnahme abgegeben hat, beschließt der Rat jedoch einstimmig. Billigt der Rat nicht alle Abänderungen, so beruft der Präsident des Rates im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments binnen sechs Wochen den Vermittlungsausschuss nach Artikel 103 ein.

Artikel 103 (Vermittlungsverfahren)¹

(1) Der Vermittlungsausschuss besteht aus Mitgliedern des Rates und ebenso vielen Mitgliedern des Europäischen Parlaments. Jeweils die Mehrheit der vom Rat und vom Europäischen Parlament in den Vermittlungsausschuss entsandten Mitglieder müssen zu Beginn einer Legislaturperiode als ständige Mitglieder des Vermittlungsausschusses für die Dauer der Legislaturperiode ernannt werden.

Die Kommission nimmt an den Arbeiten des Vermittlungsausschusses teil und ergreift alle erforderlichen Initiativen, um auf eine Annäherung der Standpunkte des Europäischen Parlaments und des Rates hinzuwirken.

(2) Der Vermittlungsausschuss hat die Aufgabe, mit der qualifizierten Mehrheit der Mitglieder des Rates und der Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments eine Einigung über einen gemeinsamen Entwurf zu erzielen. Der Vermittlungsausschuss befasst sich hierbei mit dem gemeinsamen Standpunkt auf der Grundlage der vom Europäischen Parlament vorgeschlagenen Abänderungen.

(3) Billigt der Vermittlungsausschuss binnen sechs Wochen nach seiner Einberufung einen gemeinsamen Entwurf, so verfügen das Europäische Parlament und der Rat ab dieser Billigung über eine Frist von sechs Wochen, um den betreffenden Rechtsakt entsprechend dem gemeinsamen Entwurf zu erlassen, wobei im Europäischen Parlament die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen und im Rat die qualifizierte Mehrheit erforderlich ist. Nimmt eines der beiden Organe den vorgeschlagenen Rechtsakt nicht innerhalb dieser Frist an, so gilt er als nicht erlassen.

(4) Billigt der Vermittlungsausschuss keinen gemeinsamen Entwurf, so gilt der vorgeschlagene Rechtsakt als nicht erlassen.

(5) Die in diesem Artikel genannten Fristen von drei Monaten bzw. sechs Wochen werden auf Initiative des Europäischen Parlaments oder des Rates um höchstens einen Monat bzw. zwei

¹ Vgl. Artikel 251 Absatz 4 bis 7 EG.

Wochen verlängert.

Artikel 104 (Unterzeichnung; Veröffentlichung; Inkrafttreten)¹

(1) Unionsgesetze und Unionsrahmengesetze werden vom Präsidenten des Europäischen Parlaments und vom Präsidenten des Rates unterzeichnet und im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Sie treten zu dem durch sie festgelegten Zeitpunkt oder andernfalls am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

(2) Unionsverordnungen werden vom Präsidenten der Europäischen Kommission unterzeichnet und im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Sie treten zu dem durch sie festgelegten Zeitpunkt oder andernfalls am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

3. Kapitel 3: Verstärkte Zusammenarbeit²

Artikel 105 (Voraussetzungen der verstärkten Zusammenarbeit)

(1) Die Mitgliedstaaten, die beabsichtigen, untereinander eine verstärkte Zusammenarbeit zu begründen, können die in dieser Verfassung vorgesehenen Organe, Verfahren und Mechanismen in Anspruch nehmen, sofern die beabsichtigte verstärkte Zusammenarbeit

- von mindestens acht Mitgliedstaaten in Gang gesetzt wird,
- diese Verfassung und die ausschließlichen Zuständigkeiten der Union beachtet, und
- darauf ausgerichtet ist, die Ziele der Union zu fördern, ihre Interessen zu schützen und diesen zu dienen und ihren Integrationsprozess zu stärken³.

(2) Eine verstärkte Zusammenarbeit kann nur als letztes Mittel aufgenommen werden, wenn der Rat

¹ Vgl. Artikel 254 EG.

² **Vgl. Artikel 32 Vorentwurf des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums, nach dem die „verstärkte Zusammenarbeit“ in Titel V „Durchführung der Maßnahmen der Union“ aufgenommen werden soll.**

³ Vgl. Artikel 43 EU und Artikel 11 Absatz EG (in der Fassung des Vertrages von Nizza).

zu dem Schluss gelangt ist, dass die mit dieser Zusammenarbeit angestrebten Ziele unter Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Verfassung nicht in einem vertretbaren Zeitraum verwirklicht werden können.¹

(3) Die Mitgliedstaaten, die beabsichtigen, untereinander eine verstärkte Zusammenarbeit in einem der unter der Verfassung fallenden Bereiche zu begründen, richten einen Antrag an die Kommission, die dem Rat einen entsprechenden Vorschlag vorlegen kann. Legt die Kommission keinen Vorschlag vor, so teilt sie den betroffenen Mitgliedstaaten ihre Gründe dafür mit.

Die Ermächtigung zur Aufnahme einer verstärkten Zusammenarbeit wird vom Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, das der Mehrheit seiner Mitglieder bedarf, erteilt.

Ein Mitglied des Rates kann verlangen, dass der Europäische Rat befasst wird. Nach dieser Befassung kann der Rat gemäß Unterabsatz 1 beschließen².

Artikel 106 (Beschlussfassung im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit, Finanzierung)

(1) Für die Annahme der Rechtsakte und Beschlüsse, die für die Durchführung einer verstärkten Zusammenarbeit erforderlich sind, gelten die einschlägigen institutionellen Bestimmungen dieser Verfassung. Alle Mitglieder des Rates können an den Beratungen teilnehmen, jedoch nehmen nur die Vertreter der an der verstärkten Zusammenarbeit beteiligten Mitgliedstaaten an der Beschlussfassung teil. Solche Rechtsakte und Beschlüsse sind nicht Bestandteile des Besitzstands der Union³.

(2) Die Mitgliedstaaten wenden, soweit sie betroffen sind, die Rechtsakte und Beschlüsse an, die für die Durchführung der verstärkten Zusammenarbeit, an der sie sich beteiligen, angenommen wurden. Solche Rechtsakte und Beschlüsse binden nur die Mitgliedstaaten, die sich daran beteiligen, und haben gegebenenfalls nur in diesen Staaten unmittelbare Geltung. Die Mitgliedstaaten, die sich an

¹ Vgl. Artikel 43a EU (in der Fassung des Vertrages von Nizza).

² Vgl. Artikel 11 EG und Artikel 40a EU (in der Fassung des Vertrages von Nizza).

³ Vgl. Artikel 44 Absatz 1 EU (in der Fassung des Vertrages von Nizza).

der verstärkten Zusammenarbeit nicht beteiligen, stehen deren Durchführung durch die daran beteiligten Mitgliedstaaten nicht im Wege¹.

(3) Die sich aus der Durchführung einer verstärkten Zusammenarbeit ergebenden Ausgaben, mit Ausnahme der Verwaltungskosten der Organe, werden von den beteiligten Mitgliedstaaten finanziert, sofern der Rat nicht nach Zustimmung des Europäischen Parlaments durch einstimmigen Beschluss sämtlicher Ratsmitglieder etwas anderes beschließt².

Artikel 107 (Offenheit für alle Mitgliedstaaten, Koordination)

(1) Eine verstärkte Zusammenarbeit steht bei ihrer Begründung allen Mitgliedstaaten offen. Die Kommission und die an einer verstärkten Zusammenarbeit beteiligten Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass eine möglichst große Zahl von Mitgliedstaaten zur Beteiligung angeregt wird³.

(2) Jeder Mitgliedstaat, der sich einer verstärkten Zusammenarbeit anschließen will, teilt dem Rat und der Kommission seine Absicht mit; die Kommission legt dem Rat binnen drei Monaten nach Eingang der Mitteilung eine Stellungnahme dazu vor. Binnen vier Monaten nach Eingang der Mitteilung beschließt die Kommission über den Antrag und über eventuelle spezifische Regelungen, die sie für notwendig hält⁴.

(3) Der Rat und die Kommission stellen sicher, dass die auf der Grundlage der verstärkten Zusammenarbeit durchgeführten Maßnahmen untereinander sowie mit den Politiken der Union im Einklang stehen, und arbeiten entsprechend zusammen⁵.

¹ Vgl. Artikel 44 Absatz 2 EU.

² Vgl. Artikel 44a EU (in der Fassung des Vertrages von Nizza).

³ Vgl. Artikel 43b EU (in der Fassung des Vertrages von Nizza).

⁴ Vgl. Artikel 11a EG (in der Fassung des Vertrages von Nizza).

⁵ Vgl. Artikel 45 EU (in der Fassung des Vertrages von Nizza).

F. Titel VI: Das demokratische Leben der Union¹

Artikel 108 (Gleichheit vor den Organen der Union)²

Alle Unionsbürger sind vor den Organen der Union gleich.

Artikel 109 (Grundsatz der partizipatorischen Demokratie)³

(1) Das demokratische System der Union basiert auf dem Grundsatz „Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk.

(2) Die Organe der Union sorgen für einen hohen Grad an Transparenz, der es Bürgervereinigungen jeder Art einschließlich der Sozialpartner, Kirchen und religiöser Vereinigungen sowie auch weltanschaulichen Gemeinschaften, ermöglicht, am demokratischen Leben der Union entsprechend mitzuwirken.

(3) Die politischen Parteien müssen in ihrer inneren Organisation demokratisch verfasst sein. Die politischen Parteien benennen Kandidaten für das Europäische Parlament in innerparteilich demokratischen Verfahren. Ein Unionsgesetz legt in Übereinstimmung mit Artikel 11 Absatz 2 die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und insbesondere die Vorschriften über ihre Finanzierung fest.

¹ **Titel VI wie im Vorentwurf des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums vorgeschlagen.**

² **Wie in Artikel 33 des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums vorgeschlagen. Es sollte diskutiert werden, ob die gute Absicht hinter dieser neuen Vorschrift nicht bereits vollständig von den Gleichheitsrechten in Artikel 20, 21 und 23 der Charta der Grundrechte erfasst ist, welche hier am Beginn der Verfassung eingefügt sind.**

³ **Wie in Artikel 34 des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums vorgeschlagen.** Absatz 1 ist Artikel 2 am Ende der Verfassung der Französischen Republik entnommen, wo als Grundsatz der Republik genannt ist: „Gouvernement du peuple, par le peuple et pour le peuple.“ Absatz 2 wurde der Kurzbeschreibung von Artikel 34 des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums entnommen. Absatz 3 wurde Artikel 191 EG entnommen (in der Fassung des Vertrages von Nizza).

Artikel 110 (Wahlen zum Europäischen Parlament)¹

(1) Spätestens ein Jahr vor der ersten Wahl des Europäischen Parlaments nach den Regeln dieser Verfassung arbeitet das Europäische Parlament einen Entwurf für allgemeine unmittelbare Wahlen nach einem einheitlichen Verfahren in allen Mitgliedstaaten oder im Einklang mit den allen Mitgliedstaaten gemeinsamen Grundsätzen aus.

(2) Vor den ersten Wahlen zum Europäischen Parlament nach den Regelungen dieser Verfassung erlässt der Rat nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, die der Mehrheit seiner Mitglieder bedarf, einstimmig die entsprechenden Bestimmungen und empfiehlt sie den Mitgliedstaaten zur Annahme gemäß ihrer verfassungsrechtlichen Vorschriften.

Artikel 111 (Grundsatz der Öffentlichkeit)

(1) Alle Sitzungen des Europäischen Parlaments sind öffentlich. Die Protokolle werden veröffentlicht.

(2) Soweit der Rat als Haus der Staaten im Gesetzgebungsverfahren tätig wird, tagt er öffentlich, und seine Protokolle werden veröffentlicht.

Artikel 112 (Abstimmungsregeln in Parlament und Rat)²

(1) Soweit diese Verfassung nichts anderes bestimmt, beschließt das Europäische Parlament mit der absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Die Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments legt die Beschlussfähigkeit fest.

(2) Soweit in dieser Verfassung nichts anderes bestimmt ist, beschließt der Rat mit der Mehrheit seiner Mitglieder.

¹ **Vgl. Artikel 190 Absatz 4 EG. Gemäß Artikel 35 des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums sollte diese Vorschrift nur auf ein Protokoll verweisen, dass das Wahlverfahren festlegen würde.**

² Vgl. Artikel 198 EG.

Ist zu einem Beschluss des Rates die qualifizierte Mehrheit erforderlich, ist die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Rates erforderlich, die zugleich die Mehrheit der Gesamtbevölkerung der Union repräsentieren muss.

Jedes Mitglied kann sich das Stimmrecht höchstens eines anderen Mitglieds übertragen lassen¹.

(3) Die Stimmhaltung von anwesenden oder vertretenen Mitgliedern steht dem Zustandekommen von Beschlüssen des Rates, zu denen Einstimmigkeit erforderlich ist, nicht entgegen².

(4) Im Falle der verstärkten Zusammenarbeit in Übereinstimmung mit den Artikel 105 bis 107 gilt als qualifizierte Mehrheit im Sinne des Absatzes 2 die Mehrheit der Mitglieder des Rates, welche an der verstärkten Zusammenarbeit teilnehmen und 50% der Bevölkerung der an der verstärkten Zusammenarbeit teilnehmenden Mitgliedstaaten repräsentieren. Zur Erlangung der Einstimmigkeit werden nur die Stimmen der betroffenen Ratsmitglieder berücksichtigt.

Artikel 113 (Jahresgesetzgebungsprogramm; jährlicher Gesamtbericht)³

(1) Zum 1. November jeden Jahres leitet die Kommission das Jahresgesetzgebungsprogramm der Union für das folgende Jahr dem Europäischen Parlament, dem Rat, jedem nationalen Parlament, dem Ausschuss der Regionen sowie dem Wirtschafts- und Sozialausschuss zu.

(2) Die Kommission veröffentlicht jährlich, und zwar spätestens einen Monat vor Beginn der Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments, einen Gesamtbericht über die Tätigkeit der Union.

(3) Das Europäische Parlament und der Rat erörtern in öffentlicher Sitzung das Jahresgesetzgebungsprogramm und den Gesamtbericht, die ihnen von der Kommission übermittelt worden sind.

Artikel 114 (Bürgerbeauftragter)⁴

¹ Vgl. Artikel 206 EG.

² Vgl. Artikel 205 Absatz 3 EG.

³ Vgl. Artikel 200 und 212 EG.

⁴ **Vgl. Artikel 195 EG. Obwohl nicht im Vorentwurf des Verfassungsvertrags des**

(1) Das Europäische Parlament ernennt einen Bürgerbeauftragten, der befugt ist, Beschwerden von jedem Unionsbürger der Union oder von jeder natürlichen oder juristischen Person mit Wohnort oder satzungsmäßigem Sitz in einem Mitgliedstaat über Missstände bei der Tätigkeit der Organe oder Einrichtungen der Union, mit Ausnahme des Gerichtshofs und des Gerichts erster Instanz in Ausübung ihrer Rechtsprechungsbefugnisse (Artikel 43 der Verfassung), entgegenzunehmen.

Der Bürgerbeauftragte führt im Rahmen seines Auftrags von sich aus oder aufgrund von Beschwerden, die ihm unmittelbar über ein Mitglied des Europäischen Parlaments zugehen, Untersuchungen durch, die er für gerechtfertigt hält; dies gilt nicht, wenn die behaupteten Sachverhalte Gegenstand eines Gerichtsverfahrens sind oder waren. Hat der Bürgerbeauftragte einen Missstand festgestellt, so befasst er das betreffende Organ, das über eine Frist von drei Monaten verfügt, um ihm seine Stellungnahme zu übermitteln. Der Bürgerbeauftragte legt anschließend dem Europäischen Parlament und dem betreffenden Organ einen Bericht vor. Der Beschwerdeführer wird über das Ergebnis dieser Untersuchungen unterrichtet.

Der Bürgerbeauftragte legt dem Europäischen Parlament jährlich einen Bericht über die Ergebnisse seiner Untersuchungen vor.

(2) Der Bürgerbeauftragte wird nach jeder Wahl des Europäischen Parlaments für die Dauer der Wahlperiode ernannt. Wiederernennung ist zulässig.

Der Bürgerbeauftragte kann auf Antrag des Europäischen Parlaments vom Gerichtshof seines Amtes enthoben werden, wenn er die Voraussetzungen für die Ausübung seines Amtes nicht mehr erfüllt oder eine schwere Verfehlung begangen hat.

(3) Der Bürgerbeauftragte übt sein Amt in völliger Unabhängigkeit aus. Er darf bei der Erfüllung seiner Pflichten von keiner Stelle Anweisungen anfordern oder entgegennehmen. Der Bürgerbeauftragte darf während seiner Amtszeit keine andere entgeltliche oder unentgeltliche Berufstätigkeit ausüben.

(4) Das Europäische Parlament legt nach Stellungnahme der Kommission und nach mit qualifizierter Mehrheit erteilter Zustimmung des Rates die Regelungen und allgemeinen

**Konventspräsidiums erwähnt, betrachtet dieses Diskussionspapier den
Bürgerbeauftragten als derart wichtige Einrichtung für das demokratische Leben der**

Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Bürgerbeauftragten fest.

Union, dass sie in diesem Titel im Ersten Teil der Verfassung enthalten sein sollte.

G. Titel VII: Die Finanzen der Union¹

Artikel 115 (Haushaltsgrundsätze)

(1) Die Union stattet sich mit den Mitteln aus, die zum Erreichen ihrer Ziele und zur Durchführung ihrer Politiken erforderlich sind².

(2) Alle Einnahmen und Ausgaben der Union werden jedes Haushaltsjahr veranschlagt und in den Haushaltsplan eingesetzt³.

(3) Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben einzuteilen⁴. Defizite sind im Haushalt der Union verboten.

Artikel 116 (Finanzierung aus Eigenmitteln)⁵

(1) Der Haushalt der Union wird unbeschadet der sonstigen Einnahmen vollständig aus Eigenmitteln finanziert.

(2) Die Gesamtobergrenze der Eigenmittel der Union wird in einem Unionsgesetz festgelegt. Abweichend von Artikel 102 muss ein solches Unionsgesetz durch einstimmigen Beschluss des Rates und durch das Europäische Parlament, das mit der Mehrheit seiner Mitglieder zustimmt, bestätigt werden.

(3) Folgende Einnahmen stellen in den Haushalt der Union einzusetzende Einnahmen dar:

¹ **Titel VII wie vorgeschlagen im Vorentwurf des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums.**

² Vgl. Artikel 6 Absatz 4 EU.

³ Vgl. Artikel 268 Absatz 1 EG.

⁴ Vgl. Artikel 268 Absatz 3 EG. Vgl. ebenfalls **Artikel 39 des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums.**

⁵ **Vgl. Artikel 269 EG und den Beschluss des Rates vom 31. Oktober 1994 zum System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaft. Vgl. ebenfalls Artikel 38 des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums.**

- (a) Agrarabschöpfungen, Prämien, Zusatz- oder Ausgleichsbeträge, zusätzliche Teilbeträge und andere Abgaben auf den Warenverkehr mit Nichtmitgliedstaaten, die von den Unionsorganen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik eingeführt worden sind oder noch eingeführt werden, sowie Abgaben, die im Rahmen der gemeinsamen Marktorganisation für Zucker vorgesehen sind;
 - (b) Zölle des Gemeinsamen Zolltarifs und andere Zölle auf den Warenverkehr mit Nichtmitgliedstaaten, die von den Unionsorganen eingeführt worden sind oder noch eingeführt werden;
 - (c) Einnahmen, die sich aus der Anwendung eines für alle Mitgliedstaaten einheitlichen Satzes auf die nach Unionsvorschriften einheitliche Mehrwertsteuer-Eigenmittelbemessungsgrundlage eines jeden Mitgliedstaats ergeben;
 - (d) Einnahmen, die sich ergeben aus der Anwendung eines im Rahmen des Haushaltsverfahrens unter Berücksichtigung aller übrigen Einnahmen festzulegenden Satzes auf den Gesamtbetrag des Brutto sozialprodukts aller Mitgliedstaaten, das nach gemeinschaftlichen Regeln festgelegt wird;
 - (e) Einnahmen aus sonstigen im Rahmen einer gemeinsamen Politik eingeführten Abgaben;
 - (f) Einnahmen aus einer einheitlichen direkten Unionssteuer, sofern eine solche durch Unionsgesetz eingeführt wird; ein solches Unionsgesetz bedarf in Abweichung zu Artikel 102 im Rat der Einstimmigkeit sowie der Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments.
- (4) Die Eigenmittel der Union sind begrenzt auf 1,27% der Gesamtsumme der Bruttoinlandsprodukte der Mitgliedstaaten gerechnet zu Marktpreisen in einem Jahr. Diese Begrenzung kann durch eine gemeinsame Entscheidung des einstimmig beschließenden Rates und des mit der Mehrheit seiner Mitglieder beschließenden Europäischen Parlaments geändert werden. Diese Entscheidung bedarf der Ratifikation durch Zwei Drittel der nationalen Parlamente.

(5) Einzelheiten zum System der Eigenmittel werden durch Unionsgesetz festgelegt.

Artikel 117 (Haushaltsrecht; Haushaltsverfahren)¹

(1) Das Europäische Parlament und der Rat üben gemeinsam und gleichberechtigt die Haushaltshoheit der Union aus .

(2) Auf der Basis von Schätzungen, die durch jedes Organ der Union erstellt werden, schlägt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat einen vorläufigen Haushaltsentwurf vor.

(3) Der Haushalt wird gemeinsam vom Europäischen Parlament mit der Mehrheit seiner Mitglieder und vom Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission beschlossen.

(4) Damit die Haushaltsdisziplin gewährleistet wird, unterbreitet die Kommission keine Vorschläge für Rechtsakte der Union, ändert nicht ihre Vorschläge und erlässt keine Durchführungsmaßnahme, die erhebliche Auswirkungen auf den Haushaltsplan haben könnte, ohne die Gewähr zu bieten, dass der betreffende Vorschlag bzw. die betreffende Maßnahme im Rahmen der Eigenmittel der Union finanziert werden kann.

(5) Die Einzelheiten des Haushaltsverfahrens werden in einer Interorganvereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission festgelegt.

Artikel 118 (Rechnungslegung und Entlastung)²

(1) Die Kommission legt dem Rat und dem Europäischen Parlament jährlich die Rechnung des abgelaufenen Haushaltsjahres für die Rechnungsvorgänge des Haushaltsplanes vor. Sie übermittelt ihnen ferner eine Übersicht über das Vermögen und die Schulden der Union.

(2) Auf Empfehlung des Rates, der mit qualifizierter Mehrheit beschließt, und nach Anhörung des Rechnungshofes erteilt das Europäische Parlament der Kommission Entlastung zur Ausführung des Haushaltsplans.

¹ Absatz 4 entspricht Artikel 270 EG. Der Rest der Vorschrift ist Artikel 272 EG entnommen, wurde jedoch wesentlich umformuliert, um den neuen, in Absatz 1 ausgedrückten Grundsatz widerzuspiegeln. Vgl. ebenfalls Rn. 35 des EVP-Kongressdokuments „Eine Verfassung für ein starkes Europa“: „Die Haushaltskompetenz sollte zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat geteilt werden.“

² Vgl. Artikel 275, 276 EG.

(3) Das Europäische Parlament kann vor der Entlastung der Kommission sowie auch zu anderen Zwecken im Zusammenhang mit der Ausübung ihrer Haushaltsbefugnisse die Kommission auffordern, Auskunft über die Vornahme der Ausgaben oder die Arbeitsweise der Finanzkontrollsysteme zu erteilen. Die Kommission legt dem Europäischen Parlament auf dessen Ersuchen alle notwendigen Informationen vor.

(4) Die Kommission trifft alle zweckdienlichen Maßnahmen, um den Bemerkungen in den Entlastungsbeschlüssen und anderen Bemerkungen des Europäischen Parlaments zur Vornahme der Ausgaben sowie den Erläuterungen, die den Entlastungsempfehlungen des Rates beigelegt sind, nachzukommen.

(5) Auf Ersuchen des Europäischen Parlaments oder des Rates erstattet die Kommission Bericht über die Maßnahmen, die aufgrund dieser Bemerkungen und Erläuterungen getroffen wurden, insbesondere über die Weisungen, die den für die Ausführung des Haushaltsplans zuständigen Dienststellen erteilt worden sind. Diese Berichte sind auch dem Rechnungshof zuzuleiten.

H. Titel VIII: Aussenpolitisches Handeln der Union¹

1. Kapitel 1: Grundsätze und Ziele

Artikel 119 (Gemeinsame Ziele des gesamten außenpolitischen Handelns der Union)²

(1) Die Union wird sich bei ihrem außenpolitischen Handeln von den Werten leiten lassen, welche die Grundlage für ihre eigene Entstehung, Entwicklung und Erweiterung bildeten und denen sie durch ihr Handeln auch weltweit zu stärkerer Geltung verhelfen will; Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten, der Grundsatz des Schutzes der Menschenwürde, der Grundsatz der Gleichheit und der Grundsatz der Solidarität sowie die Achtung des Völkerrechts gemäß den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen. Die Union wird anstreben, die Beziehungen zu Ländern und regionalen oder internationalen Organisationen, die diese Werte teilen, auszubauen und Partnerschaften mit ihnen aufzubauen. Sie wird sich insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen für multilaterale Lösungen bei gemeinsamen Problemen einsetzen.

(2) Die Europäische Union wird gemeinsame Politiken festlegen und Unionsmaßnahmen durchführen und sich für eine möglichst weitgehende Zusammenarbeit auf allen Gebieten der internationalen Beziehungen einsetzen, um

- (a) die gemeinsamen Werte, die grundlegenden Interessen, die Unabhängigkeit und die Unversehrtheit der Union zu gewährleisten;
- (b) die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, die Achtung der Menschenrechte und der Grundsätze des Völkerrechts zu festigen und zu fördern;

¹ **Titel VIII vorgeschlagen vom Vorentwurf des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums. Vgl. ebenfalls Punkt 12 des Abschlussberichts der Konventsarbeitsgruppe VII „Außenpolitisches Handeln“, in dem „ein einziges Bündel von Bestimmungen über das Aushandeln und den Abschluss von internationaler Übereinkünfte“ empfohlen wird.**

² Wortlaut empfohlen im Abschlussbericht der Konventsarbeitsgruppe VII „Außenpolitisches Handeln“ (Teil A), Punkt 2.

- (c) gemäß den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen den Frieden zu erhalten, Konflikte zu verhüten und die internationale Sicherheit zu stärken;
 - (d) die nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft in den Entwicklungsländern zu fördern und hierbei als vorrangiges Ziel insbesondere in den Ländern mit niedrigem Einkommen die Armut zu beseitigen;
 - (e) die Integration aller Länder in die Weltwirtschaft zu fördern, unter anderem auch durch den allmählichen Abbau von Beschränkungen des internationalen Handels;
 - (f) internationale Maßnahmen zur Erhaltung der Umwelt und der weltweiten natürlichen Ressourcen zu entwickeln und eine nachhaltige Entwicklung sicherzustellen;
 - (g) Völkern, Ländern und Regionen, die sich mit von Menschen verursachten Katastrophen oder mit Naturkatastrophen konfrontiert sehen, zu helfen;
 - (h) eine Weltordnung zu fördern, die auf einer engeren multilateralen Zusammenarbeit und einer verantwortungsvollen Weltordnungspolitik beruht.
- (3) Diese Grundsätze gelten für jedes außenpolitische Handeln, seien es diplomatische Beziehungen, Sicherheitspolitik, Verteidigung, Außenwirtschaftsbeziehungen, Politik der Entwicklungszusammenarbeit oder die externen Aspekte von Unionspolitiken.

Artikel 120 (Außenvertretung der Union; internationale Organisationen)¹

- (1) In den auswärtigen Beziehungen wird die Union durch die Kommission vertreten. Diese Aufgabe wird in der Regel von dem in Artikel 82 Absatz 4 vorgesehenen *Europäischen Minister für*

¹ **Wie in der Kurzbeschreibung von Artikel 41 des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums vorgeschlagen, legt diese Vorschrift fest, wer die Union in ihren internationalen Beziehungen vertritt. Da gemäß diesem Diskussionspapier die Außenbeziehungen der Kommission anzuvertrauen sind (dem Europäischen Minister für Außenbeziehungen, der Kommissionsmitglied ist), sieht es keine Rolle mehr für den heutigen Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik vor.**

auswärtige Angelegenheiten ausgeübt.

(2) Die Kommission unterhält alle zweckdienlichen Beziehungen zu den Organen der Vereinten Nationen und ihrer Fachorganisationen¹, mit dem Europarat² und mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung³. Die Kommission unterhält ferner, soweit zweckdienlich, Beziehungen zu allen internationalen Organisationen⁴.

(3) Die Mitgliedstaaten unterstützen den Erwerb der Vollmitgliedschaft durch die Union in internationalen Organisationen, in denen diese noch nicht Mitglied ist, um Absatz 1 umzusetzen.

⁵Bis zum Erwerb der vollen Mitgliedschaft der Union, koordinieren die Mitgliedstaaten ihr Handeln in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen. Sie treten in solchen Foren für die innerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Union festgelegten gemeinsamen Standpunkte ein. In internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen, in denen nicht alle Mitgliedstaaten vertreten sind, setzen sich die vertretenen Mitgliedstaaten für die gemeinsame Standpunkte ein.

Mitgliedstaaten, die in internationalen Organisationen oder auf internationalen Konferenzen vertreten sind, unterrichten, über den Europäischen Minister für auswärtige Angelegenheiten, die dort nicht vertretenen Mitgliedstaaten laufend über alle Fragen, die von Bedeutung für die Union oder sonst von gemeinsamem Interesse sind.

(4) Die Kommission beachtet die im Rahmen dieses Titels gefassten Beschlüsse und geschlossenen Abkommen. Sie unterrichtet regelmäßig das Europäische Parlament und den Rat über den Stand der auswärtigen Beziehungen der Union.

Artikel 121 (Loyalität und Solidarität der Mitgliedstaaten)⁶

¹ Vgl. Artikel 302 Absatz 1 EG.

² Vgl. Artikel 303 EG.

³ Vgl. Artikel 304 EG.

⁴ Vgl. Artikel 302 Absatz 2 EG.

⁵ Vgl. Artikel 19 EU.

⁶ Vgl. Artikel 11 Absatz 2 EU.

(1) Die Mitgliedstaaten unterstützen das außenpolitische Handeln der Union aktiv und vorbehaltlos im Geiste der Loyalität und der gegenseitigen Solidarität.

(2) Sie enthalten sich jeder Handlung, die den Interessen der Union zuwiderläuft oder ihrer Wirksamkeit als kohärente Kraft in den internationalen Beziehungen schaden könnte.

Artikel 122 (Kohärenz außenpolitischen Handelns; Dienststelle für außenpolitisches Handeln; Außenstellen der Union)

(1)¹ Der Rat und die Kommission, insbesondere der Europäische Minister für auswärtige Angelegenheiten, der in Artikel 82 Absatz 4 vorgesehen ist, gewährleisten die Einhaltung der in den Artikeln 119 bis 121 festgelegten Ziele und Grundsätze. In Übereinstimmung mit Artikel 120 Absatz 1 tragen sie für ein einheitliches, kohärentes und wirksames Vorgehen sowie einer wirksamen Außenvertretung der Union Sorge.

(2)² Um die Aufgaben, auf die in Absatz 1 Bezug genommen wird, zu unterstützen und zu erleichtern, wird eine gemeinsame Dienststelle, genannt “Dienststelle für europäisches außenpolitisches Handeln”, eingerichtet, die dem Europäischen Minister für auswärtige Angelegenheiten untersteht. Sie besteht aus Beamten der Kommission, Beamten des Ratssekretariats und abgeordnetem Personal der nationalen diplomatischen Dienste. Die Details werden in einem Unionsgesetz festgelegt.

(3)³ Die Außenstellen der Kommission in Drittstaaten und auf internationalen Konferenzen und ihre Vertreter bei internationalen Organisationen unterstehen dem Europäischen Minister für auswärtige Angelegenheiten und werden in “Vertretungen der Union” umbenannt. Sie werden mit Beamten der Kommission, des Ratssekretariats und abgeordnetem Personal der nationalen diplomatischen Dienste besetzt.

¹ Vgl. Artikel 11 Absatz 2, Unterabsatz 3 und 13 Absatz 3, Unterabsatz 3 EU.

² Vgl. Punkt 7, Spiegelstrich 1 der Empfehlungen im Abschlussbericht der Konventsarbeitsgruppe VII „Außenpolitisches Handeln“ (Teil A).

³ Vgl. Punkt 7, Spiegelstrich 2 der Empfehlungen im Abschlussbericht der Konventsarbeitsgruppe VII „Außenpolitisches Handeln“ (Teil A).

(4)¹ Die Vertretungen der Union und die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Mitgliedstaaten arbeiten eng zusammen, indem sie Informationen austauschen, gemeinsame Bewertungen vornehmen und zur Umsetzung von Artikel 46 der Charta der Grundrechte beitragen.

Artikel 123 (EU-Diplomatenschule)²

(1) Durch Unionsgesetz wird eine EU-Diplomatenschule gegründet.

(3) Sie soll durch regelmäßige gemeinsame Kurse und Schulungseinheiten, die ihren Schwerpunkt im Bereich der Außenpolitik, der auswärtigen Interessen und Außenbeziehungen haben, die nationale diplomatische Ausbildung ergänzen.

2. Kapitel 2: Abschluss von internationalen Abkommen

Artikel 124 (Abkommen mit Drittstaaten und Organisationen; Beteiligung des Europäischen Parlaments)³

(1) Soweit im Zuständigkeitsbereich der Union ein Abkommen mit einem oder mehreren Staaten oder internationalen Organisationen auszuhandeln ist, legt die Kommission dem Rat Empfehlungen vor. Dieser ermächtigt die Kommission zur Einleitung der erforderlichen Verhandlungen.

Die Kommission führt diese Verhandlungen im Benehmen mit einem zu ihrer Unterstützung bestellten besonderen Ausschuss. Dieser Ausschuss setzt sich aus einer gleichen Anzahl von Vertretern des Rates und des Europäischen Parlaments zusammen.

¹ Vgl. Artikel 20 EU.

² Vgl. Punkt 7, Spiegelstrich 2 der Empfehlungen des Abschlussberichts der Konventsarbeitsgruppe VII „Außenpolitisches Handeln“ (Teil A).

³ **Vgl. Artikel 133, 300 EG, welche zusammengefasst und modifiziert wurden, um dem Europäischen Parlament die Übernahme einer wichtigeren Rolle bei der Ausübung der Vertragsschlusskompetenz zu ermöglichen. Dieser Diskussionsentwurf nimmt den Standpunkt ein, dass im Hinblick auf die konstitutionelle Bedeutung der Ausübung der Vertragsschlusskompetenz diese im Ersten Teil der Verfassung enthalten sein sollte.**

(2) Vorbehaltlich der Zuständigkeiten, welche die Kommission auf diesem Gebiet besitzt, werden die Unterzeichnung, mit der ein Beschluss über die vorläufige Anwendung vor dem Inkrafttreten einhergehen kann, sowie der Abschluss der Abkommen vom Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission nach Beratung und Zustimmung des Europäischen Parlaments beschlossen.

Der Rat beschließt einstimmig und nach Beratung und Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments, wenn eines der folgenden Abkommen abgeschlossen werden soll:

- die in Artikel 135 Absatz 2 und 3 genannten Abkommen, oder andere Abkommen, die durch Einführung von Zusammenarbeitsverfahren einen besonderen institutionellen Rahmen schaffen;
- Abkommen mit erheblichen finanziellen Folgen für die Union;
- Abkommen, die Änderungen eines nach dem Verfahren nach Artikel 102 angenommenen Rechtsakt bedingen;
- Abkommen, die einen Bereich betreffen, in dem für die Annahme interner Vorschriften Einstimmigkeit im Rat und die Zustimmung des Europäischen Parlaments vorgesehen sind;
- ein Abkommen über den Beitritt der Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention¹.

Dieses Verfahren gilt auch für Beschlüsse zur Aussetzung der Anwendung eines Abkommens oder zur Festlegung von Standpunkten, die im Namen der Union in einem durch ein Abkommen eingesetzten Gremium zu vertreten sind, sobald dieses Gremium rechtswirksame Beschlüsse – mit Ausnahme von Beschlüssen zur Ergänzung oder Änderung des institutionellen Rahmens des betreffenden Abkommens – zu fassen hat.

Der Rat und das Europäische Parlament können in dringenden Fällen eine Frist für die Zustimmung vereinbaren.

(3) Abweichend von Absatz 2 kann der Rat die Kommission bei Abschluss eines Abkommens ermächtigen, Änderungen, die nach jenem Abkommen im Weg eines vereinfachten Verfahrens oder durch ein durch das Abkommen geschaffenes Organ anzunehmen sind, im Namen der Union zu billigen. Der Rat kann diese Ermächtigung gegebenenfalls mit besonderen Bedingungen

¹ Konventsarbeitsgruppe II „Charta“ (Abschlussbericht, S. 13) empfiehlt „eine Rechtsgrundlage an geeigneter Stelle in den Verfassungsvertrag einzufügen, nach der die Union befugt wäre, der EMRK beizutreten. Diese Rechtsgrundlage könnte relativ schlicht formuliert werden. In Anbetracht der verfassungsrechtlichen Bedeutung eines etwaigen Beitritts sollte darin allerdings festgelegt werden, dass für die Unterzeichnung und den Abschluss des Beitrittsvertrags ein einstimmiger Beschluss des Rates und die Zustimmung des Europäischen Parlaments erforderlich ist; im Übrigen würden die üblichen Verfahren für internationale Abkommen zur Anwendung gelangen.“

verknüpfen.

(4) Beabsichtigt der Rat, ein Abkommen zu schließen, das Änderungen dieser Verfassung bedingt, so sind diese Änderungen zuvor nach dem Verfahren des Artikels 143 anzunehmen.

(5) Die nach Maßgabe dieses Artikels geschlossenen Abkommen sind für die Organe der Union und für die Mitgliedstaaten verbindlich.

Artikel 125 (Internationale Abkommen im Währungsbereich; Außenvertretung; Beteiligung der EZB)¹

(1) Abweichend von Artikel 124 kann der Rat einstimmig auf Empfehlung der EZB oder der Kommission und nach Anhörung der EZB in dem Bemühen, zu einem mit dem Ziel der Preisstabilität im Einklang stehenden Konsens zu gelangen, nach Anhörung des Europäischen Parlaments gemäß den in Absatz 3 für die Festlegung von Modalitäten vorgesehenen Verfahren förmliche Vereinbarungen über ein Wechselkurssystem für den Euro gegenüber Drittländswährungen treffen. Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit auf Empfehlung der EZB oder der Kommission und nach Anhörung der EZB in dem Bemühen, zu einem mit dem Ziel der Preisstabilität im Einklang stehenden Konsens zu gelangen, die Euro-Leitkurse innerhalb des Wechselkurssystems festlegen, ändern oder aufgeben. Der Präsident des Rates unterrichtet das Europäische Parlament von der Festlegung, Änderung oder Aufgabe der Euro-Leitkurse.

(2) Besteht gegenüber einer oder mehreren Drittländswährungen kein Wechselkurssystem nach Absatz 1, so kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit entweder auf Empfehlung der Kommission und nach Anhörung der EZB oder auf Empfehlung der EZB allgemeine Orientierungen für die Wechselkurspolitik gegenüber diesen Währungen aufstellen. Diese allgemeinen Orientierungen dürfen das vorrangige Ziel der EZB, die Preisstabilität zu gewährleisten, nicht beeinträchtigen.

(3) Wenn von der Union mit einem oder mehreren Staaten oder internationalen Organisationen Vereinbarungen im Zusammenhang mit Währungsfragen oder Devisenregelungen auszuhandeln

¹ Vgl. Artikel 111 EG.

sind, beschließt der Rat abweichend von Artikel 124 mit qualifizierter Mehrheit auf Empfehlung der Kommission und nach Anhörung der EZB die Modalitäten für die Aushandlung und den Abschluss solcher Vereinbarungen. Mit diesen Modalitäten wird gewährleistet, dass die Union einen einheitlichen Standpunkt vertritt. Der in Artikel 120 Absatz 1 und Artikel 90 festgelegte Zuständigkeitsbereich bleibt unberührt.

Die nach diesem Absatz getroffenen Vereinbarungen sind für die Organe der Union, die EZB und die Mitgliedstaaten verbindlich.

(4) Die Außenvertretung im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion wird hinsichtlich der Wirtschaftspolitik¹ durch die Kommission und hinsichtlich der Währungspolitik² durch die EZB gewährleistet. Die Kommission und die EZB entscheiden gemeinsam, im Geiste loyaler Zusammenarbeit, über die Einzelheiten und das Verfahren dieser Außenvertretung, wobei sie die satzungsmäßigen Vorgaben internationaler Wirtschafts- und Währungsorganisationen sowie die Unabhängigkeit der EZB beachten. Das Europäische Parlament und der Rat werden regelmäßig über die außenpolitischen Maßnahmen im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion informiert.

Artikel 126 (Verhältnis zu früheren Verträgen der Mitgliedstaaten; Zusammenschluss der Benelux-Staaten)³

(1) Die Rechte und Pflichten aus Übereinkünften, die vor dem 1. Januar 1958 oder, im Falle später beigetretener Staaten, vor dem Zeitpunkt ihres Beitritts zwischen einem oder mehreren Mitgliedstaaten einerseits und einem oder mehreren dritten Ländern andererseits geschlossen

¹ Vgl. Artikel 111 Absatz 4 EG, welcher diese Frage einer Ratsentscheidung überlassen hat. Trotzdem hat der Rat auf Grund der Schwierigkeit der Angelegenheit bis jetzt keine solche Entscheidung getroffen. Dieses Diskussionspapier plädiert deshalb dafür, dass diese Frage nun durch die Verfassung selbst geregelt werden muss, um eine wirksame Außenvertretung auch in Wirtschafts- und Währungsangelegenheiten zu gewährleisten. Vgl. ebenfalls den Abschlussbericht der Konventsarbeitsgruppe VI „Ordnungspolitik“, S. 8: „Nach einhelliger Auffassung der Gruppe sollten für die Vertretung des Euro-Raums in internationalen Gremien die derzeitigen informellen Vereinbarungen (die darauf zurückgehen, dass die Bestimmungen von Artikel 111 Absatz 4 EGV nicht umgesetzt wurden) in ihrer Wirksamkeit verbessert werden“.

² Vgl. Artikel 6 der Satzung des ESZB.

³ Vgl. Artikel 306, 307 EG.

wurden, werden durch diese Verfassung nicht berührt.

(2) Soweit diese Übereinkünfte mit dieser Verfassung nicht vereinbar sind, wenden der oder die betreffenden Mitgliedstaaten alle geeigneten Mittel an, um die festgestellten Unvereinbarkeiten zu beheben. Erforderlichenfalls leisten die Mitgliedstaaten zu diesem Zweck einander Hilfe; sie nehmen gegebenenfalls eine gemeinsame Haltung ein.

(3) Bei Anwendung der in Absatz 1 bezeichneten Übereinkünfte tragen die Mitgliedstaaten dem Umstand Rechnung, dass die in dieser Verfassung von jedem Mitgliedstaat gewährten Vorteile Bestandteil der Errichtung der Union sind und daher in untrennbarem Zusammenhang stehen mit der Schaffung gemeinsamer Organe, der Übertragung von Zuständigkeiten auf diese und der Gewährung der gleichen Vorteile durch alle anderen Mitgliedstaaten.

(4) Diese Verfassung steht dem Bestehen und der Durchführung der regionalen Zusammenschlüsse zwischen Belgien und Luxemburg sowie zwischen Belgien, Luxemburg und den Niederlanden nicht entgegen, soweit die Ziele dieser Zusammenschlüsse durch Anwendung dieser Verfassung nicht erreicht sind.

3. Kapitel 3: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Artikel 127 (Tragweite der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik)

(1)¹ Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Union umfasst sämtliche Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik, einschließlich der gemeinsamen Verteidigung durch glaubwürdige, einsatzfähige und wirksame europäische Streitkräfte².

(2)³ Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik umfasst ebenfalls humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen.

⁴ Zusätzlich kann sie den Einsatz militärischer Mittel, insbesondere mit dem Ziel der Konfliktverhütung, gemeinsame Entwaffnungsmaßnahmen, militärische Beratung und Unterstützung, Stabilisierungsmaßnahmen nach Konflikten sowie auf Ersuchen der Behörden eines Drittlands Unterstützung bei der Terrorismusbekämpfung umfassen.

(3)⁵ Die Politik der Union nach diesem Kapitel berührt nicht den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten; sie achtet die Verpflichtungen einiger Mitgliedstaaten, die ihre gemeinsame Verteidigung in der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) verwirklicht sehen, aus dem Nordatlantikvertrag und ist vereinbar mit der in jenem Rahmen festgelegten gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

(4)¹ Die Vorschriften dieses Kapitels stehen der Entwicklung einer engeren Zusammenarbeit zwischen zwei oder mehr Mitgliedstaaten auf zweiseitiger Ebene sowie im Rahmen der Westeuropäischen Union (WEU) und der NATO nicht entgegen, soweit sie der nach diesem Kapitel vorgesehenen Zusammenarbeit nicht zuwiderläuft und diese nicht berührt.

¹ Vgl. Artikel 17 Absatz 1, Unterabsatz 1 und 3 EU.

² Nimmt das sogenannte „Helsinki Planziel“ auf.

³ Vgl. Artikel 17 Absatz 2 EU.

⁴ Diese Ausdehnung der Beschreibung der „Petersberg-Aufgaben“ wird in Rn. 51 des Abschlussberichts der Konventsarbeitsgruppe VIII „Verteidigung“ empfohlen.

⁵ Vgl. Artikel 17 Absatz 1, Unterabsatz 2 EU.

Artikel 128 (Gemeinsame Rüstungspolitik; Europäische Agentur für Rüstung und strategische Forschung)

(1)² Die gemeinsame Verteidigung der Union wird durch eine gemeinsame Rüstungspolitik unterstützt.

(2)³ Zu diesem Zweck wird durch Unionsgesetz in Übereinstimmung mit Artikel 95 eine Europäische Agentur für Rüstung und strategische Forschung gegründet. Ihr Ziel ist die Deckung des operativen Bedarfs durch die Förderung einer abgestimmten Beschaffungspolitik der Mitgliedstaaten, die Unterstützung von verteidigungstechnischer Forschung, auch auf dem Gebiet der militärischen Weltraumsysteme, und die Stärkung der industriellen und technologischen Grundlage des Verteidigungssektors der Union. Die Agentur baut auf den bereits existierenden Formen der Rüstungszusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten auf.

Artikel 129 (Beschlussverfahren im Rahmen des GASP-Kapitels)

(1)⁴ Der Europäische Rat bestimmt auf Vorschlag des Rates, des Europäischen Ministers für auswärtige Angelegenheiten oder eines Mitgliedstaates die allgemeinen strategischen Ziele und Interessen der Union und legt die allgemeinen Parameter und Leitlinien für die Handlungen der Union fest.

(2)¹ Der Rat trifft auf Grundlage der vom Europäischen Rat definierten allgemeinen Leitlinien die notwendigen Entscheidungen zur Festlegung und Durchführung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Der Rat bestimmt insbesondere das Konzept der Union für eine bestimmte Frage geographischer oder thematischer Art.

(3) Der Europäische Minister für auswärtige Angelegenheiten nimmt ohne Stimmrecht an allen

¹ Vgl. Artikel 17 Absatz 4 EU.

² Vgl. Artikel 17 Absatz 1, Unterabsatz 3 EU.

³ Vgl. die Empfehlung in Rn. 64 des Abschlussberichts der Konventsarbeitsgruppe VIII „Verteidigung“.

⁴ Vgl. Artikel 13 Absatz 1 EU.

Sitzungen des Rates im Rahmen dieses Kapitels teil.

(4) Im Rahmen dieses Kapitels entscheidet der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag des Europäischen Ministers für auswärtige Angelegenheiten.

²Jedoch werden Beschlüsse mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen auf Vorschlag des Europäischen Ministers für auswärtige Angelegenheiten oder eines Mitgliedstaates einstimmig vom Rat gefasst. Die Stimmenthaltung von anwesenden oder vertretenen Mitgliedern steht dem Zustandekommen dieser Beschlüsse nicht entgegen.

Bei einer Stimmenthaltung kann jedes Ratsmitglied zu seiner Enthaltung eine förmliche Erklärung im Sinne dieses Unterabsatzes abgeben. In diesem Fall ist es nicht verpflichtet, den Beschluss durchzuführen, akzeptiert jedoch, dass der Beschluss für die Union bindend ist. Im Geiste gegenseitiger Solidarität unterlässt der betreffende Mitgliedstaat alles, was dem auf diesem Beschluss beruhenden Vorgehen der Union zuwiderlaufen oder es behindern könnte, und die anderen Mitgliedstaaten respektieren seinen Standpunkt. Verfügen die Mitglieder des Rates, die sich auf diese Weise enthalten, über mehr als ein Drittel der Bevölkerung der Union, so wird der Beschluss nicht angenommen.

(5)³ In den Fällen, in denen eine rasche Entscheidung notwendig ist, insbesondere im Bereich des Krisenmanagements⁴, beruft der Europäische Minister für auswärtige Angelegenheiten von sich aus oder auf Antrag des Rates, der Kommission oder eines Mitgliedstaates innerhalb von 48 Stunden, bei absoluter Notwendigkeit in kürzerer Zeit, eine außerordentliche Tagung des Rates ein.

Artikel 130 (Durchführung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik)

¹ Vgl. Artikel 13 Absatz 3 und 15 EU.

² Vgl. 23 Absatz 1 EU (wie durch den Vertrag von Nizza geändert).

³ Vgl. Artikel 22 Absatz 2 EU.

⁴ Vgl. Rn. 52 b) des Abschlussberichts der Konventsarbeitsgruppe VIII „Verteidigung“, welcher eine Stärkung der Rolle des Hohen Repräsentanten (oder der ihn ersetzenden Person), insbesondere ein Initiativrecht im Bereich des Krisenmanagement, empfiehlt, .

(1)¹ Der Europäische Minister für auswärtige Angelegenheiten ist für die Durchführung der nach diesem Kapitel gefassten Beschlüsse verantwortlich; vorbehaltlich von Artikel 120 Absatz 1 und 3, legt er im Rahmen dieser Aufgabe grundsätzlich den Standpunkt der Union in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen dar.

(2)² Auf Vorschlag des Europäischen Ministers für auswärtige Angelegenheiten kann der Rat einen Sonderbeauftragten für besondere politische Fragen ernennen.

Artikel 131 (Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee)³

(1) Ein Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee verfolgt die internationale Lage in den Bereichen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und trägt auf Ersuchen des Rates, des Europäischen Ministers für auswärtige Angelegenheiten oder von sich aus durch an den Rat gerichtete Stellungnahmen zur Festlegung der Politiken bei. Ferner überwacht es die Durchführung vereinbarter Politiken; dies gilt unbeschadet der Zuständigkeiten des Europäischen Minister für auswärtige Angelegenheiten.

(2) Im Rahmen dieses Kapitels nimmt das Komitee unter der Verantwortung des Europäischen Ministers für auswärtige Angelegenheiten die politische Kontrolle und strategische Leitung von Operationen zur Krisenbewältigung wahr.

(3) Auf Vorschlag des Europäischen Ministers für auswärtige Angelegenheiten kann der Rat das Komitee für den Zweck und die Dauer einer Operation zur Krisenbewältigung, die vom Rat festgelegt wird, ermächtigen, geeignete Beschlüsse hinsichtlich der politischen Kontrolle und strategischen Leitung der Operation zu fassen.

Artikel 132 (UN-Sicherheitsrat)⁴

¹ Vgl. Artikel 18 Absatz 2 EU.

² Vgl. Artikel 18 Absatz 5 EU.

³ Vgl. Artikel 25, in der Fassung des Vertrages von Nizza.

⁴ Vgl. Artikel 19 Absatz 2 Unterabsatz 2 EU.

(1) Die Mitgliedstaaten, die auch Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sind, werden sich abstimmen und die übrigen Mitgliedstaaten in vollem Umfang unterrichten.

(2) Die Mitgliedstaaten, die ständige Mitglieder des Sicherheitsrates sind, werden sich bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unbeschadet ihrer Verantwortlichkeiten aufgrund der Charta der Vereinten Nationen für die Standpunkte und Interessen der Union einsetzen.

Artikel 133 (Beteiligung des Europäischen Parlaments)¹

(1) Der Europäische Minister für auswärtige Angelegenheiten hört das Europäische Parlament zu den wichtigsten Aspekten und den grundlegenden Weichenstellungen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und achtet darauf, dass die Auffassungen des Europäischen Parlaments gebührend berücksichtigt werden.

(2) Das Europäische Parlament wird vom Europäischen Minister für auswärtige Angelegenheiten regelmäßig über die Entwicklung der Außen- und Sicherheitspolitik der Union unterrichtet.

(3) Das Europäische Parlament kann Anfragen oder Empfehlungen an den Europäischen Minister für auswärtige Angelegenheiten oder den Rat richten. Einmal jährlich führt es eine Aussprache über die Fortschritte bei der Durchführung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Artikel 134 (Besondere Finanzierungsbestimmungen)

(1)² Die operativen Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieser Vorschriften gehen zulasten des Haushalts der Union, mit Ausnahme der Ausgaben aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen und von Fällen, in denen der Rat einstimmig etwas anderes beschließt.

(2)³ In Fällen, in denen die Ausgaben nicht zulasten des Haushalts der Union gehen, gehen sie nach

¹ Vgl. Artikel 21 EU.

² Vgl. Artikel 28 Absatz 3, Unterabsatz 1 EU.

³ Vgl. Artikel 28 Absatz 3, Unterabsatz 2 EU.

dem Bruttosozialprodukt-Schlüssel zulasten der Mitgliedstaaten, sofern der Rat nicht einstimmig etwas anderes beschließt. Die Mitgliedstaaten, deren Vertreter im Rat eine förmliche Erklärung nach Artikel 129 Absatz 4, Unterabsatz 3 abgegeben haben, sind nicht verpflichtet, zur Finanzierung von Ausgaben für Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen beizutragen.

I. Titel IX: Die Union und ihre Nachbarn¹

Artikel 135 (Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete; Europäische Partnerschaft; Assoziierung mit Drittstaaten und internationalen Organisationen)

(1)² Die außereuropäischen Länder und Hoheitsgebiete, die mit Dänemark, Frankreich, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich besondere Beziehung unterhalten, sind in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Zweiten Teils dieser Verfassung der Union zu assoziieren. Diese Länder und Hoheitsgebiete sind im Anhang II zu dieser Verfassung aufgeführt.

Ziel der Assoziierung ist die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Länder und Hoheitsgebiete und die Herstellung enger Wirtschaftsbeziehungen zwischen ihnen und der gesamten Union. Entsprechend den Werten der Union soll die Assoziierung in erster Linie den Interessen der Einwohner dieser Länder und Hoheitsgebiete dienen und ihren Wohlstand fördern, um sie der von ihnen erstrebten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung entgegenzuführen.

(2) Die Union kann mit ihren benachbarten Staaten besondere Assoziierungsabkommen („Europäische Partnerschaft“) eingehen, die neben der Ausdehnung einzelner oder aller Regeln des Binnenmarkts oder der Unionspolitiken auch die Gründung von gemeinsamen Organen vorsehen können³.

(3) Die Union kann mit einem oder mehreren Staaten oder einer oder mehreren internationalen Organisationen Abkommen schließen, die eine Assoziierung mit gegenseitigen Rechten und

¹ Vorgeschlagen durch Titel IX des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums.

² Vgl. Artikel 182 EG.

³ Dieses folgt aus der Kurzzusammenfassung von Artikel 42 des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums, welche die Möglichkeit einer „besonderen Beziehung zwischen der Union und ihren Nachbarstaaten“ vorsieht. Siehe auch Rn. 6 des EVP-Kongressdokuments „Eine Verfassung für ein starkes Europa“, in dem die EVP eine dem EWR ähnliche europäische Partnerschaft vorschlägt, die allerdings eine politische Komponente beinhaltet.

Pflichten, gemeinsamem Vorgehen und besonderen Verfahren herstellen¹.

¹ Vgl. Artikel 310 EG.

Artikel 136 (Offenheit für neue Mitgliedstaaten)²

Die Union steht allen europäischen Staaten offen, welche die Werte der Union teilen und sie gemeinsam umsetzen möchten, die Charta der Grundrechte strikt respektieren und die Regeln, nach denen die Union funktioniert, akzeptieren.

Artikel 137 (Beitritt von neuen Mitgliedstaaten)³

(1) Ein Antrag auf Mitgliedschaft in der Union ist an die Kommission zu richten.

(2) Die Aufnahmebedingungen werden durch ein Abkommen zwischen der Union und dem antragstellenden Staat geregelt. Abweichend von Artikel 124 bedarf ein solches Abkommen eines einstimmigen Beschlusses des Rates und der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des

¹ Übernimmt Titel X „Die Zugehörigkeit zur Union“ des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums. Dieses Diskussionspapier sieht bewusst kein Verfahren für einen freiwilligen Austritt vor, wie in Art. 46 des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums vorgeschlagen. Erstens müsste die Notwendigkeit und die Erwünschtheit solch eines Verfahrens – welches nicht Teil des *acquis communautaire* ist – zunächst einmal erörtert werden. Zweitens sollte die Auswirkung eines Austrittsrechts auf den Charakter der Union und die gegenseitige Verpflichtung zur Solidarität beachtet werden. Drittens sollte die Vereinbarkeit eines solchen Verfahrens mit anderen Vorschriften dieser Verfassung untersucht werden, insbesondere mit den Vorschriften, welche die „Unumkehrbarkeit“ und „Unwiderruflichkeit“ der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion verankern (vgl. das Protokoll über den Übergang zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion). Viertens: Wenn ein Austrittsrecht in die Verfassung aufgenommen wird, müsste auch die Möglichkeit des Ausschlusses eines Mitglieds geprüft werden – derzeit sieht der *acquis* nur eine Aussetzung der mit der Mitgliedschaft verbundenen Rechte vor, welche die Mitgliedschaft in der Union als solche unberührt lässt. All diese Streitfragen sollten umfangreich im Plenum des Konvents diskutiert werden. Dieses Diskussionspapier sieht nur aus bestimmten praktischen Gründen ein spezielles Austrittsrecht im Zusammenhang mit zukünftigen Änderungen der Verfassung vor.

² Vgl. Artikel 49 Absatz 1, Satz 1 EU und Artikel 43 des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums.

³ Vgl. Artikel 49 Absatz 1, Satz 2, Absatz 2 EU und Artikel 44 des Vorentwurfs des

Europäischen Parlaments.

(3) Artikel 143 gilt für die Anpassungen dieser Verfassung, die eine solche Aufnahme zur Folge hat. Das in Artikel 143 Absatz 2 vorgesehene Verfahren kann auf Vorschlag der Kommission mit Billigung des Rates und Zustimmung des Europäischen Parlaments auf sechs Monate verkürzt werden.

Artikel 138 (Aussetzung der mit der Unionsmitgliedschaft verbundenen Rechte)¹

(1) Auf begründeten Vorschlag eines Drittels der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments oder der Kommission kann der Rat mit der Mehrheit von vier Fünfteln seiner Mitglieder nach Zustimmung des Europäischen Parlaments feststellen, dass die eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der in Artikel 57 Absatz 1 genannten Grundsätze durch einen Mitgliedstaat besteht, und an diesen Mitgliedstaat geeignete Empfehlungen richten. Der Rat hört, bevor er eine solche Feststellung trifft, den betroffenen Mitgliedstaat und kann nach demselben Verfahren unabhängige Persönlichkeiten ersuchen, innerhalb einer angemessenen Frist einen Bericht über die Lage in dem betreffenden Mitgliedstaat vorzulegen.

Der Rat überprüft regelmäßig, ob die Gründe, die zu dieser Feststellung geführt haben, noch zutreffen.

(2) Auf Vorschlag eines Drittels der Mitgliedstaaten oder der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments kann der Rat, der in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs tagt, einstimmig feststellen, dass eine schwerwiegende und anhaltende Verletzung der in Artikel 57 Absatz 1 genannten Grundsätze durch einen Mitgliedstaat vorliegt, nachdem er die Regierung des betroffenen Mitgliedstaates zu einer Stellungnahme aufgefordert hat.

(3) Wurde eine Feststellung nach Absatz 2 getroffen, so kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit beschließen, bestimmte Rechte auszusetzen, die sich aus der Anwendung dieser Verfassung auf den betroffenen Mitgliedstaat herleiten, einschließlich der Stimmrechte des Vertreters der Regierung dieses Mitgliedstaats im Rat. Dabei berücksichtigt er die möglichen Auswirkungen einer solchen

Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums.

Aussetzung auf die Rechte und Pflichten natürlicher und juristischer Personen.

Die sich aus dieser Verfassung ergebenden Verpflichtungen des betroffenen Mitgliedstaates sind für diesen auf jeden Fall weiterhin verbindlich.

(4) Der Rat kann zu einem späteren Zeitpunkt mit qualifizierter Mehrheit beschließen, nach Absatz 3 getroffene Maßnahmen abzuändern oder aufzuheben, wenn in der Lage, die zur Verhängung dieser Maßnahmen geführt hat, Änderungen eingetreten sind.

(5) Für die Zwecke dieses Artikels handelt der Rat ohne Berücksichtigung der Stimme des Vertreters der Regierung des betroffenen Mitgliedstaats. Die Stimmenthaltung von anwesenden oder vertretenen Mitgliedern steht dem Zustandekommen von Beschlüssen nach Absatz 2 nicht entgegen. Artikel 112 Absatz 2 findet ohne Berücksichtigung des betroffenen Mitgliedstaats Anwendung.

Dieser Absatz gilt auch, wenn Stimmrechte nach Absatz 3 ausgesetzt werden.

(6) Für die Zwecke der Absätze 1 und 2 beschließt das Europäische Parlament mit der Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen und mit der Mehrheit seiner Mitglieder.

III.

¹ Vgl. Artikel 7 EU (in der Fassung des Vertrages von Nizza) und Artikel 309 EG.

A. Titel XI: Allgemeine und Schlussbestimmungen¹

Artikel 139 (Rechtliche Kontinuität im Verhältnis zu den Europäischen Gemeinschaften und Europäischen Union)²

(1) Die mit dieser Verfassung begründete Europäische Union ist Rechtsnachfolgerin der Europäischen Gemeinschaft, der Europäischen Atomgemeinschaft und der durch den Vertrag von Maastricht begründeten Europäischen Union .

(2) Die Europäische Gemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft werden mit Inkrafttreten dieser Verfassung liquidiert. Die Europäische Union übernimmt alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft.

(3) Diese Verfassung beruht auf und ersetzt den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, den Vertrag über die Europäische Union sowie alle nachfolgenden Vertragsänderungen und alle Beitrittsverträge. Sie erhält den durch diese Verträge begründeten Besitzstand vollständig aufrecht und entwickelt ihn weiter zu einer Verfassungsunion³.

Artikel 140 (Geltungsbereich der Verfassung)⁴

(1) Diese Verfassung gilt für das Königreich Belgien, das Königreich Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, die Griechische Republik, das Königreich Spanien, die Französische

¹ **Dritter Teil wie vorgeschlagen im Vorentwurf des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums. Die Nummern der folgenden Artikel werden von der Länge und der endgültigen Position des Zweiten Teil der Verfassung abhängen.**

² **Vgl. Artikel x des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums. In diesem Diskussionsentwurf wird die Aufhebung der vorherigen Verträge bereits in Artikel 56 Absatz 3 der Verfassung behandelt.**

³ **Vgl. Artikel x des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums, welcher die Aufhebung der vorherigen Verträge behandeln soll.**

⁴ Art. 299 EG, 198 EURATOM. Vgl. **Art. x + 1 des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums.**

Republik, Irland, die Italienische Republik, das Großherzogtum Luxemburg, das Königreich der Niederlande, die Republik Österreich, die Portugiesische Republik, die Republik Finnland, das Königreich Schweden und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland. [*die Beitrittsstaaten werden nach vollendeten Beitritt hinzugefügt*]

(2) Diese Verfassung gilt für die französischen überseeischen Departements, die Azoren, Madeira und die Kanarischen Inseln.

Unter Berücksichtigung der strukturbedingten sozialen und wirtschaftlichen Lage der französischen überseeischen Departements, der Azoren, Madeiras und der kanarischen Inseln, die durch die Faktoren Abgelegenheit, Insellage, geringe Größe, schwierige Relief- und Klimabedingungen und wirtschaftliche Abhängigkeit von einigen wenigen Erzeugnissen erschwert wird, die als ständige Gegebenheiten und durch ihr Zusammentreffen die Entwicklung schwer beeinträchtigen, regelt ein Unionsgesetz spezifische Maßnahmen, die insbesondere darauf abzielen, die Bedingungen für die Anwendung dieser Verfassung auf die genannten Gebiete, einschließlich gemeinsamer Politiken, festzulegen.

Das Unionsgesetz nach Unterabsatz 2 berücksichtigt Bereiche wie Zoll- und Handelspolitik, Steuerpolitik, Freizonen, Agrar- und Fischereipolitik, die Bedingungen für die Versorgung mit Rohstoffen und grundlegenden Verbrauchsgütern, staatliche Beihilfen sowie die Bedingungen für den Zugang zu den Strukturfonds und zu den horizontalen Unionsprogrammen.

Das in Unterabsatz 2 genannte Unionsgesetz berücksichtigt die besonderen Merkmale und Zwänge der Gebiete in äußerster Randlage, ohne dabei die Integrität und Kohärenz der Rechtsordnung der Union, die auch den Binnenmarkt und die gemeinsamen Politiken umfasst, auszuhöhlen.

(3) Für die in Anhang I zu dieser Verfassung aufgeführten überseeischen Länder und Hoheitsgebiete gilt das besondere Assoziierungssystem, das in Artikel 135 Absatz 1 und im Zweiten Teil der Verfassung festgelegt ist.

Diese Verfassung findet keine Anwendung auf die überseeischen Länder und Hoheitsgebiete, die besondere Beziehungen zum Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland unterhalten und die in dem genannten Anhang nicht aufgeführt sind.

(4) Diese Verfassung findet auf die europäischen Hoheitsgebiete Anwendung, deren auswärtige Beziehungen ein Mitgliedstaat wahrnimmt.

(5) Diese Verfassung findet entsprechend den Bestimmungen des Protokolls Nr. 2 zur Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schwedens auf die Ålandinseln Anwendung.

(6) Abweichend von den vorstehenden Absätzen gilt:

- a) diese Verfassung findet auf die Färöer keine Anwendung;
- b) diese Verfassung findet auf die Hoheitszonen des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland auf Zypern keine Anwendung;
- c) diese Verfassung findet auf die Kanalinseln und die Insel Man nur insoweit Anwendung, als dies erforderlich ist, um die Anwendung der Regelung sicherzustellen, die in dem am 22. Januar 1972 unterzeichneten Vertrag über den Beitritt neuer Mitgliedstaaten zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft für diese Inseln vorgesehen ist.

Artikel 141 (Eigentumsordnung)¹

Diese Verfassung lässt die Eigentumsordnung in den verschiedenen Mitgliedstaaten unberührt.

Artikel 142 (Zweiter Teil und Protokolle als Bestandteil dieser Verfassung)²

(1) Der Zweite Teil der Verfassung und die der Verfassung beigefügten Protokolle (Anhang I) sind Bestandteile dieser Verfassung. Soweit nichts anderes bestimmt ist, findet auf sie das Verfahren der

¹ **Vgl. Artikel 295 EG. Diese wichtige Bestimmung ist im aktuellen Vorentwurf des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums nicht enthalten.**

² **Vgl. Artikel 311 EG und vgl. Artikel x + 2 des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags des**

Änderung der Verfassung nach Artikel 143 Anwendung.

(2) Verweise in diesen Protokollen auf den Vertrag über die Europäische Union oder auf die Verträge der Europäischen Gemeinschaften gelten als Verweise auf die entsprechenden Bestimmungen in dieser Verfassung. Die Kommission erstellt eine konsolidierte Fassung dieser Protokolle.

Artikel 143 (Verfahren der Änderung der Verfassung)¹

(1) Die Regierung jedes Mitgliedstaates, das Europäische Parlament und die Kommission können dem Rat Entwürfe zur Änderung der Verfassung vorlegen.

(2) Die Verfassungsänderung wird durch einen Verfassungskonvent vorbereitet, der vom Rat nach Anhörung des Europäischen Parlaments und der Kommission einberufen wird, und innerhalb eines Jahres ein Abschlussdokument mit einem konkreten Textvorschlag erarbeitet.

Der Verfassungskonvent setzt sich wie folgt zusammen:

- ein Präsident des Konvents, der vom Rat mit Zustimmung des Parlaments ernannt wird;
- ein Vertreter, der von der Regierung jedes Mitgliedstaats entsandt wird;
- zwei Vertreter, die von den nationalen Parlamenten jedes Mitgliedstaates entsandt werden;
- 54 Mitglieder² des Europäischen Parlaments;

Konventspräsidiums.

¹ Nimmt die Konventmethode in die Verfassung auf, wie auch von der Konventsarbeitsgruppe IV „Die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente“ (Abschlussbericht, Rn. 28) vorgeschlagen. **Vgl. ebenfalls Artikel x + 3 des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums.**

² In der derzeitigen Union mit 15 Mitgliedstaaten kann das Europäische Parlament 30 Vertreter in den Konvent entsenden. In einer Union mit 27 Mitgliedern wäre 54 die entsprechende Anzahl.

- vier Mitglieder der Europäischen Kommission.

Bei institutionellen Änderungen im Währungsbereich wird außerdem ein Vertreter der EZB an den Konventsarbeiten beteiligt¹.

Der Präsident des Europäischen Gerichtshofs, der Präsident des Europäischen Rechnungshofs, der Präsident des Ausschusses der Regionen und der Präsident des Wirtschafts- und Sozialausschusses und der Europäische Bürgerbeauftragte können je einen Beobachter in den Verfassungskonvent entsenden.

(3) Die vom Verfassungskonvent beschlossene Verfassungsänderung wird von einer Konferenz von Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten bestätigt, die der Präsident des Rates unmittelbar im Anschluss an den Konvent einberuft.

(4) Die Verfassungsänderung tritt in Kraft, nachdem das Europäische Parlament zugestimmt hat und sie von einer Mehrheit der Mitgliedstaaten, welche vier Fünftel der Bevölkerung der Union repräsentieren, gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften ratifiziert worden ist².

Artikel 144 (Geltungsdauer)³

Diese Verfassung gilt auf unbestimmte Zeit.

Artikel 145 (Ratifizierung der Verfassung und Inkrafttreten)⁴

¹ Vgl. Artikel 48 Absatz 2 Satz 2 EU.

² Vgl. Artikel 47 des Hermann-Berichts des Europäischen Parlaments. **Sollte weiter diskutiert werden.**

³ **Vgl. Artikel 312 EG. Vgl. ebenfalls Artikel x + 5 des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums.**

⁴ **Vgl. Artikel 52 EU. Vgl. ebenfalls Art. 47 des Hermann-Berichts des Europäischen Parlaments. Eine Ratifizierungsklausel ist ebenfalls in Artikel x + 4 des Vorentwurfs des**

(1) Diese Verfassung bedarf der Ratifizierung durch die Hohen Vertragsparteien gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften. Die Ratifizierungsurkunden werden bei der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt.

(2) Für die Mitgliedstaaten, die ratifiziert haben, tritt diese Verfassung am ersten Tag des auf die Hinterlegung des zwölften Unterzeichnerstaates, der diesen Schritt unternimmt, folgenden Monats in Kraft. Die anderen Mitgliedstaaten müssen innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieser Verfassung entscheiden, ob sie Mitglieder der Union auf der Grundlage dieser Verfassung sein möchten oder die Union verlassen wollen. Besondere Assoziierungsabkommen (Artikel 116) werden mit den Mitgliedstaaten geschlossen, die sich zum Verlassen der Union entschlossen haben¹.

Artikel 146 (Verbindlichkeit des Wortlauts)

(1) Diese Verfassung ist in einer Urschrift in *tschechischer*, dänischer, niederländischer, englischer, *estnischer*, finnischer, französischer, deutscher, griechischer, *ungarischer*, irischer, italienischer, *lettischer*, *litauischer*, *maltesischer*, *polnischer*, portugiesischer, *slowakischer*, *slowenischer*, spanischer, und schwedischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Sie wird im Archiv der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt; diese übermittelt der Regierung jedes anderen Unterzeichnerstaates eine beglaubigte Abschrift².

(2) Jeder Unionsbürger erhält von dem Mitgliedstaat, in dem er seinen Wohnsitz hat, ein kostenloses Exemplar dieser Verfassung in der oder den Amtssprache(n) dieses Mitgliedsstaats.

Geschehen zu Rom am _____ 2003.

Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums vorgesehen.

¹ Sollte weiter diskutiert werden.

² **Vgl. Artikel 314 EG. Vgl. ebenfalls Artikel x + 6 des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums.**

IV. zweiter teil:
spezial- und durchführungsvorschriften¹

¹ Der Vorentwurf des Verfassungsvertrags des Konventspräsidiums schlägt für den Zweiten Teil den Titel „Die Politikbereiche und die Durchführung der Maßnahmen der Union“ vor. Aufgrund des Vorschlags dieses Diskussionspapiers, alle Machtfragen (einschließlich der Kompetenzen und maßgeblichen Rechtsgrundlagen) in den Ersten Teil der Verfassung aufzunehmen, erscheint der Titel „Spezial- und Durchführungsvorschriften“ passender. Dieses Diskussionspapier übernimmt in den Zweiten Teil diejenigen Bestimmungen des gemeinschaftlichen Besitzstandes, die nicht in den Ersten Teil aufgenommen worden sind, um dort einen kurzen und präzisen Verfassungstext zu erreichen. Der Zweite Teil beinhaltet Spezialvorschriften für den Binnenmarkt und Vorschriften über spezielle Tätigkeitsbereiche der Union, wie z.B. WWU oder EURATOM, bei denen besondere Regeln und Verfahren Anwendung finden. Fußnoten verweisen auf die Herkunft der Bestimmungen im gemeinschaftlichen Besitzstand; soweit der Wortlaut vom Besitzstand abweicht, ist er kursiv gesetzt.

A. Titel I: Binnenmarkt¹

1. Kapitel 1: Freizügigkeit und freier Dienstleistungsverkehr

Artikel II-1 (Arbeitnehmerfreizügigkeit)²

- (1) Innerhalb der *Union* ist die Freizügigkeit der Arbeitnehmer gewährleistet.
- (2) Sie umfasst die Abschaffung jeder auf der Staatsangehörigkeit beruhenden unterschiedlichen Behandlung der Arbeitnehmer der Mitgliedstaaten in Bezug auf Beschäftigung, Entlohnung und sonstige Arbeitsbedingungen.
- (3) Sie gibt – vorbehaltlich der aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit gerechtfertigten Beschränkungen – den Arbeitnehmern das Recht:
- (a) sich um tatsächlich angebotenen Stellen zu bewerben;
 - (b) sich zu diesem Zweck im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen;
 - (c) sich in einem Mitgliedstaat aufzuhalten, um dort nach den für die Arbeitnehmer dieses Staates geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften eine Beschäftigung auszuüben;
 - (d) nach Beendigung einer Beschäftigung im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats unter Bedingungen zu verbleiben, welche die Kommission in Durchführungsverordnungen festlegt.
- (4) Dieser Artikel findet keine Anwendung auf die Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung.

Artikel II-2 (Niederlassungsfreiheit)

¹ Dieses Diskussionspapier schlägt vor, in der Verfassung „Gemeinsamer Markt“ durch „Binnenmarkt“ durchweg zu ersetzen. Siehe die Fn. zu Artikel 59 der Verfassung.

² Vgl. Artikel 39 EG.

(1)¹ Die Beschränkungen der freien Niederlassung von Staatsangehörigen eines Mitgliedstaats im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats sind nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen verboten. Das Gleiche gilt für Beschränkungen der Gründung von Agenturen, Zweigniederlassungen oder Tochtergesellschaften durch Angehörige eines Mitgliedstaats, die im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats ansässig sind.

(2)² Vorbehaltlich des Kapitels über den Kapitalverkehr umfasst die Niederlassungsfreiheit die Aufnahme und Ausübung selbständiger Erwerbstätigkeiten sowie die Gründung und Leitung von Unternehmen, insbesondere von Gesellschaften im Sinne des *Artikels II-4*, nach den Bestimmungen des Aufnahmestaats für seine eigenen Angehörigen.

(3)³ Die Bestimmungen dieses *Artikels* und die aufgrund desselben getroffenen Maßnahmen beeinträchtigen nicht die Anwendbarkeit der Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die eine Sonderregelung für Ausländer vorsehen und aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit gerechtfertigt sind.

(4)⁴ Auf Tätigkeiten, die in einem Mitgliedstaat dauernd oder zeitweise mit der Ausübung öffentlicher Gewalt verbunden sind, finden die Bestimmungen dieses *Artikels* in dem betreffenden Mitgliedstaat keine Anwendung.

Artikel II-3 (Dienstleistungsfreiheit)

(1)¹ Die Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs innerhalb der *Union* für Angehörige der Mitgliedstaaten, die in einem anderen Staat der *Union* als demjenigen des Leistungsempfängers ansässig sind, sind nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen verboten.

Ein Unionsgesetz kann die Anwendung der Bestimmungen dieses *Artikels* auf Erbringer von Dienstleistungen ausweiten, welche die Staatsangehörigkeit eines dritten Landes besitzen und

¹ Vgl. Artikel 43 Absatz 1 EG.

² Vgl. Artikel 43 Absatz 2 EG.

³ Vgl. Artikel 46 Absatz 1 EG.

⁴ Vgl. Artikel 45 Absatz 1 EG.

innerhalb der *Union* ansässig sind.

(2)² Dienstleistungen im Sinne *dieser Verfassung* sind Leistungen, die in der Regel gegen Entgelt erbracht werden, soweit sie nicht den Vorschriften über den freien Waren- und Kapitalverkehr und über die Freizügigkeit der Personen unterliegen.

Als „Dienstleistungen“ gelten insbesondere:

- (a) gewerbliche Tätigkeiten;
- (b) kaufmännische Tätigkeiten;
- (c) handwerkliche Tätigkeiten;
- (d) freiberufliche Tätigkeiten.

Unbeschadet des *Artikels* über die Niederlassungsfreiheit kann der Leistende zwecks Erbringung seiner Leistungen seine Tätigkeit vorübergehend in dem Staat ausüben, in dem die Leistung erbracht wird, und zwar unter den Voraussetzungen, welcher dieser Staat für seine eigenen Angehörigen vorschreibt.

(3)³ Die Bestimmungen des *Artikels II-2 Abs. 3 und 4* finden auf das in diesem *Artikel* geregelte Sachgebiet Anwendung.

(4)⁴ Für den freien Dienstleistungsverkehr auf dem Gebiet des Verkehrs gelten die Bestimmungen des *Kapitels* über den Verkehr und *die Bestimmungen der Gemeinsamen Verkehrspolitik*.

Artikel II-4 (Anwendung auf Gesellschaften)⁵

¹ Vgl. Artikel 49 EG.

² Vgl. Artikel 50 EG.

³ Vgl. Artikel 55 EG.

⁴ Vgl. Artikel 51 Absatz 1 EG.

⁵ Vgl. Artikel 48 Absatz 1 EG.

(1) Für die Anwendung der *Artikel II-2 und II-3* stehen die nach den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats gegründeten Gesellschaften, die ihren satzungsmäßigen Sitz, ihre Hauptverwaltung oder ihre Hauptniederlassung innerhalb der *Union* haben, den natürlichen Personen gleich, die Angehörige der Mitgliedstaaten sind.

(2) Als „Gesellschaften“ gelten die Gesellschaften des bürgerlichen Rechts und des Handelsrechts einschließlich der Genossenschaften und sonstigen juristischen Personen des öffentlichen und privaten Rechts mit Ausnahme derjenigen, die keinen Erwerbszweck verfolgen.

2. Kapitel 2: Warenverkehrsfreiheit

Artikel II-5 (Zollunion)

(1)¹ Grundlage der *Union* ist eine Zollunion, die sich auf den gesamten Warenaustausch erstreckt; sie umfasst das Verbot, zwischen den Mitgliedstaaten Ein- und Ausfuhrzölle und Abgaben gleicher Wirkung zu erheben, sowie die Einführung eines gemeinsamen Zolltarifs gegenüber dritten Ländern.

(2)² Die Bestimmungen der *Artikel II-6 und II-8* gelten für die aus den Mitgliedstaaten stammenden Waren sowie für diejenigen Waren aus dritten Ländern, die sich in den Mitgliedstaaten im freien Verkehr befinden.

(3)³ Als im freien Verkehr eines Mitgliedstaats befindlich gelten diejenigen Waren aus dritten Ländern, für die in dem betreffenden Mitgliedstaat die Einfuhr-Förmlichkeiten erfüllt sowie die vorgeschriebenen Zölle und Abgaben gleicher Wirkung erhoben und nicht ganz oder teilweise rückvergütet worden sind.

¹ Vgl. Artikel 23 Absatz 1 EG.

² Vgl. Artikel 23 Absatz 2 EG.

³ Vgl. Artikel 24 EG.

Artikel II-6 (Verbot von Zöllen)¹

Ein- und Ausfuhrzölle oder Abgaben gleicher Wirkung sind zwischen den Mitgliedstaaten verboten. Dieses Verbot gilt auch für Finanzzölle.

Artikel II-7 (Verbot von mengenmäßigen Beschränkungen)

(1)² Mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen sowie alle Maßnahmen gleicher Wirkung sind zwischen den Mitgliedstaaten verboten.

(2)³ Mengenmäßige Ausfuhrbeschränkungen sowie alle Maßnahmen gleicher Wirkung sind zwischen den Mitgliedstaaten verboten.

(3)⁴ Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 stehen Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverboten nicht entgegen, die aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit, Ordnung und Sicherheit, zum Schutze der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren oder Pflanzen, des nationalen Kulturguts von künstlerischem, geschichtlichem oder archäologischem Wert oder des gewerblichen und kommerziellen Eigentums gerechtfertigt sind. Diese Verbote oder Beschränkungen dürfen jedoch weder ein Mittel zur willkürlichen Diskriminierung noch eine verschleierte Beschränkung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten darstellen.

Artikel II-8 (Umformung staatlicher Handelsmonopole)¹

(1) Die Mitgliedstaaten formen ihre staatlichen Handelsmonopole derart um, dass jede Diskriminierung in den Versorgungs- und Absatzbedingungen zwischen den Angehörigen der Mitgliedstaaten ausgeschlossen ist.

¹ Vgl. Artikel 25 EG.

² Vgl. Artikel 28 EG.

³ Vgl. Artikel 29 EG.

⁴ Vgl. Artikel 30 EG.

Dieser Artikel gilt für alle Einrichtungen, durch die ein Mitgliedstaat unmittelbar oder mittelbar die Einfuhr oder die Ausfuhr zwischen den Mitgliedstaaten rechtlich oder tatsächlich kontrolliert, lenkt oder merklich beeinflusst. Er gilt auch für die von einem Staat auf andere Rechtsträger übertragenen Monopole.

(2) Die Mitgliedstaaten unterlassen jede neue Maßnahme, die den in Absatz 1 genannten Grundsätzen widerspricht oder die Tragweite der Artikel über das Verbot von Zöllen und mengenmäßigen Beschränkungen zwischen den Mitgliedstaaten einschränkt.

(3) Ist mit einem staatlichen Handelsmonopol eine Regelung zur Erleichterung des Absatzes oder der Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse verbunden, so sollen bei der Anwendung dieses Artikels gleichwertige Sicherheiten für die Beschäftigung und Lebenshaltung der betreffenden Erzeuger gewährleistet werden.

3. Kapitel 3: Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit

Artikel II-9 (Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit)

(1)² Im Rahmen der Bestimmungen dieses *Artikels* sind alle Beschränkungen des Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern verboten.

(2)³ Im Rahmen der Bestimmungen dieses *Artikels* sind alle Beschränkungen des Zahlungsverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern verboten.

(3)⁴ Die Bestimmungen der *Absätze 1 und 2* berühren nicht die Anwendung derjenigen Beschränkungen auf dritte Länder, die am 31. Dezember 1993 aufgrund einzelstaatlicher oder gemeinschaftlicher Rechtsvorschriften für den Kapitalverkehr mit dritten Ländern im

¹ Vgl. Artikel 31 EG.

² Vgl. Artikel 56 Absatz 1 EG.

³ Vgl. Artikel 56 Absatz 2 EG.

⁴ Vgl. Artikel 57 Absatz 1 EG.

Zusammenhang mit Direktinvestitionen einschließlich Anlagen in Immobilien, mit der Niederlassung, der Erbringung von Finanzdienstleistungen oder der Zulassung von Wertpapieren zu den Kapitalmärkten bestehen.

(4)¹ Die Bestimmungen von *Absatz 1 und 2* berühren nicht das Recht der Mitgliedstaaten:

- (a) die einschlägigen Vorschriften ihres Steuerrechts anzuwenden, die Steuerpflichtige mit unterschiedlichen Wohnort oder Kapitalanlageort unterschiedlich behandeln;
- (b) die unterlässlichen Maßnahmen zu treffen, um Zuwiderhandlungen gegen innerstaatliche Rechts- und Verwaltungsvorschriften, insbesondere auf dem Gebiet des Steuerrechts und der Aufsicht über Finanzinstitute, zu verhindern, sowie Meldeverfahren für den Kapitalverkehr zwecks administrativer oder statistischer Informationen vorzusehen oder Maßnahmen zu ergreifen, die aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit gerechtfertigt sind.

(5)² Die Bestimmungen dieses Artikels berühren nicht die Anwendbarkeit von Beschränkungen des Niederlassungsrechts, die mit *dieser Verfassung* vereinbar sind.

(6)³ Die in den *Absätzen 4 und 5* genannten Maßnahmen und Verfahren dürfen weder ein Mittel zur willkürlichen Diskriminierung noch eine verschleierte Beschränkung des freien Kapital- und Zahlungsverkehrs im Sinne der *Absätze 1 und 2* darstellen.

4. Kapitel 4: Wettbewerbsregeln

Artikel II-10 (Verbot von Kartellen)⁴

(1) Mit dem *Binnenmarkt* unvereinbar und verboten sind alle Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte

¹ Vgl. Artikel 58 Absatz 1 EG.

² Vgl. Artikel 58 Absatz 2 EG.

³ Vgl. Artikel 58 Absatz 3 EG.

⁴ Vgl. Artikel 81 EG.

Verhaltensweisen, welche den Handel zwischen den Mitgliedstaaten zu beeinträchtigen geeignet sind und eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs innerhalb des *Binnenmarkts* bezwecken oder bewirken, insbesondere:

- (a) die unmittelbare oder mittelbare Festsetzung der An- oder Verkaufspreise oder sonstiger Geschäftsbedingungen;
- (b) die Einschränkung oder Kontrolle der Erzeugung, des Absatzes, der technischen Entwicklung oder der Investitionen;
- (c) die Aufteilung der Märkte oder Versorgungsquellen;
- (d) die Anwendung unterschiedlicher Bestimmungen bei gleichwertigen Leistungen gegenüber Handelspartnern, wodurch diese im Wettbewerb benachteiligt werden;
- (e) die an den Abschluss von Verträgen geknüpfte Bedingung, dass die Vertragspartner zusätzliche Leistung annehmen, die weder sachlich noch nach Handelsgebrauch in Beziehung zum Vertragsgegenstand stehen.

(2) Die nach diesem Artikel verbotenen Vereinbarungen oder Beschlüsse sind nichtig.

(3) Die Bestimmungen des Absatzes 1 können für nicht anwendbar erklärt werden auf:

- Vereinbarungen oder Gruppen von Vereinbarungen zwischen Unternehmen,
- Beschlüsse oder Gruppen von Beschlüssen von Unternehmensvereinigungen,
- aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen oder Gruppen von solchen,

die unter angemessener Beteiligung der Verbraucher an dem entstehenden Gewinn zur Verbesserung der Warenerzeugung oder -verteilung oder zur Förderung des technischen oder wirtschaftlichen Fortschritts beitragen, ohne dass den beteiligten Unternehmen

- (a) Beschränkungen auferlegt werden, die für die Verwirklichung dieser Ziele nicht unerlässlich sind, oder
- (b) Möglichkeiten eröffnet werden, für einen wesentlichen Teil der betreffenden Waren den Wettbewerb auszuschalten.

Artikel II-11 (Verbot der missbräuchlichen Ausnutzung einer beherrschenden Stellung)¹

Mit dem *Binnenmarkt* unvereinbar und verboten ist die missbräuchliche Ausnutzung einer beherrschenden Stellung auf dem *Binnenmarkt* oder auf einem wesentlichen Teil desselben durch ein oder mehrere Unternehmen, soweit dies dazu führen kann, den Handel zwischen den Mitgliedstaaten zu beeinträchtigen.

Dieser Missbrauch kann insbesondere in Folgendem bestehen:

- (a) der unmittelbaren oder mittelbaren Erzwingung von unangemessenen Einkaufs- oder Verkaufspreisen oder sonstigen Geschäftsbedingungen;
- (b) der Einschränkung der Erzeugung, des Absatzes oder der technischen Entwicklung zum Schaden der Verbraucher;
- (c) der Anwendung unterschiedlicher Bedingungen bei gleichwertigen Leistungen gegenüber Handelspartnern, wodurch diese im Wettbewerb benachteiligt werden;
- (d) der an den Abschluss von Verträgen geknüpften Bedingung, dass die Vertragspartner zusätzliche Leistungen annehmen, die weder sachlich noch nach Handelsbrauch in Beziehung zum Vertragsgegenstand stehen.

¹ Vgl. Artikel 82 EG.

Artikel II-12 (Ausschließliche Zuständigkeit der Kommission)¹

(1) Die Kommission achtet auf die Verwirklichung der in den *Artikeln II-10 und II-11* niedergelegten Grundsätze. Sie untersucht auf Antrag eines Mitgliedstaats oder von Amts wegen in Verbindung mit den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, die ihr Amtshilfe zu leisten haben, die Fälle, in denen Zuwiderhandlungen gegen diese Grundsätze vermutet werden. Stellt sie eine Zuwiderhandlung fest, so schlägt sie geeignete Mittel vor, um diese abzustellen.

(2) Wird die Zuwiderhandlung nicht abgestellt, so trifft die Kommission in einer mit Gründen versehenen Entscheidung die Feststellung, dass eine derartige Zuwiderhandlung vorliegt. Sie kann die Entscheidung veröffentlichen und die Mitgliedstaaten ermächtigen, die erforderlichen Abhilfemaßnahmen zu treffen, deren Bedingungen und Einzelheiten sie festlegt.

(3) *Absatz 1 und 2 gelten ungeachtet eines Unionsgesetzes, das ausführlichere Regelungen trifft, welche insbesondere der Kommission erlauben, sich an nationale Kartellbehörden zu wenden.*

Artikel II-13 (Öffentliche Unternehmen)²

(1) Die Mitgliedstaaten werden in Bezug auf öffentliche Unternehmen und auf Unternehmen, denen sie besondere oder ausschließliche Rechte gewähren, keine dieser *Verfassung* und insbesondere den *Artikeln 22 Absatz 2 und II-10 bis II-15* widersprechende Maßnahmen treffen oder beibehalten.

(2) Für Unternehmen, die mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind oder den Charakter eines Finanzmonopols haben, gelten die Vorschriften dieser *Verfassung*, insbesondere die Wettbewerbsregeln, soweit die Anwendung dieser Vorschriften nicht die Erfüllung der ihnen übertragenen besonderen Aufgabe rechtlich oder tatsächlich verhindert. Die Entwicklung des Handelsverkehrs darf nicht in einem Ausmaß beeinträchtigt werden, das dem Interesse der *Union* zuwiderläuft.

¹ Vgl. Artikel 85 EG. Der Verweis in Absatz 1 auf Artikel 84 EG wurde gestrichen und - im Hinblick auf die aktuellen Entwicklungen im EG-Kartellrecht - durch einen neuen Absatz 3 ersetzt.

² Vgl. Artikel 86 EG.

(3) Die Kommission achtet auf die Anwendung dieses Artikels und richtet erforderlichenfalls geeignete Richtlinien oder Entscheidungen an die Mitgliedstaaten.

Artikel II-14 (Staatliche Beihilfen)¹

(1) Soweit in dieser *Verfassung* nicht etwas anderes bestimmt ist, sind staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem *Binnenmarkt* unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen den Mitgliedstaaten beeinträchtigen.

(2) Mit dem *Binnenmarkt* vereinbar sind:

- (a) Beihilfen sozialer Art an einzelne Verbraucher, wenn sie ohne Diskriminierung nach der Herkunft der Waren gewährt werden;
- (b) Beihilfen zur Beseitigung von Schäden, die durch Naturkatastrophen oder sonstige außergewöhnliche Ereignisse entstanden sind;
- (c) Beihilfen für die Wirtschaft bestimmter, durch die Teilung Deutschlands betroffener Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, soweit sie zum Ausgleich der durch die Teilung verursachten wirtschaftlichen Nachteile erforderlich sind.

(3) Als mit dem *Binnenmarkt* vereinbar können angesehen werden:

- (a) Beihilfen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung von Gebieten, in denen die Lebenshaltung außergewöhnlich niedrig ist oder eine erhebliche Unterbeschäftigung herrscht;
- (b) Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamen europäischen Interesse oder zur Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaats;
- (c) Beihilfen zur Förderung der Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete, soweit sie die Handelsbedingungen nicht in einer Weise verändern, die dem gemeinsamen

Interesse zuwiderläuft;

- (d) Beihilfen zur Förderung der Kultur und Erhaltung des kulturellen Erbes, soweit sie die Handels- und Wettbewerbsbedingungen in der *Union* nicht in einem Maß beeinträchtigen, das dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft;
- (e) sonstige Arten von Beihilfen, die der Rat durch eine Entscheidung mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission bestimmt.

Artikel II-15 (Verfahren zur Überwachung von staatlichen Beihilfen)²

(1) Die Kommission überprüft fortlaufend in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten die in diesen bestehenden Beihilferegulungen. Sie schlägt ihnen die zweckdienlichen Maßnahmen vor, welche die fortschreitende Entwicklung und das Funktionieren des *Binnenmarktes* erfordern.

(2) Stellt die Kommission fest, nachdem sie den Beteiligten eine Frist zur Äußerung gesetzt hat, dass eine von einem Staat oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfe mit dem *Binnenmarkt* nach *Artikel II-14* unvereinbar ist oder dass sie missbräuchlich angewandt wird, so entscheidet sie, dass der betreffende Staat sie binnen einer von ihr bestimmten Frist aufzuheben oder umzugestalten hat.

Kommt der betreffende Staat dieser Entscheidung innerhalb der festgesetzten Frist nicht nach, so kann die Kommission oder jeder betroffene Staat in Abweichung von *Artikel 84 lit. a* den Gerichtshof unmittelbar anrufen.

Der Rat kann einstimmig auf Antrag eines Mitgliedstaats entscheiden, dass eine von diesem Staat gewährte oder geplante Beihilfe in Abweichung von *Artikel II-14* oder von *unionsrechtlichen Durchführungsvorschriften zu Artikel II-14* als mit dem *Binnenmarkt* vereinbar gilt, wenn außergewöhnliche Umstände eine solche Entscheidung rechtfertigen. Hat die Kommission bezüglich dieser Beihilfe das in Unterabsatz 1 dieses Absatzes vorgesehene Verfahren bereits eingeleitet, so bewirkt der Antrag des betreffenden Staates an den Rat die Aussetzung dieses

¹ Vgl. Artikel 87 EG.

² Vgl. Artikel 88 EG.

Verfahrens, bis der Rat sich geäußert hat.

Äußert sich der Rat nicht binnen drei Monaten nach Antragstellung, so entscheidet die Kommission.

(3) Die Kommission wird von jeder beabsichtigten Einführung oder Umgestaltung von Beihilfen so rechtzeitig wie möglich unterrichtet, dass sie sich dazu äußern kann. Ist sie der Auffassung, dass ein derartiges Vorhaben nach *Artikel II-14* mit dem *Binnenmarkt* unvereinbar ist, so leitet sie unverzüglich das in Absatz 2 vorgesehene Verfahren ein. Der betreffende Mitgliedstaat darf die beabsichtigte Maßnahme nicht durchführen, bevor die Kommission eine abschließende Entscheidung erlassen hat.

5. Kapitel 5: Steuerliche Vorschriften

Artikel II-16 (Verbot von diskriminierenden Abgaben auf Importe)¹

(1) Die Mitgliedstaaten erheben auf Waren aus anderen Mitgliedstaaten weder unmittelbar noch mittelbar höhere inländische Abgaben gleich welcher Art, als gleichartige inländische Waren unmittelbar oder mittelbar zu tragen haben.

(2) Die Mitgliedstaaten erheben auf Waren aus anderen Mitgliedstaaten keine inländischen Abgaben, die geeignet sind, andere Produktionen mittelbar zu schützen.

Artikel II-17 (Verbot von diskriminierenden Abgaben auf Exporte)²

Werden Waren in das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats ausgeführt, so darf die Rückvergütung für inländische Abgaben nicht höher sein als die auf die ausgeführten Waren mittelbar oder unmittelbar

¹ Vgl. Artikel 90 EG.

² Vgl. Artikel 91 EG.

erhobenen inländischen Abgaben.

Artikel II-18 (Genehmigung von Entlastungen, Rückvergütungen und Ausgleichsabgaben)¹

Für Abgaben außer Umsatzsteuern, Verbrauchsabgaben und sonstigen indirekten Steuern sind Entlastungen und Rückvergütungen bei der Ausfuhr nach anderen Mitgliedstaaten sowie Ausgleichsabgaben bei der Einfuhr aus den Mitgliedstaaten nur zulässig, soweit sie vorher durch *ein Unionsgesetz* für begrenzte Zeit genehmigt worden sind.

6.

7. Kapitel 6: Rechtsangleichung

Artikel II-19 (Kontrollverfahren der Union)²

(1) Hält es ein Mitgliedstaat, wenn der *Unionsgesetzgeber* eine Harmonisierungsmaßnahme erlassen hat, für erforderlich, einzelstaatliche Bestimmungen beizubehalten, die durch wichtige Erfordernisse im Sinne des *Artikels II-7 Absatz 3* oder in Bezug auf den Schutz der Arbeitsumwelt oder den Umweltschutz gerechtfertigt sind, so teilt er diese Bestimmungen sowie die Gründe für ihre Beibehaltung der Kommission mit.

(2) Unbeschadet des *Absatzes 1* teilt ein Mitgliedstaat, der es nach dem Erlass einer Harmonisierungsmaßnahme durch den *Unionsgesetzgeber* oder die Kommission für erforderlich hält, auf neue wissenschaftliche Erkenntnisse gestützte einzelstaatliche Bestimmungen zum Schutz der Umwelt oder der Arbeitsumwelt aufgrund eines spezifischen Problems für diesen Mitgliedstaat, das sich nach dem Erlass der Harmonisierungsmaßnahme ergibt, einzuführen, die in Aussicht genommenen Bestimmungen sowie die Gründe für ihre Einführung der Kommission mit.

(3) Die Kommission beschließt binnen sechs Monaten nach den Mitteilungen nach den *Absätzen 1 und 2*, die betreffenden einzelstaatlichen Bestimmungen zu billigen oder abzulehnen, nachdem sie

¹ Vgl. Artikel 92 EG.

² Vgl. Artikel 95 Absatz 4 bis 10 EG.

geprüft hat, ob sie ein Mittel zur willkürlichen Diskriminierung und eine verschleierte Beschränkung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten darstellen und ob sie das Funktionieren des Binnenmarkts behindern.

Trifft die Kommission innerhalb dieses Zeitraums keine Entscheidung, so gelten die in den *Absätzen 1 und 2* genannten einzelstaatlichen Bestimmungen als gebilligt.

Die Kommission kann, sofern dies aufgrund des schwierigen Sachverhalts gerechtfertigt ist und keine Gefahr für die menschliche Gesundheit besteht, dem betreffenden Mitgliedstaat mitteilen, dass der in diesem Absatz genannte Zeitraum gegebenenfalls um einen weiteren Zeitraum von bis zu sechs Monaten verlängert wird.

(4) Wird es einem Mitgliedstaat nach *Absatz 3* gestattet, von der Harmonisierungsmaßnahme abweichende einzelstaatliche Bestimmungen beizubehalten oder einzuführen, so prüft die Kommission unverzüglich, ob sie eine Anpassung dieser Maßnahme vorschlägt.

(5) Wirft ein Mitgliedstaat in einem Bereich, der zuvor bereits Gegenstand von Harmonisierungsmaßnahmen war, ein spezielles Gesundheitsproblem auf, so teilt er dies der Kommission mit, die dann umgehend prüft, ob sie dem *Unionsgesetzgeber* entsprechende Maßnahmen vorschlägt.

(6) In Abweichung von dem Verfahren des *Artikels 84 lit. a* kann die Kommission oder ein Mitgliedstaat den Gerichtshof unmittelbar anrufen, wenn die Kommission oder der Staat der Auffassung ist, dass ein anderer Mitgliedstaat die in diesem Artikel vorgesehenen Befugnisse missbraucht.

(7) Die vorgenannten Harmonisierungsmaßnahmen sind in geeigneten Fällen mit einer Schutzklausel verbunden, welche die Mitgliedstaaten ermächtigt, aus einem oder mehreren der in *Artikel II-7 Absatz 3* genannten nicht wirtschaftlichen Gründe vorläufige Maßnahmen zu treffen, die einem Kontrollverfahren *der Union* unterliegen.

Artikel II-20 (Anwendungen der Regeln des Binnenmarkts auf Landwirtschaft und Fischerei)

(1)¹ Der *Binnenmarkt* umfasst auch die Landwirtschaft, Fischerei und den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Unter „landwirtschaftlichen Erzeugnissen“ sind die Erzeugnisse des Bodens, der Viehzucht und der Fischerei sowie die mit diesen in unmittelbarem Zusammenhang der ersten Verarbeitungsstufe zu verstehen. *Die Liste solcher Produkte wird durch ein Unionsgesetz festgelegt.*

(2)² Die Vorschriften für die Errichtung des *Binnenmarkts* finden auf die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Anwendung, soweit in den Artikeln *II-21 bis II-26* nicht etwas anderes bestimmt ist.

(3)³ Mit dem Funktionieren und der Entwicklung des *Binnenmarkts* für landwirtschaftliche Erzeugnisse muss die *Festlegung und Durchführung der* gemeinsamen Landwirtschaftspolitik Hand in Hand gehen.

Artikel II-21 (Spezielle Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik)⁴

(1) Ziel der gemeinsamen Agrarpolitik ist:

- (a) die Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts, Rationalisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung und den bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte, zu steigern;
- (b) auf diese Weise der landwirtschaftlichen Bevölkerung, insbesondere durch Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens der in der Landwirtschaft tätigen Personen, eine angemessene Lebenshaltung zu gewährleisten;

¹ Vgl. Artikel 32 Absatz 1, 3 EG.

² Vgl. Artikel 32 Absatz 2 EG.

³ Vgl. Artikel 32 Absatz 4 EG.

⁴ Vgl. Artikel 33 EG.

(c) die Märkte zu stabilisieren;

(d) die Versorgung sicherzustellen;

(e) für die Belieferung der Verbraucher zu angemessenen Preisen Sorge zu tragen.

(2) Bei der Gestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik und der hierfür anzuwendenden besonderen Methoden ist Folgendes zu berücksichtigen:

(a) die besondere Eigenart der landwirtschaftlichen Tätigkeit, die sich aus dem sozialen Aufbau der Landwirtschaft und den strukturellen und naturbedingten Unterschieden der verschiedenen landwirtschaftlichen Gebiete ergibt;

(b) die Notwendigkeit, die geeigneten Anpassungen stufenweise durchzuführen;

(c) die Tatsache, dass die Landwirtschaft in den Mitgliedstaaten einen mit der gesamten Volkswirtschaft eng verflochtenen Wirtschaftsbereich darstellt.

Artikel II-22 (Gemeinsame Organisation der Agrarmärkte)¹

(1) Um die Ziele des *Artikels II-21* zu erreichen, wird eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte geschaffen.

Diese besteht je nach Erzeugnis aus einer der folgenden Organisationsformen:

(a) gemeinsame Wettbewerbsregeln;

¹ Vgl. Artikel 34 EG.

(b) bindende Koordinierung der verschiedenen einzelstaatlichen Marktordnungen;

(c) eine europäische Marktordnung.

(2) Die nach Absatz 1 gestaltete gemeinsame Organisation kann alle zur Durchführung des *Artikels II-21* erforderlichen Maßnahmen einschließen, insbesondere Preisregelungen, Beihilfen für die Erzeugung und die Verteilung der verschiedenen Erzeugnisse, Einlagerungs- und Ausgleichsmaßnahmen und gemeinsame Einrichtungen zur Stabilisierung der Ein- und Ausfuhr.

Die gemeinsame Organisation hat sich auf die Verfolgung der Ziele des *Artikels II-21* zu beschränken und jede Diskriminierung zwischen Erzeugern und Verbrauchern innerhalb der *Union* auszuschließen.

Eine etwaige gemeinsame Preispolitik muss auf gemeinsamen Grundsätzen und einheitlichen Berechnungsmethoden beruhen.

(3)¹ *Der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefond für die Landwirtschaft (Abteilung Ausrichtung und Garantie) trägt in Übereinstimmung mit den in einem Unionsgesetz festgelegten Bedingungen zum Erreichen der Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik bei.*

Artikel II-23 (Ergänzende Maßnahmen)²

Um die Ziele des *Artikels II-21* zu erreichen, können im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik folgende Maßnahmen vorgesehen werden:

(a) eine wirksame Koordinierung der Bestrebungen auf dem Gebiet der Berufsausbildung, der Forschung und der Verbreitung landwirtschaftlicher Fachkenntnisse; hierbei können Vorhaben oder Einrichtungen gemeinsam finanziert werden;

(b) gemeinsame Maßnahmen zur Förderung des Verbrauchs bestimmter Erzeugnisse.

¹ Vgl. Artikel 34 Absatz 3 und 162 Absatz 2 EG.

² Vgl. Artikel 35 EG.

Artikel II-24 (Anwendung der Wettbewerbsregeln auf die Landwirtschaft)¹

Das Kapitel über die Wettbewerbsregeln findet auf die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse und den Handel mit diesen nur insoweit Anwendung, als ein *Unionsgesetz* dies unter Berücksichtigung der Ziele des *Artikels II-21* bestimmt.

Solch ein Unionsgesetz kann insbesondere genehmigen, dass Beihilfen gewährt werden:

- (a) zum Schutz von Betrieben, die durch strukturelle oder naturgegebene Bedingungen benachteiligt sind, oder
- (b) im Rahmen wirtschaftlicher Entwicklungsprogramme.

Artikel II-25 (Ablösung der einzelstaatlichen Marktordnungen durch eine gemeinsame Marktorganisation)

(1)² *Die Vorschläge der Kommission* zur Gestaltung und Durchführung der gemeinsamen Agrarpolitik, welche die Ablösung der einzelstaatlichen Marktordnungen durch eine der in *Artikel II-22* vorgesehenen gemeinsamen Organisationsformen sowie die Durchführung der in *diesem Kapitel* bezeichneten Maßnahmen vorsehen, tragen dem inneren Zusammenhang der in *diesem Kapitel* aufgeführten landwirtschaftlichen Fragen Rechnung.

(2)¹ *Ein Unionsgesetz* kann die einzelstaatlichen Marktordnungen durch die in *Artikel II-22* vorgesehene gemeinsame Organisation ersetzen, wenn

- (a) sie den Mitgliedstaaten, die sich gegen diese Maßnahme ausgesprochen haben und eine eigene Marktordnung für die in Betracht kommende Erzeugung besitzen, gleichwertige Sicherheiten für die Beschäftigung und Lebenshaltung der betreffenden Erzeuger bietet; hierbei sind die im Zeitablauf möglichen Anpassungen und erforderlichen Spezialisierungen zu berücksichtigen

¹ Vgl. Artikel 36 EG.

⁴¹⁸ Vgl. Artikel 37 Abs. 2 EG.

und

(b) die gemeinsame Organisation für den Handelsverkehr innerhalb der *Union* Bedingungen sicherstellt, die denen eines Binnenmarkts entsprechen.

(3)² Wird eine gemeinsame Organisation für bestimmte Rohstoffe geschaffen, bevor eine gemeinsame Organisation für die entsprechenden weiterverarbeiteten Erzeugnisse besteht, so können die betreffenden Rohstoffe aus Ländern außerhalb der *Union* eingeführt werden, wenn sie für weiterverarbeitete Erzeugnisse verwendet werden, die zur Ausfuhr nach dritten Ländern bestimmt sind.

Artikel II-26 (Ausgleichsabgabe)³

(1) Besteht in einem Mitgliedstaat für ein Erzeugnis eine innerstaatliche Marktordnung oder Regelung gleicher Wirkung und wird dadurch eine gleichartige Erzeugung in einem anderen Mitgliedstaat in ihrer Wettbewerbslage beeinträchtigt, so erheben die Mitgliedstaaten bei der Einfuhr des betreffenden Erzeugnisses aus dem Mitgliedstaat, in dem die genannte Marktordnung oder Regelung besteht, eine Ausgleichsabgabe, es sei denn, dass dieser Mitgliedstaat eine Ausgleichsabgabe bei der Ausfuhr erhebt.

(2) Die Kommission setzt diese Abgaben in der zur Wiederherstellung des Gleichgewichts erforderlichen Höhe fest; sie kann auch andere Maßnahmen genehmigen, deren Bedingungen und Einzelheiten sie festlegt.

9. Kapitel 8: Verkehr

Artikel II-27 (Anwendungsbereich)¹

¹ Vgl. Artikel 37 Absatz 3 EG.

² Vgl. Artikel 37 Absatz 4 EG.

³ Vgl. Artikel 38 EG.

Die *gemeinsame Verkehrspolitik und die Bestimmungen* dieses Kapitels finden Anwendung auf Beförderungen im Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehr sowie die Seeschifffahrt und Luftfahrt.

Artikel II-28 (Diskriminierungsverbot)

(1)² Im Verkehr innerhalb der *Union* sind Diskriminierungen *verboten*, die darin bestehen, dass ein Verkehrsunternehmer in denselben Verkehrsverbindungen für die gleichen Güter je nach ihrem Herkunfts- oder Bestimmungsland unterschiedliche Frachten und Beförderungsbedingungen angewendet.

(2)³ Die Kommission prüft von sich aus oder auf Antrag eines Mitgliedstaats die Diskriminierungsfälle des Absatzes 1 und erlässt nach Beratung mit jedem in Betracht kommenden Mitgliedstaat die erforderlichen Entscheidungen im Rahmen der *gemeinsamen Verkehrspolitik*.

Artikel II-29 (Beihilfen auf dem Gebiet des Verkehrs)⁴

Mit dieser *Verfassung* vereinbar sind Beihilfen, die den Erfordernissen der Koordinierung des Verkehrs oder der Abgeltung bestimmter, mit dem Begriff des öffentlichen Dienstes zusammenhängender Leistungen entsprechen.

Artikel II-30 (Verbot von protektionistischen Frachten und Beförderungsbedingungen)⁵

(1) Im Verkehr innerhalb der *Union* sind die von einem Mitgliedstaat auferlegten Frachten und Beförderungsbedingungen verboten, die in irgendeiner Weise der Unterstützung oder dem Schutz eines oder mehrerer bestimmter Unternehmen oder Industrien dienen, es sei denn, dass die Kommission die Genehmigung hierzu erteilt hat.

¹ Vgl. Artikel 80 EG.

² Vgl. Artikel 75 Absatz 1 EG.

³ Vgl. Artikel 75 Absatz 4 EG.

⁴ Vgl. Artikel 73 EG.

⁵ Vgl. Artikel 76 EG.

(2) Die Kommission prüft von sich aus oder auf Antrag eines Mitgliedstaates die in Absatz 1 bezeichneten Frachten und Beförderungsbedingungen; hierbei berücksichtigt sie insbesondere sowohl die Erfordernisse einer angemessenen Standortpolitik, die Bedürfnisse der unterentwickelten Gebiete und die Probleme der durch politische Umstände schwer betroffenen Gebiete als auch die Auswirkungen dieser Frachten und Beförderungsbedingungen auf den Wettbewerb zwischen den Verkehrsarten.

Die Kommission erlässt die erforderlichen Entscheidungen nach Beratung mit jedem in Betracht kommenden Mitgliedstaat.

(3) Das in Absatz 1 genannte Verbot betrifft nicht die Wettbewerbstarife.

10. Kapitel 9: Struktur- und Kohäsionsfonds der Union

Artikel II-31 (Die vier Fonds und sonstige Finanzierungsinstrumente)¹

Die *Union* unterstützt das Erreichen des wirtschaftlichen sozialen Zusammenhalts mit Hilfe der Strukturfonds (Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft - Abteilung Ausrichtung, Europäischer Sozialfonds, Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, *Kohäsionsfonds*), der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzierungsinstrumente.

Artikel II-32 (Europäischer Sozialfonds)¹

(1) Um die Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeitskräfte im Binnenmarkt zu verbessern und damit zur Hebung der Lebenshaltung beizutragen, wird nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen ein Europäischer Sozialfonds errichtet, dessen Ziel es ist, innerhalb der *Union* die

¹ Vgl. Artikel 159 Absatz 1, Satz 3 EG.

berufliche Verwendbarkeit und die örtliche und berufliche Mobilität der Arbeitskräfte zu fördern sowie die Anpassung an die industriellen Wandlungsprozesse und an Veränderungen der Produktionssysteme insbesondere durch berufliche Bildung und Umschulung zu erleichtern.

(2) Die Verwaltung des Fonds obliegt der Kommission. Die Kommission wird hierbei von einem Ausschuss unterstützt, der aus Vertretern der Regierungen sowie der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerverbände besteht; den Vorsitz führt ein Mitglied der Kommission.

Artikel II-33 (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung)²

Aufgabe des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung ist es, durch Beteiligung an der Entwicklung und strukturellen Anpassung der rückständigen Gebiete und an der Umstellung der Industriegebiete mit rückläufiger Entwicklung zum Ausgleich der wichtigsten regionalen Ungleichgewichte in der *Union* beizutragen.

Artikel II-34 (Kohäsionsfonds)³

Ein Kohäsionsfonds trägt zu Vorhaben in den Bereichen Umwelt und transeuropäische Netze auf dem Gebiet der Verkehrsinfrastruktur finanziell bei.

11. Kapitel 10: Einbeziehung der Sozialpartner in die Sozialpolitik

Artikel II-35 (Anhörung der Sozialpartner)⁴

(1) Die Kommission hat die Aufgabe, die Anhörung der Sozialpartner auf *Unionsebene* zu fördern,

¹ Vgl. Artikel 146 bis 148 EG.

² Vgl. Artikel 160 EG.

³ Vgl. Artikel 161 Absatz 2 EG.

⁴ Vgl. Artikel 138 EG.

und erlässt alle zweckdienlichen Maßnahmen, um den Dialog zwischen den Sozialpartnern zu erleichtern, wobei sie für Ausgewogenheit bei der Unterstützung der Parteien sorgt.

(2) Zu diesem Zweck hört die Kommission vor Unterbreitung von Vorschlägen im Bereich der Sozialpolitik die Sozialpartner zu der Frage, wie eine *Unionsmaßnahme* gegebenenfalls ausgerichtet werden sollte.

(3) Hält die Kommission nach dieser Anhörung eine *Unionsmaßnahme* für zweckmäßig, so hört sie die Sozialpartner zum Inhalt des in Aussicht genommenen Vorschlags. Die Sozialpartner übermitteln der Kommission eine Stellungnahme oder gegebenenfalls eine Empfehlung.

(4) Bei dieser Anhörung können die Sozialpartner der Kommission mitteilen, dass sie den Prozess nach *Artikel II-36* in Gang setzen wollen. Die Dauer des Verfahrens darf höchstens neun Monate betragen, sofern die betroffenen Sozialpartner und die Kommission nicht gemeinsam eine Verlängerung beschließen.

Artikel II-36 (Abkommen zwischen den Sozialpartnern auf Unionsebene)¹

(1) Der Dialog zwischen den Sozialpartnern auf *Unionsebene* kann, falls sie es wünschen, zur Herstellung vertraglicher Beziehungen einschließlich des Abschlusses von Vereinbarungen führen.

(2) Die Durchführung der auf *Unionsebene* geschlossenen Vereinbarungen erfolgt entweder nach den jeweiligen Verfahren und Gepflogenheiten der Sozialpartner und der Mitgliedstaaten oder in den von der *Unionszuständigkeit auf dem Gebiet der Sozialpolitik* erfassten Bereichen auf gemeinsamen Antrag der Unterzeichnerparteien durch einen Beschluss des Rates auf Vorschlag der Kommission. Der Rat beschließt mit qualifizierter Mehrheit.

Artikel II-37 (Durchführung von Unionsrahmengesetzen durch die Sozialpartner)²

(1) Ein Mitgliedstaat kann den Sozialpartnern auf deren gemeinsamen Antrag die Durchführung von

¹ Vgl. Artikel 139 EG, in der Fassung des Vertrages von Nizza.

² Vgl. Artikel 137 Absatz 3 EG.

im Bereich der Sozialpolitik erlassenen Unionsrahmengesetzen übertragen.

(2) In diesem Fall vergewissert sich der Mitgliedstaat, dass die Sozialpartner spätestens zu dem Zeitpunkt, zu dem ein *Unionsrahmengesetz* in Übereinstimmung mit *Artikel 98 Absatz 3* umgesetzt sein muss, im Wege einer Vereinbarung die erforderlichen Vorkehrungen getroffen haben; dabei hat der Mitgliedstaat alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um jederzeit gewährleisten zu können, dass die durch dieses *Unionsrahmengesetz* vorgeschriebenen Ergebnisse erzielt werden.

B.

C. Titel II: Wirtschafts- und Währungsunion

1. Kapitel 1: Wirtschaftspolitik

Artikel II-38 (Grundsätze der Koordinierung der Wirtschaftspolitik)

(1)¹ Die Mitgliedstaaten richten ihre Wirtschaftspolitik so aus, dass sie im Rahmen der in *Artikel II-39* genannten Grundzüge zur Verwirklichung der Ziele der *Union* im Sinne des *Artikels 59 Absatz 1 lit. a* beitragen. Die Mitgliedstaaten und die Union handeln im Einklang mit dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb, wodurch ein effizienter Einsatz der Ressourcen gefördert wird, und halten sich dabei an die in *Artikel 60* genannten Grundsätze.

(2)² Die Mitgliedstaaten betrachten ihre Wirtschaftspolitik als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse und koordinieren sie im Rat nach Maßgabe des *Absatzes 1*.

Artikel II-39 (Grundzüge der Wirtschaftspolitik; multilaterale Überwachung)

(1)³ Der Rat erstellt mit qualifizierter Mehrheit auf *Vorschlag* der Kommission einen Entwurf für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der *Union* und erstattet dem Europäischen Rat hierüber Bericht.

Der Europäische Rat erörtert auf der Grundlage des *Entwurfs* des Rates eine Schlussfolgerung zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der *Union*.

Auf der Grundlage dieser Schlussfolgerung verabschiedet der Rat mit qualifizierter Mehrheit eine Empfehlung, in der diese Grundzüge dargelegt werden. Der Rat unterrichtet das Europäische Parlament über seine Empfehlung.

¹ Vgl. Artikel 98 EG.

² Vgl. Artikel 99 Absatz 1 EG.

³ Vgl. Artikel 99 Absatz 2 EG.

(2)¹ Um eine engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik und eine dauerhafte Konvergenz der Wirtschaftsleistungen der Mitgliedstaaten zu gewährleisten, überwachen die *Kommission* und der Rat anhand von Berichten der Kommission die wirtschaftliche Entwicklung in jedem Mitgliedstaat und in der *Union* sowie die Vereinbarkeit der Wirtschaftspolitik mit den in *Absatz 1* genannten Grundzügen und nimmt in regelmäßigen Abständen eine Gesamtbewertung vor.

Zum Zwecke dieser multilateralen Überwachung *informieren* die Mitgliedstaaten die Kommission über die zur *Durchführung der vom Rat festgelegten Empfehlungen, beabsichtigten Maßnahmen* und *die hierzu beschlossenen Aktionen*.

(3)² Wird festgestellt wird, dass die Wirtschaftspolitik eines Mitgliedstaats nicht mit den in Absatz 1 genannten Grundzügen vereinbar ist oder das ordnungsgemäße Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion zu gefährden droht, *so kann die Kommission an den betreffenden Mitgliedstaat eine Empfehlung als frühe Warnung richten*.

Der Rat kann auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit auch entsprechende Empfehlungen an den betreffenden Mitgliedstaat richten.

*Leistet ein Mitgliedstaat den Empfehlungen des Rates weiterhin nicht Folge, so kann der Rat auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit die der Situation angemessenen Maßnahmen beschließen*³.

Die Stimmrechte des Vertreters des betreffenden Mitgliedstaates sind für die Beschlüsse des Rates im Rahmen dieses Absatz ausgesetzt und werden nicht in die Berechnung der qualifizierten Mehrheit miteinbezogen.

(4) *Die Kommission erstattet dem Europäischen Parlament und dem Rat von den Ergebnissen der multilateralen Überwachung Bericht.*

¹ Vgl. Artikel 99 Absatz 3 EG.

² Vgl. Artikel 99 Absatz 4, Unterabsatz 1 EG. Vgl. ebenfalls den vorgeschlagenen Artikel III-66 Absatz 4 in der Durchführbarkeitsstudie „Beitrag zum Vorentwurf einer Verfassung der Europäischen Union – Arbeitspapier“ der Kommission vom 4. Dezember 2002.

³ Vgl. den vorgeschlagenen Artikel III-66 Absatz 5 in der Durchführbarkeitsstudie „Beitrag zum Vorentwurf einer Verfassung der Europäischen Union – Arbeitspapier“ der Kommission vom

(5)¹ Die Einzelheiten des Verfahrens der multilateralen Überwachung im Sinne der *Absätze 2 bis 4* dieses Artikels *können nach Anhörung der EZB in einem Unionsgesetz festgelegt werden.*

Artikel II-40 (Der Wirtschaftslage angemessene Maßnahmen; Naturkatastrophen; finanzieller Beistand der Union)²

(1) Der Rat kann auf Vorschlag der Kommission und nach *Anhörung des Europäischen Parlaments* unbeschadet der sonstigen in dieser *Verfassung* vorgesehenen Verfahren mit qualifizierter Mehrheit über die der Wirtschaftslage angemessenen Maßnahmen entscheiden, insbesondere falls gravierende Schwierigkeiten in der Versorgung mit bestimmten Waren auftreten.

(2) Ist ein Mitgliedstaat aufgrund von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Ereignissen, die sich seiner Kontrolle entziehen, von Schwierigkeiten betroffen oder von gravierenden Schwierigkeiten ernstlich bedroht, so kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission *und nach Anhörung des Europäischen Parlaments* beschließen, dem betreffenden Mitgliedstaat unter bestimmten Bedingungen einen finanziellen Beistand der *Union* zu gewähren.

Artikel II-41 (Verbot von Kreditfazilitäten für öffentliche Einrichtungen)³

(1) Überziehungs- oder andere Kreditfazilitäten bei der EZB oder den nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten für Organe oder Einrichtungen der *Union*, Zentralregierungen, regionale oder lokale Gebietskörperschaften oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften, sonstige Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentliche Unternehmen der Mitgliedstaaten sind ebenso verboten wie der unmittelbare Erwerb von Schuldtiteln von diesen durch die EZB oder die nationalen Zentralbanken.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 gelten nicht für Kreditinstitute in öffentlichem Eigentum; diese werden von der jeweiligen nationalen Zentralbank und der EZB, was die Bereitstellung von Zentralbankgeld betrifft, wie private Kreditinstitute behandelt.

4. Dezember 2002.

¹ Vgl. Artikel 99 Absatz 5 EG.

² Vgl. Artikel 100 EG, in der Fassung des Vertrages von Nizza.

³ Vgl. Artikel 101 EG.

Artikel II-42 (Verbot des bevorrechtigten Zugangs zu Finanzinstituten)¹

(1) Maßnahmen, die nicht aus aufsichtsrechtlichen Gründen getroffen werden und einen bevorrechtigten Zugang der Organe und Einrichtungen der *Union*, der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen der Mitgliedstaaten zu den Finanzinstituten schaffen, sind verboten.

(2) Ein *Unionsgesetz* legt die Begriffsbestimmungen für die Anwendung des in Absatz 1 vorgesehenen Verbots fest.

Artikel II-43 (Verbot der Haftungsübernahme)²

(1) Die *Union* haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen von Mitgliedstaaten und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein; dies gilt unbeschadet der gegenseitigen finanziellen Garantien für die gemeinsame Durchführung eines bestimmten Vorhabens. Ein Mitgliedstaat haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen eines anderen Mitgliedstaats und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein; dies gilt unbeschadet der gegenseitigen finanziellen Garantien für die gemeinsame Durchführung eines bestimmten Vorhabens.

(2) Ein *Unionsgesetz* kann erforderlichenfalls Begriffsbestimmungen für die Anwendung der in *Artikel II-41* und in diesem Artikel vorgesehenen Verbote näher festlegen.

¹ Vgl. Artikel 102 EG.

² Vgl. Artikel 103 EG.

Artikel II-44 (Verbot von übermäßigen öffentlichen Defiziten; Überwachungsverfahren und Sanktionen)¹

(1) Die Mitgliedstaaten vermeiden übermäßige öffentliche Defizite.

(2) Die Kommission überwacht die Entwicklung der Haushaltslage und der Höhe des öffentlichen Schuldenstands in den Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Feststellung schwerwiegender Fehler. Insbesondere prüft sie die Einhaltung der Haushaltsdisziplin anhand von zwei Kriterien, nämlich daran,

(a) ob das Verhältnis des geplanten oder tatsächlichen öffentlichen Defizits zum Bruttoinlandsprodukt einen bestimmten Referenzwert überschreitet, es sei denn, dass

— entweder das Verhältnis erheblich und laufend zurückgegangen ist und einen Wert in der Nähe des Referenzwerts erreicht hat

— oder der Referenzwert nur ausnahmsweise und vorübergehend überschritten wird und das Verhältnis in der Nähe des Referenzwerts bleibt,

(b) ob das Verhältnis des öffentlichen Schuldenstands zum Bruttoinlandsprodukt einen bestimmten Referenzwert überschreitet, es sei denn, dass das Verhältnis hinreichend rückläufig ist und sich rasch genug dem Referenzwert nähert.

Die Referenzwerte werden in einem dieser *Verfassung* beigefügten Protokoll über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit im Einzelnen festgelegt.

(3) Erfüllt ein Mitgliedstaat keines oder nur eines dieser Kriterien, so erstellt die Kommission einen Bericht. In diesem Bericht wird berücksichtigt, ob das öffentliche Defizit die öffentlichen Ausgaben für Investitionen übertrifft; berücksichtigt werden ferner alle sonstigen einschlägigen Faktoren, einschließlich der mittelfristigen Wirtschafts- und Haushaltslage des Mitgliedstaats.

Die Kommission kann ferner einen Bericht erstellen, wenn sie ungeachtet der Erfüllung der

¹ Vgl. Artikel 104 EG.

Kriterien der Auffassung ist, dass in einem Mitgliedstaat die Gefahr eines übermäßigen Defizits besteht.

(4)¹ Die *Kommission entscheidet nach Anhörung des in Artikel II-49 geregelten Wirtschafts- und Finanzausschusses* und unter Berücksichtigung der Bemerkungen, die der betreffende Mitgliedstaat gegebenenfalls abzugeben wünscht, nach Prüfung der Gesamtlage, ob ein übermäßiges Defizit besteht.

(5)² Wird nach *Absatz 4* ein übermäßiges Defizit festgestellt, so richtet der Rat an den betreffenden Mitgliedstaat Empfehlungen mit dem Ziel, dieser Lage innerhalb einer bestimmten Frist abzuhelpen.

(6)³ Falls ein Mitgliedstaat den Empfehlungen des Rates weiterhin nicht Folge leistet, kann der Rat beschließen, den Mitgliedstaat mit der Maßgabe in Verzug zu setzen, innerhalb einer bestimmten Frist Maßnahmen für den nach Auffassung des Rates zur Sanierung erforderlichen Defizitabbau zu treffen.

Der Rat kann in diesem Fall den betreffenden Mitgliedstaat ersuchen, nach einem konkreten Zeitplan Berichte vorzulegen, um die Anpassungsbemühungen des Mitgliedstaats überprüfen zu können.

(7)⁴ Das Recht auf Klageerhebung nach dem *Artikel 84 lit. a* kann im Rahmen der *Absätze 1 bis 6* dieses Artikels nicht ausgeübt werden.

(8)⁵ Solange ein Mitgliedstaat einen Beschluss nach *Absatz 5* nicht befolgt, kann der Rat beschließen, eine oder mehrere der nachstehenden Maßnahmen anzuwenden oder gegebenenfalls zu verschärfen, nämlich

— von dem betreffenden Mitgliedstaat verlangen, vor der Emission von Schuldverschreibungen und sonstigen Wertpapieren vom Rat näher zu bezeichnende zusätzliche

¹ Vgl. Artikel 104 Absatz 4 und 6 EG.

² Vgl. Artikel 104 Absatz 7 EG.

³ Vgl. Artikel 104 Absatz 9 EG.

⁴ Vgl. Artikel 104 Absatz 10 EG.

⁵ Vgl. Artikel 104 Absatz 11 EG.

Angaben zu veröffentlichen,

- die Europäische Investitionsbank ersuchen, ihre Darlehenspolitik gegenüber dem Mitgliedstaat zu überprüfen,
- von dem Mitgliedstaat verlangen, eine unverzinsliche Einlage in angemessener Höhe bei der *Union* zu hinterlegen, bis das übermäßige Defizit nach Ansicht des Rates korrigiert worden ist,
- Geldbußen in angemessener Höhe verhängen.

Der Präsident des Rates unterrichtet das Europäische Parlament von den Beschlüssen.

(9)¹ *Die Kommission hebt nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses ihre Entscheidung nach Absatz 4 so weit auf, wie das übermäßige Defizit in dem betreffenden Mitgliedstaat nach Ansicht der Kommission korrigiert worden ist. In diesem Fall hebt der Rat seine Entscheidungen nach den Absätzen 5, 6 und 8 auf.*

(10)² *Die Beschlussfassung des Rates nach den Absätzen 5, 6, 8 und 9 erfolgt auf Vorschlag der Kommission mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen seiner Mitglieder mit Ausnahme der Stimmen des Vertreters des betroffenen Mitgliedstaats.*

(11)¹ *Weitere Bestimmungen über die Durchführung des in diesem Artikel beschriebenen Verfahrens sind in dem dieser Verfassung beigefügten Protokoll über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit enthalten.*

Der Rat verabschiedet einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments sowie der EZB die geeigneten Bestimmungen, die sodann das genannte Protokoll ablösen.

Ein Unionsgesetz legt nähere Einzelheiten und Begriffsbestimmungen für die Durchführung des genannten Protokolls fest.

¹ Vgl. Artikel 104 Absatz 12 EG.

² Vgl. Artikel 104 Absatz 13 EG.

(12)² In der zweiten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion sind die Mitgliedstaaten bemüht, übermäßige öffentliche Defizite zu vermeiden.

2.

3.

4.

5. Kapitel 2: Währungspolitik³

Artikel II-45 (Geldpolitik als Aufgabe der EZB; Finanzaufsicht)

(1) Die der Verfassung beigefügte Satzung des ESZB legt fest, wie die Geldpolitik der Union durch die EZB und, unter ihrer Leitung, durch das ESZB festgelegt und ausgeführt wird.

(2)⁴ Der Rat kann durch einstimmigen Beschluss auf Vorschlag der Kommission nach Anhörung der EZB und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments der EZB besondere Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute und sonstige Finanzinstitute mit Ausnahme von Versicherungsunternehmen übertragen.

Artikel II-46 (Ausgabe von Münzen)⁵

Die Mitgliedstaaten haben das Recht zur Ausgabe von Münzen, wobei der Umfang dieser Ausgabe der Genehmigung durch die EZB bedarf.

¹ Vgl. Artikel 104 Absatz 14 EG.

² Vgl. Artikel 116 Absatz 4 EG; bleibt relevant in Bezug auf die zwei Mitgliedstaaten (Vereinigtes Königreich sowie Dänemark), welche sich noch nicht zum Übergang in die dritte Stufe der WWU entschieden haben – siehe Artikel 6 des Protokolls über einige Bestimmungen betreffend das Vereinigte Königreich und Nordirland.

³ Dieses Kapitel beinhaltet umfasst nur solche Bestimmungen, die weder im Ersten Teil noch in der als Protokoll dieser Verfassung beigefügten Satzung des ESZB, enthalten sind. Die Satzung des ESZB wiederholt fast alle Bestimmungen über die Währungspolitik des EG Vertrages. Als der Verfassung beigefügtes Protokoll ist sie Bestandteil derselbigen; siehe *Artikel 130 der Verfassung*.

⁴ Vgl. Artikel 105 Absatz 6 EG.

⁵ Vgl. Artikel 106 Absatz 2 EG.

Artikel II-47 (Vereinbarkeit einzelstaatlicher Gesetze)¹

Die innerstaatlichen Rechtsvorschriften einschließlich der Satzungen der nationalen Zentralbanken müssen mit dieser Verfassung sowie der Satzung des ESZB, insbesondere in Bezug auf die Unabhängigkeit der nationalen Zentralbanken, im Einklang stehen.

6. Kapitel 3: Koordinierung der Wirtschafts- und Währungspolitik

Artikel II-48 (Koordinierung zwischen der EZB und den Organen der Union)²

(1) Der Präsident des Rates und ein Mitglied der Kommission können ohne Stimmrecht an den Sitzungen des EZB-Rates teilnehmen. Der Präsident des Rates kann dem EZB-Rat einen Antrag zur Beratung vorlegen.

(2) Der Präsident der EZB wird zur Teilnahme an den Tagungen des Rates eingeladen, wenn dieser Fragen im Zusammenhang mit den Zielen und Aufgaben des ESZB erörtert.

(3) Die EZB unterbreitet dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission sowie auch dem Europäischen Rat einen Jahresbericht über die Tätigkeit des ESZB und die Geld- und Währungspolitik im vergangenen und im laufenden Jahr. Der Präsident der EZB legt den Bericht dem Rat und dem Europäischen Parlament vor, das auf dieser Grundlage eine allgemeine Aussprache durchführen kann.

Der Präsident der EZB und die anderen Mitglieder des Direktoriums können auf Ersuchen des Europäischen Parlaments oder auf ihre Initiative hin von den zuständigen Ausschüssen des Europäischen Parlaments gehört werden.

¹ Vgl. Artikel 109 EG, in Verbindung mit Artikel 116 Absatz 5 EG.

² Vgl. Artikel 113 EG.

Artikel II-49 (Wirtschafts- und Finanzausschuss)¹

(1) Der Wirtschafts- und Finanzausschuss hat die Aufgaben:

- auf Ersuchen des Rates oder der Kommission oder von sich aus Stellungnahmen an diese Organe abzugeben;
- die Wirtschafts- und Finanzlage der Mitgliedstaaten und der *Union* zu beobachten und dem Rat und der Kommission regelmäßig darüber Bericht zu erstatten, insbesondere über die finanziellen Beziehungen zu dritten Ländern und internationalen Einrichtungen;
- an der Vorbereitung der in *Artikel 70 lit. d und lit. i, Artikel 71 Absatz 1 lit. a* (im Zusammenhang mit dem Kapital- und Zahlungsverkehr), und *125 Artikel, Artikel II-39 Absätze 1, 2, 3 und 5, II-40, II-42, II-43, II-44, II-45 Absatz 2, II-51, II-52 Absätze 2 und 3, II-54 Absätze 2 und 3 und Artikel 41 sowie 42 der Satzung der ESZB* genannten Arbeiten des Rates mitzuwirken und die sonstigen ihm vom Rat übertragenen Beratungsaufgaben und vorbereitenden Arbeiten auszuführen;
- mindestens einmal jährlich die Lage hinsichtlich des Kapitalverkehrs und der Freiheit des Zahlungsverkehrs, wie sie sich aus der Anwendung dieser *Verfassung*, von *Unionsgesetzen* und der Maßnahmen des Rates ergeben, zu prüfen; die Prüfung erstreckt sich auf alle Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Kapital- und Zahlungsverkehr; der Ausschuss erstattet der Kommission, dem Rat *und dem Europäischen Parlament* Bericht über das Ergebnis dieser Prüfung.

(2) Jeder Mitgliedstaat sowie die Kommission und die EZB ernennen jeweils höchstens zwei Mitglieder des Ausschusses.

(3) *Ein Unionsgesetz* legt im Einzelnen fest, wie sich der Wirtschafts- und Finanzausschuss zusammensetzt. *Die EZB und der in diesem Artikel genannte Ausschuss werden in Bezug auf ein solches Unionsgesetzes angehört.*

¹ Vgl. Artikel 114 Absatz 2 bis 4 EG.

(4) Sofern und solange es Mitgliedstaaten gibt, für die eine Ausnahmeregelung *nach Artikel II-51* gilt, hat der Ausschuss zusätzlich zu den in *Absatz 1* beschriebenen Aufgaben die Währungs- und Finanzlage sowie den allgemeinen Zahlungsverkehr der betreffenden Mitgliedstaaten zu beobachten und dem Rat, der Kommission *und dem Europäischen Parlament* regelmäßig darüber Bericht zu erstatten.

7. Kapitel 4: Übergangsbestimmungen

Artikel II-50 (Anwendbarkeit der Übergangsbestimmungen)

Die Bestimmungen dieses Kapitels sind nur so lange anzuwenden, als es Mitgliedstaaten gibt, für die eine Ausnahmeregelung gilt.

Artikel II-51 (Mitgliedstaaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt)¹

(1) Mitgliedstaaten, welche die in *Artikel II-54* festgelegten notwendigen Voraussetzungen für die Einführung einer einheitlichen Währung noch nicht erfüllen, werden in dieser *Verfassung* als „Mitgliedstaaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt“ bezeichnet.

(2) Eine Ausnahmeregelung nach *Absatz 1* hat zur Folge, dass die nachstehenden Artikel *dieser Verfassung* für den betreffenden Mitgliedstaat nicht gelten: *Artikel 90 Absätze 1, 2, 3, 4 und 5, 125, Artikel II-44 Absätze 6 und 8, II-46*.

Der Ausschluss des betreffenden Mitgliedstaats und seiner Zentralbank von den Rechten und Verpflichtungen im Rahmen des ESZB wird in Kapitel IX der Satzung des ESZB geregelt.

(3) In *Artikel 90 Absätze 1, 2, 4 und 5, Artikel 125 sowie in Artikel II-49* bezeichnet der Ausdruck „Mitgliedstaaten“ die Mitgliedstaaten, für die keine Ausnahmeregelung gilt.

(4) Das Stimmrecht der Mitgliedstaaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt, ruht bei Beschlüssen des Rates gemäß den in *Absatz 3* genannten *Artikeln dieser Verfassung*. In diesem Fall gelten abweichend von *Artikel 112 Absatz 2* zwei Drittel der Stimmen der Vertreter der Mitgliedstaaten *ohne Ausnahmeregelung* als qualifizierte Mehrheit; ist für die Änderung eines Rechtsakts Einstimmigkeit vorgeschrieben, so ist die Einstimmigkeit dieser Mitgliedstaaten erforderlich.

¹ Vgl. Artikel 122 EG.

Artikel II-52 (Gegenseitiger Beistand im Fall von Schwierigkeiten der Zahlungsbilanz)¹

(1) Ist ein Mitgliedstaat, *für den eine Ausnahmeregelung gilt*, hinsichtlich seiner Zahlungsbilanz von Schwierigkeiten betroffen oder ernstlich bedroht, die sich entweder aus einem Ungleichgewicht seiner Gesamtzahlungsbilanz oder aus der Art der ihm zur Verfügung stehenden Devisen ergeben, und sind diese Schwierigkeiten geeignet, insbesondere das Funktionieren des *Binnenmarkts* oder die schrittweise Verwirklichung der gemeinsamen Handelspolitik zu gefährden, so prüft die Kommission unverzüglich die Lage dieses Staates sowie die Maßnahmen, die er getroffen hat oder unter Einsatz aller ihm zur Verfügung stehenden Mittel nach dieser *Verfassung* treffen kann. Die Kommission gibt die Maßnahmen an, die sie dem betreffenden Staat empfiehlt.

Erweisen sich die von einem Mitgliedstaat, *für den eine Ausnahmeregelung gilt*, ergriffenen und die von der Kommission angeregten Maßnahmen als unzureichend, die aufgetretenen oder drohenden Schwierigkeiten zu beheben, so empfiehlt die Kommission dem Rat nach Anhörung des *Wirtschafts- und Währungsausschusses* einen gegenseitigen Beistand und die dafür geeigneten Methoden.

Die Kommission unterrichtet den Rat, *das Europäische Parlament und die EZB* regelmäßig über die Lage und ihre Entwicklung.

(2) Der Rat gewährt nach *Anhörung des Europäischen Parlaments und der EZB* den gegenseitigen Beistand mit qualifizierter Mehrheit; er erlässt *Unionsrahmengesetze* oder Entscheidungen, welche die Bedingungen und Einzelheiten hierfür festlegen. Der gegenseitige Beistand kann insbesondere erfolgen

- (a) durch ein abgestimmtes Vorgehen bei anderen internationalen Organisationen, an die sich die Mitgliedstaaten wenden können;
- (b) durch Maßnahmen, die notwendig sind, um Verlagerungen von Handelsströmen zu vermeiden, falls der in Schwierigkeiten befindliche Staat mengenmäßige Beschränkungen gegenüber dritten Ländern beibehält oder wieder einführt;

¹ Vgl. Artikel 119 EG.

(c) durch Bereitstellung von Krediten in begrenzter Höhe seitens anderer Mitgliedstaaten; hierzu ist ihr Einverständnis erforderlich.

(3) Stimmt der Rat dem von der Kommission empfohlenen gegenseitigen Beistand nicht zu oder sind der gewährte Beistand und die getroffenen Maßnahmen unzureichend, so ermächtigt die Kommission den in Schwierigkeiten befindlichen Staat, Schutzmaßnahmen zu treffen, deren Bedingungen und Einzelheiten sie festlegt.

Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit diese Ermächtigung aufheben und die Bedingungen und Einzelheiten ändern.

Artikel II-53 (Plötzliche Zahlungsbilanzkrise)¹

(1) Gerät ein Mitgliedstaat in eine plötzliche Zahlungsbilanzkrise und wird eine Entscheidung im Sinne des *Artikels II-52* nicht unverzüglich getroffen, so kann der betreffende Mitgliedstaat, *für den eine Ausnahmeregelung gilt*, vorsorglich die erforderlichen Schutzmaßnahmen ergreifen. Sie dürfen nur ein Mindestmaß an Störungen im Funktionieren des *Binnenmarktes* hervorrufen und nicht über das zur Behebung der plötzlich aufgetretenen Schwierigkeiten unbedingt erforderliche Ausmaß hinausgehen.

(2) Die Kommission, die anderen Mitgliedstaaten *und die EZB* werden über die Schutzmaßnahmen spätestens bei deren Inkrafttreten unterrichtet. Die Kommission kann dem Rat den gegenseitigen Beistand nach *Artikel II-52* empfehlen.

(3) Nach Stellungnahme der Kommission und *nach Anhörung des Wirtschafts- und Währungsausschusses* kann der Rat nach *Anhörung des Europäischen Parlaments und der EZB* mit qualifizierter Mehrheit entscheiden, dass der betreffende Staat diese Schutzmaßnahmen zu ändern, aussetzen oder aufzuheben hat.

Artikel II-54 (Bedingungen und Verfahren für die Außerkraftsetzung einer Ausnahmeregelung)¹

¹ Vgl. Artikel 120 EG.

(1)² Mindestens einmal alle zwei Jahre bzw. auf Antrag eines Mitgliedstaats, für den eine Ausnahmeregelung gilt, berichten die Kommission und die EZB dem Rat inwieweit die Mitgliedstaaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt, bei der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion ihren Verpflichtungen bereits nachgekommen sind. In ihren Berichten wird auch die Frage geprüft, inwieweit die innerstaatlichen Rechtsvorschriften der einzelnen Mitgliedstaaten einschließlich der Satzung der jeweiligen nationalen Zentralbank mit den *Artikeln 90 Absatz 6 und II-47* sowie der Satzung des ESZB vereinbar sind. Ferner wird darin geprüft, ob ein hoher Grad an dauerhafter Konvergenz erreicht ist; Maßstab hierfür ist, ob die einzelnen Mitgliedstaaten folgende Kriterien erfüllen:

- Erreichung eines hohen Grades an Preisstabilität, ersichtlich aus einer Inflationsrate, die der Inflationsrate jener — höchstens drei — Mitgliedstaaten nahe kommt, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben;
- eine auf Dauer tragbare Finanzlage der öffentlichen Hand, ersichtlich aus einer öffentlichen Haushaltslage ohne übermäßiges Defizit im Sinne des *Artikels II-44 Absatz 4*;
- Einhaltung der normalen Bandbreiten des Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems seit mindestens zwei Jahren ohne Abwertung gegenüber dem *Euro*;
- Dauerhaftigkeit der von dem Mitgliedstaat erreichten Konvergenz und seiner Teilnahme am Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems, die im Niveau der langfristigen Zinssätze zum Ausdruck kommt.

Die vier Kriterien in diesem Absatz sowie die jeweils erforderliche Dauer ihrer Einhaltung sind in einem *dieser Verfassung* beigefügten Protokoll näher festgelegt. Die Berichte der Kommission und der *EZB* berücksichtigen auch die Entwicklung des *Euro*, die Ergebnisse bei der Integration der Märkte, den Stand und die Entwicklung der Leistungsbilanzen, die Entwicklung bei den Lohnstückkosten und andere Preisindizes.

¹ Vereinigt den Inhalt von Artikel 121 mit dem Verfahren der Artikel 122 und 123 Absatz 5 EG; die Verfahren gemäß Artikel 121 EG wurden nur vor dem 1. Januar 1999 angewendet.

² Vgl. Artikel 122 Absatz 2, Satz 1 und Art. 121 Absatz 1 EG.

(2)¹ Der Rat entscheidet nach Anhörung des Europäischen Parlaments und nach Aussprache im Rat, der in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs tagt, auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit, welche der Mitgliedstaaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt, die auf den Kriterien des Absatzes 1 beruhenden Voraussetzungen erfüllen, und hebt die Ausnahmeregelungen der betreffenden Mitgliedstaaten auf.

(3)² Wird beschlossen, eine Ausnahmeregelung aufzuheben, so legt der Rat aufgrund eines einstimmigen Beschlusses der Vertreter der Mitgliedstaaten, für die keine Ausnahmeregelung gilt, und des betreffenden Mitgliedstaats auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der EZB und des Europäischen Parlaments den Kurs, zu dem dessen Währung durch den Euro ersetzt wird, fest und ergreift die sonstigen erforderlichen Maßnahmen zur Einführung des Euro als einheitliche Währung in dem betreffenden Mitgliedstaat.

Artikel II-55 (Wechselkurspolitik der Mitgliedstaaten mit einer Ausnahmeregelung)³

Jeder Mitgliedstaat, für den eine Ausnahmeregelung gilt, behandelt seine Wechselkurspolitik als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse. Er berücksichtigt dabei die Erfahrungen, die bei der Zusammenarbeit im Rahmen des Europäischen Währungssystems (EWS⁴) gesammelt worden sind, und respektiert die bestehenden Zuständigkeiten.

¹ Vgl. Artikel 122 Absatz 2, Satz 2 EG.

² Vgl. Artikel 123 Absatz 5 EG.

³ Vgl. Artikel 124 EG.

⁴ Heute ist dies der Wechselkursmechanismus (WKM) II, der durch ein Abkommen zwischen der EZB und den nationalen Zentralbanken der nicht am Euro teilnehmenden Mitgliedstaaten errichtet worden ist. Der Euro ist die Ankerwährung des WKM II.

D. Titel III: Beschäftigung

Artikel II-56 (Koordinierte Beschäftigungsstrategie)

(1)¹ *Die Union und die Mitgliedstaaten* arbeiten nach diesem Titel auf die Entwicklung einer koordinierten Beschäftigungsstrategie und insbesondere auf die Förderung der Qualifizierung, Ausbildung und Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer sowie der Fähigkeit der Arbeitsmärkte hin, auf die Erfordernisse des wirtschaftlichen Wandels zu reagieren, um die Ziele des *Artikels 60 Absatz 1 lit. a* zu erreichen.

(2)² Die Mitgliedstaaten tragen durch ihre Beschäftigungspolitik im Einklang mit den nach *Artikel II-39* verabschiedeten Grundzügen der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der *Union* zur Erreichung der in *Absatz 1* genannten Ziele bei.

(3)³ Die Mitgliedstaaten betrachten die Förderung der Beschäftigung als Angelegenheit von gemeinsamem Interesse und stimmen ihre diesbezüglichen Tätigkeiten nach Maßgabe des *Artikels II-57* im Rat aufeinander ab, wobei die einzelstaatlichen Gepflogenheiten in Bezug auf die Verantwortung der Sozialpartner berücksichtigt werden.

Artikel II-57 (Leitlinien für die Beschäftigungspolitik)⁴

(1) Anhand eines gemeinsamen Jahresberichts des Rates und der Kommission prüft der Europäische Rat jährlich die Beschäftigungslage in der *Union* und nimmt hierzu Schlussfolgerungen an.

(2) Anhand der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates legt der Rat auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments, des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und des in *Artikel II-58* genannten Beschäftigungsausschusses jährlich mit qualifizierter Mehrheit Leitlinien fest, welche die

¹ Vgl. Artikel 125 EG.

² Vgl. Artikel 126 Absatz 1 EG.

³ Vgl. Artikel 126 Absatz 2 EG.

⁴ Vgl. Artikel 128 EG.

Mitgliedstaaten in ihrer Beschäftigungspolitik berücksichtigen. Diese Leitlinien müssen mit den nach *Artikel II-39* verabschiedeten Grundzügen in Einklang stehen.

(3) Jeder Mitgliedstaat übermittelt dem Rat und der Kommission jährlich einen Bericht über die wichtigsten Maßnahmen, die er zur Durchführung seiner Beschäftigungspolitik im Lichte der beschäftigungspolitischen Leitlinien nach Absatz 2 getroffen hat.

(4) Anhand der in Absatz 3 genannten Berichte und nach Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses unterzieht der Rat die Durchführung der Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten im Lichte der beschäftigungspolitischen Leitlinien jährlich einer Prüfung. Der Rat kann dabei auf *Vorschlag* der Kommission und nach *Anhörung des Europäischen Parlaments* mit qualifizierter Mehrheit Empfehlungen an die Mitgliedstaaten richten, wenn er dies aufgrund der Ergebnisse dieser Prüfung für angebracht hält.

(5) Auf der Grundlage der Ergebnisse der genannten Prüfung erstellen der Rat und die Kommission einen gemeinsamen Jahresbericht für den Europäischen Rat *und das Europäische Parlament* über die Beschäftigungslage in der *Union* und über die Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien.

Artikel II-58 (Beschäftigungsausschuss)¹

(1) *Ein Unionsgesetz* setzt einen Beschäftigungsausschuss mit beratender Funktion zur Förderung der Koordinierung der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik der Mitgliedstaaten ein. Der Ausschuss hat folgende Aufgaben:

- Er verfolgt die Beschäftigungslage und die Beschäftigungspolitik in den Mitgliedstaaten und der *Union*;
- er gibt auf Ersuchen des Rates oder der Kommission oder von sich aus Stellungnahmen ab und trägt zur Vorbereitung der in *Artikel II-57* genannten Beratungen des Rates bei.

¹ Vgl. Artikel 130 EG.

- (2) Bei der Erfüllung seines Auftrags hört der Ausschuss die Sozialpartner.
- (3) Jeder Mitgliedstaat und die Kommission entsenden zwei Mitglieder in den Ausschuss.

E. Titel IV: Friedliche Nutzung der Kernenergie¹

Artikel II-59 (Besondere Ziele der Kernenergiepolitik der Union)²

(1) Das in den *Artikeln 60 Absatz 1 lit. d und 70 Absatz 1 lit. s* vorgesehene Ziel der Unionspolitik in Hinblick auf die Kernenergie zielt, aufbauend auf dem Besitzstand des EURATOM-Vertrags, auf eine Politik hoher Normen nuklearer Sicherheit ab, welche es ermöglichen, Anlagen in den Mitgliedstaaten, die diese Energiequelle gewählt haben, aufrechtzuerhalten, sowie auf die Gewährleistung der Nichtverbreitung.

(2) Das Recht jeden Mitgliedstaates, sich für den Gebrauch oder Nichtgebrauch dieser Energiequelle zu entscheiden, bleibt durch die Politik der Union im Hinblick auf Kernenergie unberührt.

1. Kapitel 1: Schutz vor ionisierender Strahlung

Artikel II-60 (Grundnormen)

(1)³ In der *Union* werden Grundnormen für die *Sicherheit der Anlagen und den Schutz der Umwelt, der Bevölkerung und der Arbeitskräfte* gegen die Gefahren ionisierender Strahlungen *durch ein Unionsgesetz oder ein Unionsrahmengesetz* festgesetzt.

¹ Übernimmt den Inhalt des EURATOM-Vertrages – welcher ein integraler Bestandteil des gemeinschaftlichen Besitzstandes und des primären Gemeinschaftsrechts ist –, jedoch in einer modernisierten Fassung. Dieser wurde in großen Teilen durch die Durchführbarkeitsstudie der Kommission „Beitrag zum Vorentwurf einer Verfassung der Europäischen Union - Arbeitspapier“ vom 4. Dezember 2002 inspiriert, wo diese Bestimmungen in die Zusatzakte Nr. 2 zur Verfassung übernommen wurden.

² Vgl. Artikel 17 der Durchführbarkeitsstudie der Kommission „Beitrag zum Vorentwurf einer Verfassung der Europäischen Union - Arbeitspapier“ vom 4. Dezember 2002.

³ Vgl. Artikel 30 Absatz 1 EURATOM.

(2)¹ Unter „Grundnormen“ sind zu verstehen:

- (a) die zulässigen Höchstdosen, die ausreichende Sicherheit gewähren,
- (b) die Höchstgrenze für die Aussetzung gegenüber schädlichen Einflüssen und für schädlichen Befall,
- (c) die Grundsätze für die ärztliche Überwachung der Arbeitskräfte.

(3)² Die Grundnormen werden von der Kommission nach Stellungnahme einer Gruppe von Persönlichkeiten *vorgeschlagen*, die der in *Artikel II-91* geregelte Ausschuss für Wissenschaft und Technik *aus Sachverständigen* der Mitgliedstaaten *für Volksgesundheit und nukleare Sicherheit*, ernennt. Die Kommission holt zu den in dieser Weise ausgearbeiteten Grundnormen die Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses ein.

(4)³ Die Grundnormen können auf Antrag eines Mitgliedstaats oder des *Europäischen Parlaments* überprüft oder ergänzt werden. Die Kommission hat *jeden* Antrag zu prüfen

Artikel II-61 (Einhaltung der Grundnormen durch die Mitgliedstaaten)⁴

- (1) Jeder Mitgliedstaat erlässt die geeigneten Rechts- und Verwaltungsvorschriften, um die Beachtung der festgesetzten Grundnormen sicherzustellen, und trifft die für den Unterricht, die Erziehung und Berufsausbildung erforderlichen Maßnahmen.
- (2) Die Kommission erlässt die geeigneten Empfehlungen, um die auf diesem Gebiet in den Mitgliedstaaten geltenden Bestimmungen, *einschließlich der Bestimmungen bezüglich der Sicherheit von Anlagen*, miteinander in Einklang zu bringen.

¹ Vgl. Artikel 30 Absatz 2 EURATOM.

² Vgl. Artikel 31 EURATOM.

³ Vgl. Artikel 32 EURATOM.

⁴ Vgl. Artikel 33 EURATOM.

Zu diesem Zweck haben die Mitgliedstaaten der Kommission *die geltenden Bestimmungen* sowie die späteren Entwürfe gleichartiger Bestimmungen bekannt zugeben.

Etwaige Empfehlungen der Kommission zu diesen Entwürfen sind innerhalb von drei Monaten nach deren Mitteilung zu erlassen.

Artikel II-62 (Besonders gefährliche Experimente)¹

- (1) Jeder Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebieten besonders gefährliche Versuche stattfinden sollen, ist verpflichtet, zusätzliche Schutzvorkehrungen zu treffen; er hat hierzu vorher die Stellungnahme der Kommission einzuholen.
- (2) Besteht die Möglichkeit, dass sich die Auswirkungen der Versuche auf die Hoheitsgebiete anderer Mitgliedstaaten erstrecken, so ist die Zustimmung der Kommission erforderlich.

Artikel II-63 (Fortwährende Überwachung des Grades an Radioaktivität)

- (1)² Jeder Mitgliedstaat schafft die notwendigen Einrichtungen zur ständigen Überwachung des Gehalts der Luft, des Wassers und des Bodens an Radioaktivität sowie zur Überwachung der Einhaltung der Grundnormen, *einschließlich der für die nukleare Sicherheit*.
- (2)³ Die Kommission hat Zugang zu diesen Überwachungseinrichtungen; sie kann ihre Arbeitsweise und Wirksamkeit nachprüfen.
- (3)⁴ Die Auskünfte über die in *Absatz 2* genannten Überwachungsmaßnahmen sind der Kommission von den zuständigen Behörden regelmäßig zu übermitteln, damit die Kommission ständig über den Gehalt an Radioaktivität, dem die Bevölkerung ausgesetzt ist und die Einhaltung der

¹ Vgl. Artikel 34 EURATOM.

² Vgl. Artikel 35 Absatz 1 EURATOM.

³ Vgl. Artikel 35 Absatz 2 EURATOM.

⁴ Vgl. Artikel 36 EURATOM.

Sicherheitsnormen unterrichtet ist.

(4)¹ Die Kommission richtet an die Mitgliedstaaten Empfehlungen über den radioaktiven Gehalt der Luft, des Wassers und des Bodens.

In dringenden Fällen erlässt die Kommission eine *Unionsentscheidung*, mit der sie dem betreffenden Mitgliedstaat aufgibt, innerhalb einer von ihr festgesetzten Frist alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um eine Überschreitung der Grundnormen zu vermeiden und die Beachtung dieser Vorschriften zu gewährleisten.

Kommt der Staat innerhalb der festgesetzten Frist der *Unionsentscheidung* nicht nach, so kann dieser oder jeder beteiligte Mitgliedstaat in Abweichung von *Artikel 84 lit. a* unmittelbar den Gerichtshof anrufen.

Artikel II-64 (Ableitung radioaktiver Stoffe)²

(1) Jeder Mitgliedstaat ist verpflichtet, der Kommission über jeden Plan zur Ableitung radioaktiver Stoffe aller Art die allgemeinen Angaben zu übermitteln, aufgrund deren festgestellt werden kann, ob die Durchführung dieses Plans eine radioaktive Verseuchung des Wassers, des Bodens oder des Luftraums *der Union* verursachen kann.

(2) Die Kommission gibt *nach Einholung der erforderlichen Gutachten* innerhalb einer Frist von sechs Monaten ihre Stellungnahme ab.

2.

¹ Vgl. Artikel 38 EURATOM.

² Vgl. Artikel 37 EURATOM.

3. Kapitel 2: Investitionen

Artikel II-65 (Programme hinsichtlich der Aussichten für die Erzeugung von Kernenergie)¹

- (1) Die Kommission veröffentlicht in regelmäßigen Abständen hinweisende Programme, insbesondere hinsichtlich der *Aussichten* für die Erzeugung von Kernenergie und der im Hinblick hierauf erforderlichen Investitionen aller Art.
- (2) Vor der Veröffentlichung holt die Kommission die Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses zu diesen Programmen ein.

Artikel II-66 (Mitteilung von Investitionsvorhaben an die Kommission)

(1)² Personen und Unternehmen, die zu den in Anhang I dieses *Titels* genannten Industriezweigen gehören, haben der Kommission Investitionsvorhaben für neue Anlagen sowie für Ersatzanlagen oder Umstellungen anzuzeigen; Art und Umfang der anzuzeigenden Vorhaben bestimmen sich nach Merkmalen, die der Rat auf Vorschlag der Kommission festlegt.

Die Liste der vorgenannten Industriezweige kann durch *Unionsgesetz* nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses geändert werden.

(2)³ Die in *Absatz 1* bezeichneten Vorhaben sind der Kommission sowie zur Unterrichtung dem betreffenden Mitgliedstaat spätestens drei Monate vor Abschluss der ersten Lieferverträge oder, falls die Arbeiten mit Eigenmitteln des Unternehmens durchgeführt werden sollen, spätestens drei Monate vor Beginn der Arbeiten mitzuteilen.

Die *Kommission* kann eine Änderung dieser Frist beschließen.

¹ Vgl. Artikel 40 EURATOM.

² Vgl. Artikel 41 EURATOM.

³ Vgl. Artikel 42 EURATOM.

(3)¹ Die Kommission erörtert mit den Personen oder Unternehmen alle Gesichtspunkte der Investitionsvorhaben, die mit den Zielen der *Union* in Zusammenhang stehen, *einschließlich ihrer Auswirkungen auf das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts. In diesem Rahmen prüft sie die Finanzierungsform der geplanten Investitionen und entscheidet über die Genehmigung des Investitionsvorhabens.*

(4)² Die Kommission kann die *wesentlichen allgemeinen Elemente ihrer Entscheidung* über die ihr mitgeteilten *Investitionsvorhaben* veröffentlichen.

4.

5.

6. Kapitel 3: Gemeinsame Unternehmen

Artikel II-67 (Möglichkeit der Gründung gemeinsamer Unternehmen)³

Unternehmen, die für die Entwicklung der Kernindustrie in der *Union* von ausschlaggebender Bedeutung sind, können als gemeinsame Unternehmen im Sinne dieses *Kapitels* nach Maßgabe der folgenden Artikel errichtet werden.

Artikel II-68 (Plan zur Errichtung eines gemeinsamen Unternehmens)

(1)⁴ Jeder Plan zur Errichtung eines gemeinsamen Unternehmens, der von der Kommission, einem Mitgliedstaat oder einer anderen Seite ausgeht, wird von der Kommission geprüft.

Hierzu holt die Kommission die Stellungnahme der Mitgliedstaaten sowie aller öffentlichen oder privaten Stellen ein, die nach ihrer Auffassung in der Lage sind, ihr Aufschlüsse zu erteilen.

(2)⁵ Die Kommission übermittelt dem *Europäischen Parlament* und dem Rat jeden Plan zur

¹ Vgl. Artikel 43 EURATOM.

² Vgl. Artikel 44 EURATOM.

³ Vgl. Artikel 45 EURATOM.

⁴ Vgl. Artikel 46 Absatz 1 EURATOM.

⁵ Vgl. Artikel 46 Absatz 2 EURATOM.

Errichtung eines gemeinsamen Unternehmens mit ihrer begründeten Stellungnahme.

Bejaht sie die Notwendigkeit des geplanten gemeinsamen Unternehmens, so unterbreitet sie Vorschläge für ein *Unionsgesetz* über

- (a) den Standort,
- (b) die Satzung,
- (c) den Umfang und die Zeitfolge der Finanzierung,
- (d) die etwaige Beteiligung der *Union* an der Finanzierung des gemeinsamen Unternehmens,
- (e) die etwaige Beteiligung eines dritten Staates, einer zwischenstaatlichen Einrichtung oder eines Angehörigen eines dritten Staates an der Finanzierung oder Geschäftsführung des gemeinsamen Unternehmens,
- (f) die vollständige oder teilweise Gewährung der in Anhang II dieses *Titels* genannten Vergünstigungen.

Sie fügt einen eingehenden Bericht über den gesamten Plan bei.

(3)¹ Hat die Kommission sich in dieser Weise an das *Europäische Parlament* und den Rat gewandt, so können diese sie um zusätzliche Auskünfte und Prüfungen ersuchen, soweit sie diese als notwendig erachten.

Sind das *Europäische Parlament* oder der Rat der Auffassung, dass ein von der Kommission mit ablehnender Stellungnahme übermittelter Plan trotzdem durchzuführen ist, so hat die Kommission die Vorschläge und den eingehenden Bericht gemäß *Absatz 2* vorzulegen.

¹ Vgl. Artikel 47 EURATOM.

Artikel II-69 (Gewährung von Vergünstigungen für gemeinsame Unternehmen)¹

- (1) Ein *Unionsgesetz* kann die in Anhang II dieses *Kapitels* genannten Vergünstigungen auf jedes gemeinsame Unternehmen ganz oder teilweise in Anwendung bringen; jeder Mitgliedstaat ist alsdann in seinem Bereich zu deren Gewährung verpflichtet.
- (2) Ein *Unionsgesetz* kann die Bedingungen für die Gewährung dieser Vergünstigungen festlegen.

Artikel II-70 (Errichtung gemeinsamer Unternehmen)²

- (1) Die Errichtung eines gemeinsamen Unternehmens erfolgt durch *Unionsgesetz auf Vorschlag der Kommission gemäß Artikel II-68 Absatz 2*.
- (2) Jedes gemeinsame Unternehmen hat Rechtspersönlichkeit. Es hat in jedem Mitgliedstaat die weitestgehende Rechts- und Geschäftsfähigkeit, die das jeweilige innerstaatliche Recht juristischen Personen zuerkennt; es kann insbesondere bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben oder veräußern sowie klagen und verklagt werden.
- (3) Soweit die Bestimmungen dieser *Verfassung* oder seine Satzung nichts anderes vorsehen, unterliegt jedes gemeinsame Unternehmen den für gewerbliche oder kaufmännische Unternehmen geltenden Vorschriften; die Satzung kann hilfsweise auf das innerstaatliche Recht der Mitgliedstaaten Bezug nehmen.
- (4) Soweit nicht nach den Bestimmungen *dieser Verfassung* der Gerichtshof zuständig ist, werden Streitigkeiten, bei denen gemeinsame Unternehmen beteiligt sind, durch die zuständigen innerstaatlichen Rechtsprechungsorgane entschieden.
- (5) ¹Solange die mit dem Betrieb der gemeinsamen Unternehmen betrauten Organe noch nicht eingesetzt sind, sorgt die Kommission für die Durchführung der *Unionsgesetze* über die

¹ Vgl. Artikel 48 EURATOM.

² Vgl. Artikel 49 EURATOM.

Errichtung dieser Unternehmen.

Artikel II-71 (Änderung der Satzung von gemeinsamen Unternehmen)²

- (1) Die Satzungen der gemeinsamen Unternehmen werden gegebenenfalls nach den darin vorgesehenen besonderen Vorschriften geändert.
- (2) Diese Änderungen können jedoch erst in Kraft treten, nachdem sie durch ein *Unionsgesetz* gebilligt worden sind.

7. Kapitel 4: Versorgung

Artikel II-72 (Gemeinsame Versorgungspolitik; die Agentur)¹

- (1) Die Versorgung mit Erzen, Ausgangsstoffen und besonderen spaltbaren Stoffen wird gemäß den Bestimmungen dieses Kapitels nach dem Grundsatz des gleichen Zugangs zu den Versorgungsquellen durch eine gemeinsame Versorgungspolitik sichergestellt.
- (2) Zu diesem Zweck und nach Maßgabe dieses Kapitels
 - (a) ist jedes Gebaren verboten, das darauf abzielt, einzelnen Verbrauchern eine bevorzugte Stellung zu sichern;
 - (b) wird eine Agentur geschaffen, die über über das ausschließliche Recht verfügt, Verträge über die Lieferung von Erzen, Ausgangsstoffen oder besonderen spaltbaren Stoffen aus Ländern innerhalb oder außerhalb der *Union* abzuschließen.

Die Agentur darf die Verbraucher nicht aufgrund der von ihnen beabsichtigten Verwendung der

¹ Vgl. Artikel 51 EURATOM.

² Vgl. Artikel 50 EURATOM.

beantragten Lieferungen irgendwie unterschiedlich behandeln, es sei denn, dass diese Verwendung unzulässig ist oder dass sie den Bedingungen widerspricht, von denen die nicht der *Union* angehörenden Lieferer die Lieferung abhängig gemacht haben.

Artikel II-73 (Aufsicht der Kommission über die Agentur)²

- (1) Die Agentur steht unter der Aufsicht der Kommission; diese erteilt ihr Richtlinien, hat gegen ihre Entscheidungen ein Einspruchsrecht und ernennt ihren Generaldirektor.
- (2) Jede ausdrückliche oder stillschweigende Handlung der Agentur bei Ausübung ihres ausschließlichen Rechts zum Abschluss von Lieferverträgen kann durch die Beteiligten der Kommission unterbreitet werden, die hierüber innerhalb eines Monats zu entscheiden hat.

Artikel II-74 (Rechtstellung der Agentur)³

- (1) Die Agentur hat Rechtspersönlichkeit und genießt finanzielle Autonomie.
- (2) *Ein Unionsgesetz* legt die Satzung der Agentur fest und *kann die Satzung ändern*.
- (3) Die Satzung bestimmt das Kapital der Agentur und die Art und Weise, in der es aufgebracht wird. Die Mehrheit des Kapitals muss in jedem Falle der *Union* und den Mitgliedstaaten gehören. Die Aufteilung des aus *den Mitgliedstaaten stammenden* Kapitals wird von den Mitgliedstaaten im gemeinsamen Einvernehmen beschlossen.
- (4) Die Satzung legt die Art und Weise der kaufmännischen Geschäftsführung der Agentur fest. Sie kann zur Deckung der Betriebskosten der Agentur die Erhebung einer Abgabe auf die

¹ Vgl. Artikel 52 EURATOM.

² Vgl. Artikel 53 EURATOM.

³ Vgl. Artikel 54 EURATOM.

Umsätze vorsehen.

Artikel II-75 (Ausschließliches Vertragsabschlussrecht der Agentur)

(1)¹ Die Agentur hat, soweit nicht in dieser *Verfassung* Ausnahmen vorgesehen sind, das ausschließliche Recht, Abkommen oder Übereinkünfte mit dem Hauptzweck der Lieferung von Erzen, Ausgangsstoffen oder besonderen spaltbaren Stoffen aus dem Aufkommen außerhalb der *Union* abzuschließen; sie wird dabei gegebenenfalls im Rahmen der zwischen der *Union* und einem dritten Staat oder einer zwischenstaatlichen Einrichtung abgeschlossenen Abkommen tätig.

(2)² Eine *Vollzugsanordnung der Agentur, die der Billigung der Kommission bedarf, regelt die Bedingungen*, unter denen sie die Nachfragen der Verbraucher und die Verträge zwischen den Verbrauchern und der Agentur genehmigt, soweit es sich um die Lieferung von Erzen, Ausgangsstoffen oder besonderen spaltbaren Stoffen aus dem Aufkommen außerhalb der *Union* handelt.

Die Agentur kann jedoch den Herkunftsort der Stoffe bestimmen, soweit sie dem Verbraucher Lieferungsbedingungen zukommen lässt, die mindestens ebenso günstig sind wie die in dem Auftrag angegebenen.

Artikel II-76 (Verbot eines diskriminierenden Preisgebarens)³

(1) Verboten ist ein Preisgebaren, das darauf abzielt, einzelnen Verbrauchern unter Umgehung des Grundsatzes des gleichen Zugangs, der sich aus diesem Kapitel ergibt, eine bevorzugte Stellung zu verschaffen.

(2) Stellt die Agentur ein derartiges Gebaren fest, so zeigt sie es der Kommission an.

Erachtet die Kommission die Feststellung für begründet, so kann sie für die strittigen Angebote die

¹ Vgl. Artikel 64 EURATOM.

² Vgl. Artikel 65 EURATOM.

³ Vgl. Artikel 68 EURATOM.

Preise in einer Höhe neu festsetzen, die dem Grundsatz des gleichen Zugangs entspricht.

Artikel II-77 (Steuer- und bergrechtliche Regelungen)¹

Die Kommission richtet an die Mitgliedstaaten sachdienliche Empfehlungen über steuer- oder bergrechtliche Regelungen.

Artikel II-78 (Notwendige Handelsbestände; Sicherheitsbestände)²

- (1) Die Agentur kann aus den innerhalb oder außerhalb der *Union* zur Verfügung stehenden Mengen die notwendigen Handelsbestände anlegen, um die Versorgung oder die laufenden Lieferungen der *Union* zu erleichtern.
- (2) Die Kommission kann gegebenenfalls die Einrichtung von Sicherheitsbeständen beschließen. Die Art und Weise der Finanzierung dieser Bestände wird durch ein *Unionsgesetz* gebilligt.

Artikel II-79 (Abkommen oder Vereinbarungen innerhalb der Zuständigkeit der Agentur; vorherige Zustimmung der Kommission)³

Umfasst ein Abkommen oder eine Vereinbarung zwischen einem Mitgliedstaat, einer Person oder einem Unternehmen einerseits und einem dritten Staat, einer zwischenstaatlichen Einrichtung oder einem Angehörigen eines dritten Staates andererseits auch die Lieferung von Erzeugnissen, die in die Zuständigkeit der Agentur fallen, so ist zum Abschluss oder zur Erneuerung des Abkommens oder der Vereinbarung die vorherige Zustimmung der Kommission erforderlich, soweit es sich um die Lieferung dieser Erzeugnisse handelt.

¹ Vgl. Artikel 71 EURATOM.

² Vgl. Artikel 72 EURATOM.

³ Vgl. Artikel 73 EURATOM.

Artikel II-80 (Ausnahmen)¹

- (1) Die Kommission kann die Übertragung, die Einfuhr oder die Ausfuhr kleiner Mengen von Erzen, Ausgangsstoffen oder besonderen spaltbaren Stoffen in dem Maße, wie sie üblicherweise für die Forschung benutzt werden, von den Vorschriften dieses Kapitels ausnehmen.
- (2) Jede Übertragung, Einfuhr oder Ausfuhr aufgrund dieser Bestimmung ist der Agentur anzuzeigen.

Artikel II-81 (Nichtanwendbarkeit dieses Kapitels)²

- (1) Die Bestimmungen dieses Kapitels finden keine Anwendung auf Verpflichtungen, welche die Aufbereitung, Umwandlung oder Formung von Erzen, Ausgangsstoffen oder besonderen spaltbaren Stoffen zum Gegenstand haben:
 - (a) bei Verpflichtungen zwischen Personen oder Unternehmen untereinander - falls die aufbereiteten, umgewandelten oder geformten Stoffe an die Person oder das Unternehmen, von denen sie stammen, zurückgegeben werden müssen;
 - (b) bei Verpflichtungen zwischen einer Person oder einem Unternehmen einerseits und einer zwischenstaatlichen Einrichtung oder einem Angehörigen eines dritten Staates andererseits - falls die Stoffe außerhalb der *Union* aufbereitet, umgewandelt oder geformt werden und an die Person oder das Unternehmen, von denen sie stammen, zurückgegeben werden;
 - (c) bei Verpflichtungen zwischen einer Person oder einem Unternehmen einerseits und einer zwischenstaatlichen Einrichtung oder einem Angehörigen eines dritten Staates andererseits - falls die Stoffe in der *Union* aufbereitet, umgewandelt oder geformt werden und an die Einrichtung oder den Staatsangehörigen, von denen sie stammen, oder an einen anderen von dieser Einrichtung oder diesem Staatsangehörigen bestimmten Empfänger, der seinen Sitz

¹ Vgl. Artikel 74 EURATOM.

² Vgl. Artikel 75 EURATOM.

ebenfalls außerhalb der *Union* hat, zurückgegeben werden.

(2) Die beteiligten Personen oder Unternehmen müssen jedoch der Agentur das Bestehen derartiger Verpflichtungen und sofort nach Unterzeichnung der Verträge die Mengen der Stoffe anzeigen, die Gegenstand dieser Umsätze sind. Den unter (b) genannten Verpflichtungen kann die Kommission widersprechen, wenn sie der Auffassung ist, dass die Umwandlung oder Formung nicht wirksam und sicher und ohne Substanzverlust zum Nachteil der *Union* gewährleistet werden kann.

(3) Die Stoffe, die Gegenstand dieser Verpflichtungen sind, unterliegen in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten den in *Kapitel 5* vorgesehenen Überwachungsmaßnahmen.

Artikel II-82 (Besonderes Änderungsverfahren für Kapitel 4)¹

Die Vorschriften dieses Kapitels können, insbesondere falls unvorhergesehene Umstände eine allgemeine Mangellage hervorrufen, auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments durch einstimmigen Beschluss des Rates geändert werden. Die Kommission hat jeden Antrag eines Mitgliedstaats zu untersuchen.

8. Kapitel 5: Überwachung der Sicherheit

Artikel II-83 (Überwachung der Sicherheitsvorschriften durch die Kommission)¹

Die Kommission hat sich nach Maßgabe dieses Kapitels in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten zu vergewissern, dass

(a) die Erze, die Ausgangsstoffe und besonderen spaltbaren Stoffe nicht zu anderen als den von ihren Benutzern angegebenen Zwecken verwendet werden,

¹ Vgl. Artikel 76 EURATOM.

- (b) die Vorschriften über die Versorgung und alle besonderen Kontrollverpflichtungen geachtet werden, welche die *Union* in einem Abkommen mit einem dritten Staat oder einer zwischenstaatlichen Einrichtung übernommen hat.

Artikel II-84 (Kontrolle der Anlagen)²

- (1) Wer eine Anlage zur Erzeugung, Trennung oder sonstigen Verwendung von Ausgangsstoffen und besonderen spaltbaren Stoffen oder zur Aufbereitung bestrahlter Kernbrennstoffe errichtet oder betreibt, hat der Kommission die grundlegenden technischen Merkmale der Anlage anzugeben, soweit deren Kenntnis für die Zwecke des *Artikels II-83* erforderlich ist.
- (2) Die Verfahren für die chemische Aufbereitung bestrahlter Stoffe bedürfen insoweit der Genehmigung der Kommission, als dies für die Zwecke des *Artikels II-83* erforderlich ist.

Artikel II-85 (Erfordernis, Aufstellungen über Betriebsvorgänge zu führen und vorzulegen)¹

- (1) Die Kommission verlangt, dass Aufstellungen über Betriebsvorgänge geführt und vorgelegt werden, um die Buchführung über verwendete oder erzeugte Erze, Ausgangsstoffe und besondere spaltbare Stoffe zu ermöglichen. Das gleiche gilt für die Beförderung der Ausgangsstoffe und besonderen spaltbaren Stoffe.
- (2) Die Betroffenen geben den Behörden des betreffenden Mitgliedstaats die Mitteilungen bekannt, die sie gemäß *Artikel II-84* und Absatz 1 dieses Artikels an die Kommission richten.
- (3) Art und Umfang der Verpflichtungen des Absatzes 1 dieses Artikels werden von der *Kommission in einer Unionsverordnung* bestimmt.

Artikel II-86 (Lagerung von besonders spaltbaren Stoffen)²

¹ Vgl. Artikel 77 EURATOM.

² Vgl. Artikel 78 EURATOM.

(1) Die Kommission kann verlangen, dass alle überschüssigen besonderen spaltbaren Stoffe, die als Nebenprodukt wieder- oder neugewonnen und nicht tatsächlich verwendet oder zur Verwendung bereitgestellt werden, bei der Agentur oder in anderen Lagern hinterlegt werden, die der Überwachung der Kommission unterstehen oder zugänglich sind.

(2) Die so hinterlegten besonderen spaltbaren Stoffe sind den Beteiligten auf Antrag unverzüglich zurückzugeben.

Artikel II-87 (Inspektionen der Kommission; Verstöße durch einen Mitgliedstaat)³

(1) Die Kommission kann in die Hoheitsgebiete der Mitgliedstaaten Inspektoren entsenden. Sie hört den Mitgliedstaat, bevor sie einen Inspektor mit seiner ersten Überwachungsaufgabe in den Hoheitsgebieten dieses Staates betraut; diese Anhörung wirkt auch für alle späteren Aufgaben dieses Inspektors.

(2) Soweit dies für die Überwachung der Erze, Ausgangsstoffe und besonderen spaltbaren Stoffe und zu der Feststellung erforderlich ist, ob die Bestimmungen des *Artikels II-83* beachtet werden, haben die Inspektoren unter Vorlage eines Ausweises über ihre Amtseigenschaft jederzeit zu allen Orten, Unterlagen und Personen Zugang, die sich von Berufs wegen mit Stoffen, Ausrüstungsgegenständen oder Anlagen beschäftigen, welche gemäß diesem Kapitel der Überwachung unterliegen. Die von der Kommission ernannten Inspektoren werden auf Antrag des beteiligten Staates von Vertretern der Behörden dieses Staates begleitet; doch darf hierdurch für die Inspektoren bei der Wahrnehmung ihrer Aufgabe keine Verzögerung oder sonstige Behinderung eintreten.

(3) Wird der Durchführung einer Überwachungsmaßnahme widersprochen, so hat die Kommission beim Präsidenten des Gerichtshofes einen Gerichtsbefehl zu beantragen, um die Durchführung dieser Überwachung im Zwangswege sicherzustellen. Der Präsident des

¹ Vgl. Artikel 79 EURATOM.

² Vgl. Artikel 80 EURATOM.

³ Vgl. Artikel 81 und 82 EURATOM .

Gerichtshofes entscheidet innerhalb von drei Tagen.

Bei Gefahr im Verzuge kann die Kommission durch eine eigene Entscheidung eine schriftliche Anordnung der Überwachungsmaßnahmen erlassen. Diese Anordnung ist dem Präsidenten des Gerichtshofes unverzüglich zur nachträglichen Genehmigung vorzulegen.

Nach Erlass des Befehls oder der Entscheidung haben die Behörden des betreffenden Staates den Inspektoren Zugang zu den Orten zu verschaffen, die in dem Befehl oder der Entscheidung bezeichnet sind.

(4) Die Inspektoren werden von der Kommission eingestellt. Ihnen liegt ob, sich die in *Artikel II-85* vorgesehene Buchführung vorlegen zu lassen und sie zu prüfen. Sie berichten der Kommission über jeden Verstoß.

(5) Die Kommission kann eine *Entscheidung* erlassen, mit der sie dem betreffenden Mitgliedstaat aufgibt, innerhalb einer von ihr festgesetzten Frist alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um dem festgestellten Verstoß ein Ende zu setzen. Sie gibt dem Rat hiervon Kenntnis.

Kommt der Mitgliedstaat dieser *Entscheidung* der Kommission innerhalb der festgesetzten Frist nicht nach, so kann diese oder jeder beteiligte Mitgliedstaat, in Abweichung von Artikel 84 lit. a unmittelbar den Gerichtshof anrufen.

Artikel II-88 (Verstöße durch Personen oder Unternehmen)¹

(1) Verletzen Personen oder Unternehmen die ihnen durch dieses Kapitel auferlegten Verpflichtungen, so kann die Kommission gegen sie Zwangsmaßnahmen verhängen.

Diese werden in folgenden Stufen verhängt:

¹ Vgl. Artikel 83 EURATOM.

- (a) Verwarnung,
- (b) Entzug besonderer Vorteile, wie finanzielle Unterstützung oder technische Hilfe,
- (c) Übertragung der Verwaltung des Unternehmens für eine Höchstdauer von vier Monaten an eine Person oder eine Personengruppe, die im gemeinsamen Einvernehmen zwischen der Kommission und dem Staat, dem das Unternehmen untersteht, bestellt werden,
- (d) vollständiger oder teilweiser Entzug der Ausgangsstoffe oder besonderen spaltbaren Stoffe.

(2) Die zur Durchführung des vorstehenden Absatzes erlassenen Entscheidungen der Kommission, die eine Herausgabeverpflichtung enthalten, sind vollstreckbar. Sie können in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten nach Maßgabe des *Artikels 100* vollstreckt werden.

In Abweichung von *Artikel 86* haben Klagen, die gegen die Entscheidungen der Kommission über die Verhängung der im vorstehenden Absatz vorgesehenen Zwangsmaßnahmen beim Gerichtshof erhoben werden, aufschiebende Wirkung. Der Gerichtshof kann jedoch auf Antrag der Kommission oder jedes beteiligten Mitgliedstaats die sofortige Vollstreckung der Entscheidung anordnen.

Der Schutz der verletzten Interessen ist durch ein angemessenes Rechtsverfahren zu gewährleisten.

(3) Die Kommission kann an die Mitgliedstaaten Empfehlungen über Rechtsvorschriften richten, welche die Beachtung der Verpflichtungen dieses Kapitels in ihren Hoheitsgebieten sicherstellen sollen.

(4) Die Mitgliedstaaten haben dafür Sorge zu tragen, dass die Zwangsmaßnahmen vollstreckt und dass die Verletzung gegebenenfalls durch deren Urheber behoben werden.

Artikel II-89 (Neutralität in Hinblick auf den Verwendungszweck; keine Anwendung auf Materialien, die für Zwecke der Verteidigung bestimmt sind)¹

¹ Vgl. Artikel 84 EURATOM.

(1) Bei der Überwachung wird kein Unterschied nach dem Verwendungszweck der Erze, der Ausgangsstoffe und der besonderen spaltbaren Stoffe gemacht.

(2) Der Bereich, die Art und Weise der Überwachung sowie die Befugnisse der mit der Überwachung beauftragten Organe sind auf die Verwirklichung der in diesem Kapitel bestimmten Ziele beschränkt.

(3) Die Überwachung erstreckt sich nicht auf Stoffe, die für die Zwecke der Verteidigung bestimmt sind, soweit sie sich im Vorgang der Einfügung in Sondergeräte für diese Zwecke befinden oder soweit sie nach Abschluss dieser Einfügung gemäß einem Operationsplan in eine militärische Anlage eingesetzt oder dort gelagert werden.

Artikel II-90 (Besonderes Änderungsverfahren für Kapitel 5)¹

Die Einzelheiten der in diesem Kapitel vorgesehenen Überwachung können, falls neu eingetretene Umstände es erfordern, auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments durch einstimmigen Beschluss des Rates diesen Umständen angepasst werden. Die Kommission hat jeden Antrag eines Mitgliedstaats zu untersuchen.

9.

10.

11. Kapitel 6: Sonstige Vorschriften

Artikel II-91 (Ausschuss für Wissenschaft und Technik)²

(1) Bei der Kommission wird ein Ausschuss für Wissenschaft und Technik mit beratender Aufgabe errichtet.

(2) Der Ausschuss muss in den in diesem *Titel* vorgesehenen Fällen gehört werden. Er kann

¹ Vgl. Artikel 85 EURATOM.

² Vgl. Artikel 134 EURATOM.

außerdem in allen Fällen gehört werden, in denen die Kommission es für angebracht hält.

(3) Der Ausschuss besteht aus achtunddreißig Mitgliedern, die von der *Kommission* ernannt werden. Die Mitglieder werden für ihre Person auf fünf Jahre ernannt. Wiederernennung ist zulässig. Sie sind an keine Weisungen gebunden.

(4) Der Ausschuss wählt jährlich aus seiner Mitte seinen Präsidenten und sein Präsidium.

Artikel II-92 (Verbindung zur Forschungs- und Entwicklungspolitik der Union)¹

Die Politik der Union hinsichtlich Forschung und Entwicklung nach Artikel 72 lit. k erleichtert auch die Kernforschung in den Mitgliedstaaten.

Artikel II-93 (Gemeinsame Kernforschungsstelle)

(1)² Die Kommission errichtet nach Anhörung des Ausschusses für Wissenschaft und Technik eine Gemeinsame Kernforschungsstelle. Diese sorgt für die Durchführung der Forschungsprogramme und der anderen, ihr von der Kommission übertragenen Aufgaben.

Sie sorgt ferner für die Festlegung einer einheitlichen Fachsprache und eines einheitlichen Maßsystems auf dem Kerngebiet.

Sie errichtet eine Zentralstelle für das Messwesen auf dem Kerngebiet.

Sie leistet einen Beitrag zur Weiterentwicklung der erforderlichen Methoden und Technologien im Bereich der Überwachung der Sicherheit und nuklearen Sicherheit.

(2)³ Die Tätigkeit der Kernforschungsstelle kann aus geographischen oder arbeitstechnischen Gründen in getrennten Anlagen ausgeübt werden.

¹ Ersetzt die wesentlichen Vorschriften des Kapitel 1 des EURATOM-Vertrags.

² Vgl. Artikel 8 Absatz 1 EURATOM.

³ Vgl. Artikel 8 Absatz 2 EURATOM.

(3)¹ Die Kommission kann, nachdem sie die Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses eingeholt hat, im Rahmen der Gemeinsamen Kernforschungsstelle Schulen für die Ausbildung von Fachkräften gründen, insbesondere auf den Gebieten der Erzschürfung, der Herstellung von Kernstoffen von hohem Reinheitsgrad, der Aufbereitung bestrahlter Kernbrennstoffe, der Bautechnik für Atomanlagen, des Gesundheitsschutzes und der Herstellung und Verwendung von radioaktiven Elementen.

Die Kommission legt die Einzelheiten für die Durchführung der Ausbildung fest.

Artikel II-94 (Geheimschutz für sensible Informationen)²

- (1) Die von der *Union* in Durchführung ihres Forschungsprogramms erworbenen Kenntnisse, deren Preisgabe den Verteidigungsinteressen eines oder mehrerer Mitgliedstaaten schaden kann, werden unter Geheimchutz gestellt.
- (2) Ein *Unionsgesetz* legt die verschiedenen zur Anwendung gelangenden Geheimchutzgrade und die entsprechenden Sicherheitsmaßnahmen fest.

Artikel II-95 (Weitere nationale Sanktionen für Personen oder Unternehmen)

- (1) Ist die Kommission der Auffassung, dass eine Person oder ein Unternehmen eine Verletzung dieses Titels begangen hat, auf die *Artikel II-88* keine Anwendung findet, so fordert sie den für diese Person oder dieses Unternehmen zuständigen Mitgliedstaat auf, wegen dieser Verletzung Sanktionen nach seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften zu verhängen.
- (2) Kommt der betreffende Mitgliedstaat innerhalb der von der Kommission festgesetzten Frist der Aufforderung nicht nach, so kann die Kommission den Gerichtshof zur Feststellung der Verletzung anrufen, die der betreffenden Person oder dem betreffenden Unternehmen zur Last gelegt wird.

¹ Vgl. Artikel 9 Absatz 1 EURATOM.

² Vgl. Artikel 24 EURATOM.

Artikel II-96 (Versicherungsverträge zur Deckung nuklearer Risiken)¹

(1) Die Mitgliedstaaten treffen alle Maßnahmen, die erforderlich sind, um den Abschluss von Versicherungsverträgen zur Deckung der Gefahren auf dem Kerngebiet zu erleichtern.

(2) *Ein Unionsrahmengesetz* bestimmt die Art und Weise der Anwendung dieses Artikels.

Artikel II-97 (Definitionen)²

- (1) „Besondere spaltbare Stoffe“ bedeutet Plutonium 239; Uran 233; mit Uran 235 oder 233 angereichertes Uran; jedes Erzeugnis, in dem eines oder mehrere der obengenannten Isotope enthalten sind, und sonstige spaltbare Stoffe, die durch *Unionsgesetz* bestimmt werden; doch zählen Ausgangsstoffe in keinem Fall zu den besonderen spaltbaren Stoffen;
- (2) „Mit Uran 235 oder 233 angereichertes Uran“ bedeutet Uran, welches entweder Uran 235 oder Uran 233 oder diese beiden Isotope in einer solchen Menge enthält, dass das Verhältnis zwischen der Summe dieser beiden Isotope und dem Isotop 238 über dem Verhältnis zwischen dem Isotop 235 und dem Isotop 238 in natürlichem Uran liegt;
- (3) „Ausgangsstoffe“ bedeutet Uran, welches das in der Natur vorkommende Isotopengemisch enthält; Uran, dessen Gehalt an Uran 235 unter dem normalen Gehalt liegt; Thorium; alle obengenannten Stoffe in Form von Metall, Legierungen, chemischen Verbindungen oder Konzentraten; jeder andere Stoff, der einen oder mehrere der obengenannten Stoffe mit Konzentrierungen enthält, welche *ein Unionsgesetz* bestimmt;
- (4) „Erze“ bedeutet alle Erze, die mit mittleren Konzentrierungen Stoffe enthalten, die durch geeignete chemische und physikalische Aufbereitung die Gewinnung der obengenannten Ausgangsstoffe ermöglichen; die vorstehende mittlere Konzentrierung wird durch *Unionsgesetz* bestimmt.

¹ Vgl. Artikel 98 EURATOM.

² Vgl. Artikel 197 EURATOM.

12.

13. Anhang 1: Industriezweige, auf in Artikel II-66 bezuggenommen wird¹

1. Gewinnung von Uran- und Thoriumerzen.
2. Konzentrierung dieser Erze.
3. Chemische Aufbereitung und Raffinierung der Uran- und Thoriumkonzentrate.
4. Aufbereitung der Kernbrennstoffe in jeglicher Form.
5. Herstellung von Kernbrennstoffelementen.
6. Herstellung von Uranhexafluorid.
7. Erzeugung angereicherten Urans.
8. Aufbereitung bestrahlter Brennstoffe zur Trennung aller oder eines Teils der darin enthaltenen Elemente.
9. Herstellung von Reaktormoderatoren.
10. Erzeugung von hafniumfreiem Zirkonium oder von Verbindungen hafniumfreien Zirkoniums.
11. Kernreaktoren aller Typen und für jeglichen Zweck.
12. Anlagen für die industrielle Aufbereitung radioaktiver Abfälle, die in Verbindung mit einer oder mehreren der in dieser Liste genannten Anlagen errichtet werden.
13. Halbindustrielle Einrichtungen für die Vorbereitung des Baus von Anlagen, die unter die Ziffern 3 bis 10 fallen.

¹ Vgl. Anhang II zum EURATOM-Vertrag.

14. Anhang 2: Vergünstigungen, die den gemeinsamen Unternehmen nach Artikel II-69 gewährt werden können¹

1. (a) Anerkennung des öffentlichen Interesses für den Erwerb von Grundstücken, die für die Errichtung der gemeinsamen Unternehmen erforderlich sind, nach dem einzelstaatlichen Recht.

(b) Anwendung des einzelstaatlichen Enteignungsverfahrens aus Gründen des öffentlichen Interesses zur Herbeiführung des Grundstückerwerbs in Fällen, in denen eine gütliche Einigung nicht zustande kommt.
2. Befreiung von allen Abgaben und Gebühren für die Errichtung gemeinsamer Unternehmen und für die eingebrachten Einlagen.
3. Befreiung von Abgaben und Gebühren beim Erwerb von Grundstücken sowie von allen Gebühren für die Umschreibung und die Eintragung.
4. Befreiung von allen direkten Steuern, denen die gemeinsamen Unternehmen, ihr Vermögen, ihre Guthaben oder Einkünfte unterliegen könnten.
5. Befreiung von allen Zöllen und Abgaben gleicher Wirkung sowie von allen Ein- und Ausfuhrverboten und allen Ein- und Ausfuhrbeschränkungen wirtschaftlicher oder fiskalischer Art für:
 - (a) wissenschaftliches und technisches Material, mit Ausnahme des Baumaterials und des Materials für Verwaltungszwecke;
 - (b) die Stoffe, die in dem gemeinsamen Unternehmen aufbereitet wurden oder dort aufbereitet werden sollen.
6. Befreiung der im Dienste der gemeinsamen Unternehmen stehenden Staatsangehörigen der

Mitgliedstaaten sowie ihrer Ehegatten und ihrer Familienmitglieder, für deren Unterhalt sie aufkommen, von Einreise- und Aufenthaltsbeschränkungen.

¹ Vgl. Anhang III zum EURATOM-Vertrag.

Artikel II-98 (Ziele der Assoziation)¹

Mit der *Assoziierung von Ländern und Hoheitsgebieten nach Artikel 135* werden folgende Zwecke verfolgt:

- (1) Die Mitgliedstaaten wenden auf ihren Handelsverkehr mit den Ländern und Hoheitsgebieten das System an, das sie aufgrund *dieser Verfassung* untereinander anwenden.
- (2) Jedes Land oder Hoheitsgebiet wendet auf seinen Handelsverkehr mit den Mitgliedstaaten und den anderen Ländern und Hoheitsgebieten das System an, das es auf den europäischen Staat anwendet, mit dem es besondere Beziehungen unterhält.
- (3) Die Mitgliedstaaten beteiligen sich an den Investitionen, welche die fortschreitende Entwicklung dieser Länder und Hoheitsgebiete erfordert.
- (4) Bei Ausschreibungen und Lieferungen für Investitionen, die von der *Union* finanziert werden, steht die Beteiligung zu gleichen Bedingungen allen natürlichen und juristischen Personen offen, welche die Staatsangehörigkeit der Mitgliedstaaten oder der Länder oder Hoheitsgebiete besitzen.
- (5) Soweit aufgrund des Artikels II-102 nicht Sonderregelungen getroffen werden, gelten zwischen den Mitgliedstaaten und den Ländern und Hoheitsgebieten für das Niederlassungsrecht ihrer Staatsangehörigen und Gesellschaften die Bestimmungen und Verfahrensregeln des *Kapitels zur Niederlassungsfreiheit*, und zwar unter Ausschluss jeder Diskriminierung.

Artikel II-99 (Besondere Zollregeln)¹

- (1) Zölle bei der Einfuhr von Waren aus den Ländern und Hoheitsgebieten in die Mitgliedstaaten sind verboten; dies geschieht nach Maßgabe des in *dieser Verfassung* vorgesehenen Verbots von Zöllen zwischen den Mitgliedstaaten.
- (2) In jedem Land und Hoheitsgebiet sind Zölle bei der Einfuhr von Waren aus den

¹ Vgl. Artikel 183 EG.

Mitgliedstaaten und den anderen Ländern und Hoheitsgebieten nach Maßgabe des *Artikels II-6* verboten.

- (3) Die Länder und Hoheitsgebiete können jedoch Zölle erheben, die den Erfordernissen ihrer Entwicklung und Industrialisierung entsprechen oder als Finanzzölle der Finanzierung ihres Haushalts dienen.

Die in Unterabsatz 1 genannten Zölle dürfen nicht höher sein als diejenigen, die für die Einfuhr von Waren aus dem Mitgliedstaat gelten, mit dem das entsprechende Land oder Hoheitsgebiet besondere Beziehungen unterhält.

- (4) Absatz 2 gilt nicht für die Länder und Hoheitsgebiete, die aufgrund besonderer internationaler Verpflichtungen bereits einen nichtdiskriminierenden Zollltarif anwenden.

- (5) Die Festlegung oder Änderung der Zollsätze für Waren, die in die Länder und Hoheitsgebiete eingeführt werden, darf weder rechtlich noch tatsächlich zu einer mittelbaren oder unmittelbaren Diskriminierung zwischen den Einfuhren aus den einzelnen Mitgliedstaaten führen.

Artikel II-100 (Verkehrsverlagerungen zum Nachteil eines Mitgliedstaats)²

Ist die Höhe der Zollsätze, die bei der Einfuhr in ein Land oder Hoheitsgebiet für Waren aus einem dritten Land gelten, bei Anwendung des *Artikels II-99* Absatz 1 geeignet, Verkehrsverlagerungen zum Nachteil eines Mitgliedstaats hervorzurufen, so kann dieser die Kommission ersuchen, den anderen Mitgliedstaaten die erforderlichen Abhilfemaßnahmen vorzuschlagen.

Artikel II-101 (Abkommen über die Freizügigkeit von Arbeitnehmern)³

Vorbehaltlich der Bestimmungen über die Volksgesundheit und die öffentliche Sicherheit und Ordnung wird die Freizügigkeit der Arbeitskräfte aus den Ländern und Hoheitsgebieten in den Mitgliedstaaten und der Arbeitskräfte aus den Mitgliedstaaten in den Ländern und Hoheitsgebieten

¹ Vgl. Artikel 184 EG.

² Vgl. Artikel 185 EG.

³ Vgl. Artikel 186 EG.

durch später zu schließende Abkommen geregelt; diese bedürfen der einstimmigen Billigung aller Mitgliedstaaten.

Artikel II-102 (Regeln und Verfahren für die Assoziierung)¹

Der Rat legt aufgrund der im Rahmen der Assoziierung der Länder und Hoheitsgebiete an die *Union* erzielten Ergebnisse und der Grundsätze dieser *Verfassung* die Bestimmungen über die Einzelheiten und das Verfahren für die Assoziierung der Länder und Hoheitsgebiete an die *Union* einstimmig fest.

Artikel II-103 (Status von Grönland)²

Der *Artikel 135 Absatz 1* und die *Artikel II-98 bis II-102* sind auf Grönland anwendbar, vorbehaltlich der spezifischen Bestimmungen für Grönland in dem Protokoll über die Sonderregelung für Grönland im Anhang zu *dieser Verfassung*.

¹ Vgl. Artikel 187 EG.

² Vgl. Artikel 188 EG.

1. Protokolle zum Vertrag über die Europäische Union und zu den Verträgen zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft:

- Protokoll zum Vertrag über die Europäische Union und zu den Verträgen zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften (1992)
- Protokoll über die Festlegung der Sitze der Organe und bestimmter Einrichtungen und Dienststellen der Europäischen Gemeinschaften sowie des Sitzes von Europol (1997)
- Protokoll über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente in der Europäischen Union (1997)
- Protokoll über die Erweiterung der Europäischen Union (2001)
- Protokoll über die Satzung des Europäischen Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaft (2001)

2. Protokolle zum Vertrag über die Europäische Union und zum Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft

- Artikel 6 des Protokolls zur Einbeziehung des Schengen-Besitzstands in den Rahmen der Europäischen Union (1997)
- Protokoll über die Anwendung bestimmter Aspekte des Artikels 14 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft auf das Vereinigte Königreich und auf Irland (1997)
- Protokoll über die Position des Vereinigten Königreichs und auf Irland (1997)
- Protokoll über die Position Dänemarks (1997)

3. Protokolle zum Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft

- Protokoll über die Satzung der Europäischen Investitionsbank (1957)
- Protokoll über die Waren aus bestimmten Ursprungs- und Herkunftsländern, für die bei der Einfuhr in einen Mitgliedstaat eine Sonderregelung gilt (1957)
- Protokoll über die Einfuhr in den Niederländischen Antillen raffinierter Erdölerzeugnisse in die Europäische Gemeinschaft (1962)
- Protokoll über die Sonderregelung für Grönland (1985)
- Protokoll betreffend den Erwerb von Immobilien in Dänemark (1992)
- Protokoll zu Artikel 141 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (1992)
- Protokoll über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank (1992)
- Protokoll über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit (1992)
- Protokoll über die Konvergenzkriterien nach Artikel 121 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (1992)
- Protokoll betreffend Dänemark (1992)
- Protokoll betreffend Portugal (1992)
- Protokoll über den Übergang zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (1992)
- Protokoll über einige Bestimmungen betreffend das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland (1992)
- Protokoll über einige Bestimmungen betreffend Dänemark (1992)
- Protokoll betreffend Frankreich (1992)
- Protokoll über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt (1992)
- Protokoll über die Gewährung von Asyl für Staatsangehörige von Mitgliedstaaten der

Europäischen Union (1997)

- Protokoll über die Außenbeziehungen der Mitgliedstaaten hinsichtlich des Überschreitens der Außengrenzen (1997)
- Protokoll über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in den Mitgliedstaaten (1997)
- Protokoll über den Tierschutz und das Wohlergehen der Tiere (1997)

4. Protokoll zum Beitrittsvertrag 1972:

- Protokoll Nr. 3 betreffend die Kanalinseln und die Insel Man

5. Protokoll zum Beitrittsvertrag 1985:

- Protokoll Nr. 2 betreffend die kanarischen Inseln und Ceuta und Melilla

6. Protokolle zum Beitrittsvertrag 1994:

- Protokoll Nr. 2 über die Åland Inseln
- Protokoll Nr. 3 über die Samen
- Protokoll Nr. 10 über die Verwendung spezifisch österreichischer Ausdrücke der deutschen Sprache im Rahmen der Europäischen Union

7. Protokoll vom 8. April 1965 über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften, zuletzt geändert durch den Vertrag von Nizza

8. Neue Protokolle 2003:

- *Neues Protokoll zum Status der Kirchen und weltanschaulichen Gemeinschaften*

Entspricht der der Schlussakte von Amsterdam beigefügten Erklärung Nr. 11:

1. Die Europäische Union achtet den Status, den Kirchen und religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen, und beeinträchtigt ihn nicht.
2. Die Europäische Union achtet den Status von weltanschaulichen Gemeinschaften in gleicher Weise.

- ***Neues Protokoll über kollektive Verteidigung***

1. Dieses Protokoll findet nur auf die Mitgliedsstaaten Anwendung, welche die Verpflichtungen, die sich hieraus ergeben, im Wege einer Erklärung bei Ratifizierung dieser Verfassung oder zu einem späteren Zeitpunkt übernommen haben.
2. Sollte einer der Mitgliedstaaten das Ziel eines bewaffneten Angriffs in Europa werden, so werden ihm in Übereinstimmung mit Artikel 64 der Verfassung die anderen Mitgliedstaaten, die dieses Protokoll ratifiziert haben, im Einklang mit den Bestimmungen des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen alle in ihrer Macht stehende militärische und sonstige Hilfe und Unterstützung leisten¹.
3. In einem solchen Fall gewährt die Union in Übereinstimmung mit den Bestimmungen über die verstärkte Zusammenarbeit Hilfe und Unterstützung.

- ***Geändertes Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit und die Überwachung dieser Grundsätze durch einzelstaatliche Parlamente***

Dieses Protokoll muss die Ergebnisse der Konventsarbeitsgruppe I „Subsidiarität“ berücksichtigen. Es sollte insbesondere Bestimmungen enthalten, die sich an Folgendem orientieren:

1. Die Kommission leitet ihr Jahresgesetzgebungsprogramm sowie sämtliche ihrer Rechtsetzungsvorschläge zeitgleich dem Europäischen Parlament, dem Rat, jedem einzelstaatlichen Parlament, dem Ausschuss der Regionen sowie dem Wirtschafts- und Sozialausschuss ohne Verzögerung zu, um eine frühe politische Prüfung zu ermöglichen, ob in jedem Fall dem Prinzip der Subsidiarität und dem der Verhältnismäßigkeit entsprochen worden ist (Frühwarnsystem).
2. Kommt ein einzelstaatliches Parlament zu dem Schluss, dass ein Vorschlag nicht dem Prinzip der Subsidiarität oder dem der Verhältnismäßigkeit entspricht, kann es der Kommission innerhalb von sechs Wochen eine begründete Stellungnahme übermitteln.
3. Im Anschluss an eine solche mit Gründen versehene Stellungnahme begründet die Kommission den vorgeschlagenen Rechtsakt ausführlicher und präziser im Hinblick auf Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit. Geben mehr als ein Drittel der einzelstaatlichen Parlamente eine begründete Stellungnahme ab, so überprüft die Kommission ihren Vorschlag. Das Ergebnis dieser Überprüfung kann sein, dass die Kommission an ihrem Vorschlag festhält, ihn ändert oder ihn zurückzieht.

¹ Vgl. Artikel V des Brüsseler Vertrages vom 17. März 1948, der die Westeuropäische Union (WEU) errichtete.

4. Ein einzelstaatliches Parlament kann auch noch während des Vermittlungsverfahren (Artikel 103 der Verfassung) eine begründete Stellungnahme abgeben.

- *Neues Protokoll über die Eingliederung von Europol in die Organisationsstruktur der Europäischen Union*

H. ANHANG II: Liste der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete

auf welche die Vorschriften des Titels V des Zweiten Teils Anwendung finden

- Grönland
- Neukaledonien und Nebengebiete
- Französisch-Polynesien
- Französische Süd- und Antarktisgebiete
- Wallis und Futuna
- Mayotte
- St. Pierre und Miquelon
- Aruba
- Niederländische Antillen
- Bonaire
- Curaçao
- Saba
- Sint Eustatius
- Sint Maarten
- Anguilla
- Kaimaninseln
- Falklandinseln
- Südgeorgien und südliche Sandwichinseln
- Montserrat
- Pitcairn
- St. Helena und Nebengebiete

- Britisches Antarktis-Territorium
- Britisches Territorium im Indischen Ozean
- Turks- und Caicosinseln
- Britische Jungferninseln
- Bermuda